Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

16. Februar 1981 Nr. 8

Preis 1 DM D 21060 C



Widerstand gegen die Regierung

Eine organisatorische Spaltung der SPD ist gegenwärtig unwahrscheinlich. Aber mit wachsendem Widerstand gegen die Regierungspolitik wachsen die inneren Widersprüche. Der Parteivorstand versuchte zu kitten.

bep. Der SPD-Vorstand hat eine Ausrichtungskampagne gestartet. Mit Hilfe der letzten Mittwoch verabschiedeten „5-Punkte-Erklärung" will er versuchen, die in der Sozialdemokratie aufgebrochenen Widersprüche zu kitten und die Mitgliedschaft wieder an die Politik des Vorstandes und der Regierung zu binden. Diese Widersprüche spiegeln gesellschaftliche Konflikte und die Konfrontation zwischen Massenbewegungen und Regierungspolitik wider. Die Vorstandserklärung nimmt zu den wichtigsten Konfliktpunkten Stellung.

– *Energiepolitik:* Die Formeln, mit denen die bisherige Regierungspolitik gedeckt worden ist, werden wiederholt. Vorrang für Energieeinsparung, Kohle, alternative Energieen; Kernkraftwerke dort, wo es keine anderen Möglichkeiten gibt. Die Proteste gegen den Bau des Kraftwerks Brokdorf haben in den SPD-Landesverbänden Hamburg und Schleswig-Holstein zur Ablehnung der Baupläne geführt. Der Hamburger Senat hat seine Entscheidung vertagt, um einem offenen Konflikt aus dem Wege zu gehen. Die SPD-Vorstandserklärung hält sowohl Zustimmung zu wie Ablehnung des Baus mit den Beschlüssen des SPD-Parteitags für vereinbar. Die Regierung kann also zusammen mit Stoltenberg das Projekt weiterbetreiben; aber

die inneren Widersprüche. Der Parteivorstand versuchte zu kitten.

bep. Der SPD-Vorstand hat eine Ausrichtungskampagne gestartet. Mit Hilfe der letzten Mittwoch verabschiedeten „5-Punkte-Erklärung" will er versuchen, die in der Sozialdemokratie aufgebrochenen Widersprüche zu kitten und die Mitgliedschaft wieder an die Politik des Vorstandes und der Regierung zu binden. Diese Widersprüche spiegeln gesellschaftliche Konflikte und die Konfrontation zwischen Massenbewegungen und Regierungspolitik wider. Die Vorstandserklärung nimmt zu den wichtigsten Konfliktpunkten Stellung.

– *Energiepolitik:* Die Formeln, mit denen die bisherige Regierungspolitik gedeckt worden ist, werden wiederholt. Vorrang für Energieeinsparung, Kohle, alternative Energieen; Kernkraftwerke dort, wo es keine anderen Möglichkeiten gibt. Die Proteste gegen den Bau des Kraftwerks Brokdorf haben in den SPD-Landesverbänden Hamburg und Schleswig-Holstein zur Ablehnung der Baupläne geführt. Der Hamburger Senat hat seine Entscheidung vertagt, um einem offenen Konflikt aus dem Wege zu gehen. Die SPD-Vorstandserklärung hält sowohl Zustimmung zu wie Ablehnung des Baus mit den Beschlüssen des SPD-Parteitags für vereinbar. Die Regierung kann also zusammen mit Stoltenberg das Projekt weiterbetreiben; aber

eine Rückzugslinie ist schon festgelegt. DGB-Vorsitzender Vetter hat sich zu einer Unterstützungserklärung für die Kernenergiepolitik der Regierung bereitgefunden, aber auch in den Gewerkschaften wächst die Gegnerschaft. Eine neue Großdemonstration gegen Brokdorf wird gegenwärtig vorbereitet.

– *Außenpolitik:* Regierung und SPD-Vorstand sind offensichtlich finster entschlossen, am „Nachrüstungsbeschluß" festzuhalten. Die Vorstandserklärung interpretiert die SPD-Parteitagsbeschlüsse so, daß eine Stationierung der Mittelstreckenraketen verzichtbar wäre erst nach entsprechenden Abrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion. Positiv sieht der Vorstand also gegenwärtig die Notwendigkeit der Stationierung ab dem Jahr 1983 nach wie vor für gegeben. Weitere Widersprüche drohen: Trotz der abschwächenden Äußerungen des US-Außenministers Haig hält der Verteidigungsminister Weinberger öffentlich seine Position aufrecht, die USA sollten Neutronenwaffen in Westeuropa stationieren. Haig will demnächst Abgesandte mit Beweismaterial über die sowjetisch-kubanische Einmischung in El Salvador nach Europa schicken, um die NATO-Regierungen auf eine Unterstützung der US-Politik in Mittelamerika zu verpflichten.

– *Rüstungshaushalt und Waffenexporte:* Hier finden sich die einzigen Anzeichen eines Zugeständnisses. Entgegen den schon geäußerten Plänen des Bundeskanzlers, die Kriterien für die Genehmigung von Waffenexporten grundsätzlich zu ändern, heißt es: „Die bisherige restriktive Rüstungsexportpolitik soll beibehalten werden ... Der Parteivorstand ... unterstützt die Bemühungen, die Lieferung von U-Booten an Chile zu vermeiden." Allerdings hat in den letzten Jahren diese „restriktive Rüstungsexportpolitik" schon beachtliche Zuwachsraten im westdeutschen Waffenhandel beinhaltet. Die Frage des Waffenexports ist einer der Punkte, wo die SPD in ihren Reihen auf den vereinten Widerstand der „SPD-Linken" und der Gewerkschaftsvertreter stößt. Die IGM hat sich eindeutig dagegen gewandt, Rüstungsproduktion mit der Sicherung von Arbeitsplätzen zu rechtfertigen. Betriebsräte von Blohm & Voss und von Krupp haben das in der letzten Woche unterstützt. Gleichwohl nutzt die Rüstungsindustrie das krisenfeste Geschäft. Die „Tornado"-Produktion wird angekurbelt, die Preise werden in die Höhe gesetzt; immer neue Mehrkosten und Fehlbeträge tauchen auf; der Systempreis pro Stück wird jetzt auf 110 Millionen geschätzt. Ein neuer Haushalts-Fehlbedarf für die Beschaffung in Höhe von 800 Mio. DM 1982 ist herausgekommen. In der Schublade der Bundesregierung liegen noch Forderungen der US-Regierung vom letzten November, nach denen die BRD bis zu 6 Milliarden Mark für die Logistik der US-Truppen in Westdeutschland ausgeben soll.

– *Wirtschafts- und Sozialpolitik:* Der SPD-Vorstand beteuert den Vorrang der Vollbeschäftigung und seine Treue zur Montanmitbestimmung. Die Sozialversicherungen, die Arbeitszeitordnung, die Lohnauseinandersetzungen werden nicht erwähnt. Dabei sind die Haushaltsansätze der Arbeitslosenversicherung bereits offiziell überholt. In den nächsten Wochen muß ein Nachtragshaushalt von mindestens 1,5 bis 2

westdeutschen Waffenhandel beinhaltet. Die Frage des Waffenexports ist einer der Punkte, wo die SPD in ihren Reihen auf den vereinten Widerstand der „SPD-Linken" und der Gewerkschaftsvertreter stößt. Die IGM hat sich eindeutig dagegen gewandt, Rüstungsproduktion mit der Sicherung von Arbeitsplätzen zu rechtfertigen. Betriebsräte von Blohm & Voss und von Krupp haben das in der letzten Woche unterstützt. Gleichwohl nutzt die Rüstungsindustrie das krisenfeste Geschäft. Die „Tornado"-Produktion wird angekurbelt, die Preise werden in die Höhe gesetzt; immer neue Mehrkosten und Fehlbeträge tauchen auf; der Systempreis pro Stück wird jetzt auf 110 Millionen geschätzt. Ein neuer Haushalts-Fehlbedarf für die Beschaffung in Höhe von 800 Mio. DM 1982 ist herausgekommen. In der Schublade der Bundesregierung liegen noch Forderungen der US-Regierung vom letzten November, nach denen die BRD bis zu 6 Milliarden Mark für die Logistik der US-Truppen in Westdeutschland ausgeben soll.

– *Wirtschafts- und Sozialpolitik:* Der SPD-Vorstand beteuert den Vorrang der Vollbeschäftigung und seine Treue zur Montanmitbestimmung. Die Sozialversicherungen, die Arbeitszeitordnung, die Lohnauseinandersetzungen werden nicht erwähnt. Dabei sind die Haushaltsansätze der Arbeitslosenversicherung bereits offiziell überholt. In den nächsten Wochen muß ein Nachtragshaushalt von mindestens 1,5 bis 2

Mrd. DM beschlossen werden. Der DGB-Vorstand hat die von der Regierung vorgeschlagene Übergangsregelung für die Montanmitbestimmung, die nach 6 Jahren auslaufen soll, erneut strikt abgelehnt. In Bremen und NRW gibt es massive Konflikte zwischen SPD-Regierungen und Gewerkschaften über Stellenstreichungen und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst.

Fazit: An wichtigen Punkten ist die Regierungspolitik in den letzten Monaten auf deutlich gestiegenen Widerstand gestoßen. Eine einheitliche Front ist das noch nicht. In wichtigen Fragen (Energiepolitik, Kampf gegen die Kriegsgefahr) sind die Gewerkschaften noch erheblich gespalten. Der SPD-Vorstand macht keine nennenswerten Zugeständnisse an diesen Widerstand. Er versucht, die Widersprüche zu versöhnen und gleichzeitig die verschiedenen Kräfte innerhalb der SPD an die Regierungspolitik zu binden und durch die Behauptung Druck auszuüben, die Existenz der Regierung sei andernfalls gefährdet. So ist auch Wehners Feststellung, der SPD drohe (wie der CDU 1966) der Verlust der Regierung und die Spaltung, zu verstehen. Diesem Argument ordnet sich auch die „SPD-Linke" offensichtlich unter; Kräfte, die zu einer organisierten Spaltung bereit wären, gibt es *gegenwärtig* in der SPD nicht. Aber die politischen Konflikte werden zunehmen. Das Handelsblatt verknüpfte in einem Kommentar bereits die Weiterexistenz der Schmidt-Regierung mit ihrer Fähigkeit, die IGM zu einem Lohnabschluß nicht über dem „Produktivitätsfortschritt" zu veranlassen.



Über 100000 Teilnehmer bei den Kundgebungen des Bauernverbandes gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung und der EG. *(Siehe Artikel S. 9)*

Die „letzte Regierung für eine innere Lösung" in Polen

General Jaruzelski Ministerpräsident / Streikpause verlangt Russisch-preußische Manöver zwecks „Flußüberquerung"

gek. Die Ernennung des Generals Jaruzelski zum Ministerpräsidenten ist ein Vorgang mit mehreren widersprüchlichen Seiten. Die eine Seite hat Jaruzelski, der auch Verteidigungsminister bleibt und der seine Regierungserklärung vor dem Sejm in Generalsuniform gab, damit sozusagen demonstriert: seine Regierung ist eine, die kaum mehr einfach zurücktreten kann; wenn sie stürzt, sind so oder so herum größere Veränderungen fällig. Im Dezember

Beziehungen sorgen, um das Danziger Abkommen in die Tat umzusetzen. Aber Jaruzelski verlangte eine Streikpause von drei Monaten als Vorleistung. Und Kania deutete in seiner Abschlußrede auf dem ZK-Plenum der PVAP an, daß die Partei die in Danzig gemischten Karten offenbar neu mischen will. Er sagte: „. . . daß alles getan werden muß, um die Vereinbarungen mit den Arbeitern zu erfüllen. *Wo dies nicht möglich ist*, müssen die be-



Über 100000 Teilnehmer bei den Kundgebungen des Bauernverbandes gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung und der EG. *(Siehe Artikel S. 9)*

Die „letzte Regierung für eine innere Lösung" in Polen

General Jaruzelski Ministerpräsident / Streikpause verlangt Russisch-preußische Manöver zwecks „Flußüberquerung"

gek. Die Ernennung des Generals Jaruzelski zum Ministerpräsidenten ist ein Vorgang mit mehreren widersprüchlichen Seiten. Die eine Seite hat Jaruzelski, der auch Verteidigungsminister bleibt und der seine Regierungserklärung vor dem Sejm in Generalsuniform gab, damit sozusagen demonstriert: seine Regierung ist eine, die kaum mehr einfach zurücktreten kann; wenn sie stürzt, sind so oder so herum größere Veränderungen fällig. Im Dezember

hatte die polnische Partei- und Staatsführung beim Gipfel in Moskau eine Frist erhalten, um mit der Streikbewegung und den „anti-sozialistischen" Umtrieben fertig zu werden. Die im Tone letzter Drohungen gehaltenen Pressekommentare der Nachbarländer haben deutlich gemacht, daß diese Frist bald abgelaufen ist. Als ihren *letzten* Mann für eine „innere Lösung" der Krise hat die Parteiführung jetzt also den General Jaruzelski hingestellt.

Diese innere Lösung strebt Jaruzelski mit seiner Regierungserklärung nach wie vor an. Dafür steht sowohl die Ernennung des als liberal geltenden Publizisten Rakowski zum stellvertretenden Ministerpräsidenten – auch er so etwas wie ein „letztes" Angebot der reformbereiten Kräfte in der Parteiführung; wie auch Jaruzelski selbst. Ihm wird nachgesagt, daß er – bei aller Bündnistreue zur Sowjetunion – sich bereits 1970 und erneut 1976 und 1980 gegen jeden Einsatz der Armee im Inneren gewandt habe. Es wird auch gesagt, er habe die polnische Armee mehr auf Vordermann gebracht, als es den Verbündeten recht sei. Trotzdem: seine Warnung vor einem „Bruderkrieg" in Polen klang nicht gut.

Die Taktik der PVAP-Führung liegt offen. Zur selben Zeit, wo der Regierungswechsel erfolgte, lehnte der Oberste Gerichtshof die Zulassung der „Land-Solidarität" als Bauern*gewerkschaft* ab, ließ aber die Bildung eines Bauern*verbandes* zu. Gegenüber der Arbeitergewerkschaft „Solidarität" dieselbe Doppeltaktik: Rakowski sowie der Unterhändler von Danzig, Jagielski, sollen für die Installation fester Beziehungen sorgen, um das Danziger Abkommen in die Tat umzusetzen. Aber Jaruzelski verlangte eine Streikpause von drei Monaten als Vorleistung. Und Kania deutete in seiner Abschlußrede auf dem ZK-Plenum der PVAP an, daß die Partei die in Danzig gemischten Karten offenbar neu mischen will. Er sagte: „. . . daß alles getan werden muß, um die Vereinbarungen mit den Arbeitern zu erfüllen. *Wo dies nicht möglich ist*, müssen die betreffenden Punkte neu definiert, muß neu verhandelt werden." – Der Vertrauensmann der Sowjets Wronski hatte auf der Sitzung offen die Revision des Danziger Abkommens gefordert.

Beunruhigender ist noch ein zweites: seit Monaten verlangen die Verbündeten als Beweis „guten Willens" der PVAP-Führung, daß sie in Moskau die Köpfe der Führer der Opposition, namentlich des KOR, zu Füßen lege. Parallel zur ZK-Sitzung kündigte der Generalstaatsanwalt die Einleitung eines Verfahrens gegen Jacek Kuron, Adam Michnik und andere wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit" und „unerlaubter Verbindungen mit imperialistischen Zentren im Ausland" an. Die beiden würden im Lande herumreisen und vor großen Betriebsbelegschaften ihre Ansichten darlegen, empört sich die sowjetische „Literaturnaja Gaseta". So ist allerdings die Stellung des KOR heute in Polen, so intensiv die politische Diskussion in der Arbeiterbewegung. Gerade deshalb die Nervosität der *wirklichen* Konterrevolution in Moskau, Ost-Berlin und Prag.

In prahlerischem Ton hat das Fernsehen der DDR über ein gemeinsames Manöver von NVA und „Roter Armee" in der Nähe der polnischen Grenze berichtet. Geübt wurde das Überqueren eines Flusses. Die Soldaten hätten gelobt, „jeden Auftrag unserer Partei auszuführen" und den „Klassengegner" zu schlagen. Der Klassengegner sind die polnischen Arbeiter. Ein offenherziges Bekenntnis der neuen zaristisch-preußischen Brüderschaft gegen Polen – eine perverse Wiederholung, wie sie die Geschichte nicht oft kennt.

Blockfreie fordern Truppenabzug

chm. Kampuchea, Afghanistan, der Krieg zwischen Iran und Irak, die Lage im Indischen Ozean waren die entscheidenden Themen, die die Außenminister der blockfreien Staaten vom 9.2. – 12.2. auf ihrer Konferenz in Neu Delhi beraten haben. Anwesend waren 94 Staaten und ebenfalls als Vollmitglieder die PLO und die SWAPO. Die heftigsten Auseinandersetzungen entwickelten sich um Afghanistan und Kampuchea. Die indische Regierung hatte schon vor Beginn der Konferenz die legitimen Vertreter des Demokratischen Kampuchea an der Teilnahme gehindert, indem sie ihnen kurzerhand das Einreisevisum verweigerte. Der Botschafter des Heng-Samrin-Regimes wurde am Vorabend der Konferenz akkreditiert und durfte von der Tribüne aus den Sitzungen folgen.

Der Resolutionsentwurf Indiens zu Afghanistan mußte zur Grundlage der Debatte gemacht werden, obwohl die Mehrheit der Delegierten ihn für unzureichend hielt, weil er nicht einmal die Anwesenheit fremder Truppen in Afghanistan zur Kenntnis nimmt. Es konnte jedoch keine Einheit erzielt werden über die beiden Gegenentwürfe: der pakistanische Vorschlag enthielt diese Forderung, wurde jedoch von den Anhängern der Sowjetunion abgelehnt, der afghanische Vorschlag, der die Streichung der Afghanistanfrage von der Tagesordnung verlangte, erhielt die Unterstützung von 11 Vertretern, darunter Vietnam, Kuba, Angola, Äthiopien, DVR Jemen, Mozambique, Libyen, Syrien und Nicaragua.

Die Schlußerklärung fordert den Abzug aller fremder Truppen aus Kampuchea und Afghanistan sowie eine neue Friedensinitiative für die Been-

glieder die PLO und die SWAPO. Die heftigsten Auseinandersetzungen entwickelten sich um Afghanistan und Kampuchea. Die indische Regierung hatte schon vor Beginn der Konferenz die legitimen Vertreter des Demokratischen Kampuchea an der Teilnahme gehindert, indem sie ihnen kurzerhand das Einreisevisum verweigerte. Der Botschafter des Heng-Samrin-Regimes wurde am Vorabend der Konferenz akkreditiert und durfte von der Tribüne aus den Sitzungen folgen.

Der Resolutionsentwurf Indiens zu Afghanistan mußte zur Grundlage der Debatte gemacht werden, obwohl die Mehrheit der Delegierten ihn für unzureichend hielt, weil er nicht einmal die Anwesenheit fremder Truppen in Afghanistan zur Kenntnis nimmt. Es konnte jedoch keine Einheit erzielt werden über die beiden Gegenentwürfe: der pakistanische Vorschlag enthielt diese Forderung, wurde jedoch von den Anhängern der Sowjetunion abgelehnt, der afghanische Vorschlag, der die Streichung der Afghanistanfrage von der Tagesordnung verlangte, erhielt die Unterstützung von 11 Vertretern, darunter Vietnam, Kuba, Angola, Äthiopien, DVR Jemen, Mozambique, Libyen, Syrien und Nicaragua.

Die Schlußerklärung fordert den Abzug aller fremder Truppen aus Kampuchea und Afghanistan sowie eine neue Friedensinitiative für die Been-

digung des irakisch-iranischen Krieges. Ebenso fordern die Außenminister den Abbau aller imperialistischen Militärpräsenz im Indischen Ozean. Ein Vorstoß Kubas, die Sowjetunion als „natürlichen Verbündeten" in den Beschlüssen zu verankern, ist gescheitert am Votum der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer.

Der Verlauf der Konferenz war geprägt vom Kampf der Mehrheit der Staaten um die Selbständigkeit und die Blockfreiheit der Bewegung als entscheidender Kraft im Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Es galt, den Versuch der Agenten des Sozialimperialismus abzuwehren, die Bewegung zu einem Anhängsel des sowjetischen Expansionismus zu pervertieren. Diese Abwehr ist zweifellos gelungen. Aber die Anwesenheit von Agenten in ihren Reihen schwächt die Blockfreienbewegung. Das findet auch in den Beschlüssen seinen Niederschlag. Die SU und Vietnam werden in der Schlußerklärung nicht genannt.

Vogels besonderes Gut „Boden“

frb. Der Wohnungsbau bildete den Hauptteil der Regierungserklärung, die Vogel letzte Woche vor dem Abgeordnetenhaus zu Westberlin abgab. Man müsse entscheiden, was Vorrang habe: „Der Mensch und die Entwicklung seiner Persönlichkeit oder die Optimierung der Bodenrente?“ Der Boden sei ein besonderes Gut, da nicht beliebig vermehrbar. Die Hausbesetzungen gehen weiter, nicht nur in Westberlin. Und sie sind nur die Spitze eines Eisberges. Die Wohnungsfrage ist überall brennend gestellt und fordert politische Aktionen.

Zu Beginn der 70er Jahre war die Wohnungsfrage eine der heftigst umstrittenen Fragen. Schließlich standen Tausende Wohnungen leer, da unbezahlbar. Das Grundeigentum wurde offen in Frage gestellt. Die Regierung fand sich zum Städtebauförderungsgesetz bereit, diesmal wird sowas nicht reichen.

Wenn Vogel vom Boden als besonderem Gut redet, so steht dies in der Tradition einer jeden bürgerlichen Bodenreformbewegung. Wird das Grundeigentum kritisiert, so wird damit noch nicht das kapitalistische Eigentum kritisiert. Der Grundeigentümer ist für die kapitalistische Produktion überflüssig. Es ist für sie ausreichend, wenn der Boden der Arbeiterklasse als ihr nicht gehörende Produktionsbedingung gegenübersteht. Das ist der Fall, wenn der Boden Staatseigentum wird. Die Grundrente ginge dann an den Staat.

Doch die Kritik des Regierenden an der Grundrente bleibt verlogen. In der Praxis regiert der Polizeiknüppel, bleiben die Instandbesetzer in Haft, bleibt das drastische Urteil, ist die Amnestieforderung unerfüllt, wurde wieder Polizei zur Räumung eines besetzten Hauses losgeschickt. Die Bourgeoisie plagt die Furcht, daß sich die Kritik am Grundeigentum auf die Kritik am Privateigentum an Produktionsmitteln ausweitet. Daher auch Vogels Betonung der Besonderheit des Bodens. Es könnte sonst die Erkenntnis praktisch werden, daß die Grundrente Teil des durch die Kapitalistenklasse angeeigneten Mehrwerts ist, wie der Unternehmerprofit und der Zins auch; daß also die Beseitigung des privaten Grundeigentums nicht ausreicht.

Schließt sich Sihanouk dem Widerstandskrieg gegen Vietnam an?

lup. Norodom Sihanouk hat am vorletzten Wochenende gegenüber mehreren Presseagenturen erklärt, er sei bereit, den Vorsitz der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu übernehmen. Bislang hatte sich Sihanouk stets geweigert, mit der Regierung des Demokratischen Kampuchea zusammenzuarbeiten. Er hatte sich den Verleumdungen dieser Regierung durch die westliche und revisionistische Presse angeschlossen. Son Sann, ehemaliger Ministerpräsident unter Sihanouk und Vorsitzender der KPNLF, hat ebenfalls seine Bereitschaft erklärt, den Vorsitz der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu übernehmen. Bedingung sei, daß die Führer des Demokratischen Kampuchea ihre Funktionen aufgeben und nach Beijing ins Exil gingen.

Stellungnahmen der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu diesen Vorschlägen sind noch nicht bekannt. Bekannt ist, daß sich die Regierung im Kampf gegen die vietnamesische Aggression um die Einheit aller Kräfte des kampucheanischen Volkes bemüht, was immer deren Geschichte und was immer deren reelle Basis im Inneren Kampucheas sei. Die Führer der Regierung des Demokratischen Kampuchea haben mehrmals erklärt, diese Einheit stünde ihnen höher als die Ausübung ihrer Funktionen in der Regierung. Die

Es wird inzwischen kaum noch bestritten, daß das Demokratische Kampuchea die einzige Kraft ist, die den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren führt, und daß sie ihn wirksam führt. In den von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten wie auch in den von Vietnam kontrollierten Gebieten wird die Einheitsfront bereits wieder aufgebaut.

Gefährlich sind hingegen die Versuche Vietnams, die internationale Einheitsfront zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea zu spalten. Bei der letzten UNO-Vollversammlung haben sich erneut 74 Staaten für die Aufrechterhaltung des Sitzes ausgesprochen. Seitens einer Reihe von westeuropäischen Ländern wie seitens der USA gibt es starke Bestrebungen, der Regierung des Demokratischen Kampuchea die Anerkennung zu entziehen und sie durch eine „Dritte Kraft“ zu ersetzen. Unter den ASEAN-Staaten gibt es Tendenzen, diesem Druck nachzugeben. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat ein entschiedenes Interesse daran, die Spaltung der ASEAN-Staaten in dieser Frage zu verhindern. Deswegen muß sie unter Umständen wohl weitgehende Zugeständnisse bezüglich der Regierungszusammensetzung machen. Die Basis dafür, daß sie dies kann ohne den Wider-

Widerstandskrieg gegen Vietnam an?

lup. Norodom Sihanouk hat am vorletzten Wochenende gegenüber mehreren Presseagenturen erklärt, er sei bereit, den Vorsitz der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu übernehmen. Bislang hatte sich Sihanouk stets geweigert, mit der Regierung des Demokratischen Kampuchea zusammenzuarbeiten. Er hatte sich den Verleumdungen dieser Regierung durch die westliche und revisionistische Presse angeschlossen. Son Sann, ehemaliger Ministerpräsident unter Sihanouk und Vorsitzender der KPNLF, hat ebenfalls seine Bereitschaft erklärt, den Vorsitz der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu übernehmen. Bedingung sei, daß die Führer des Demokratischen Kampuchea ihre Funktionen aufgeben und nach Beijing ins Exil gingen.

Stellungnahmen der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu diesen Vorschlägen sind noch nicht bekannt. Bekannt ist, daß sich die Regierung im Kampf gegen die vietnamesische Aggression um die Einheit aller Kräfte des kampucheanischen Volkes bemüht, was immer deren Geschichte und was immer deren reelle Basis im Inneren Kampucheas sei. Die Führer der Regierung des Demokratischen Kampuchea haben mehrmals erklärt, diese Einheit stünde ihnen höher als die Ausübung ihrer Funktionen in der Regierung. Die
wesentliche Bedingung sei der Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren. Bezüglich der Zusammensetzung der Regierung seien sie zu weitgehenden Kompromissen bereit.

Die Notwendigkeit solcher Kompromisse ergibt sich wohl weniger aus den Bedingungen im Inneren des Landes.

Es wird inzwischen kaum noch bestritten, daß das Demokratische Kampuchea die einzige Kraft ist, die den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren führt, und daß sie ihn wirksam führt. In den von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten wie auch in den von Vietnam kontrollierten Gebieten wird die Einheitsfront bereits wieder aufgebaut.

Gefährlich sind hingegen die Versuche Vietnams, die internationale Einheitsfront zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea zu spalten. Bei der letzten UNO-Vollversammlung haben sich erneut 74 Staaten für die Aufrechterhaltung des Sitzes ausgesprochen. Seitens einer Reihe von westeuropäischen Ländern wie seitens der USA gibt es starke Bestrebungen, der Regierung des Demokratischen Kampuchea die Anerkennung zu entziehen und sie durch eine „Dritte Kraft“ zu ersetzen. Unter den ASEAN-Staaten gibt es Tendenzen, diesem Druck nachzugeben. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat ein entschiedenes Interesse daran, die Spaltung der ASEAN-Staaten in dieser Frage zu verhindern. Deswegen muß sie unter Umständen wohl weitgehende Zugeständnisse bezüglich der Regierungszusammensetzung machen. Die Basis dafür, daß sie dies kann ohne den Wider-
standskrieg zu gefährden, ist ihre politische und militärische Stärke im Land, die im Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern ihre Grundlage hat. Politische und materielle Unterstützung des Demokratischen Kampuchea ist in dieser komplizierten Lage nicht weniger wichtig. Im Gegenteil.

Wie eine Räumung nach hinten losgehen kann

jam.Göttingen. Wie in der letzten Nummer der KVZ auf dieser Seite kurz berichtet, hat Mitte vorletzter Woche der bürgerliche Staatsapparat zwei instand-besetzte Häuser in der Göttinger Innenstadt geräumt – im Namen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, doch im Interesse des Hauseigentümers Dr. Voß aus Wiesbaden. Nachdem die Stadtverwaltung fast zwei Monate gezögert hatte, versuchte sie die Räumung mit einem faulen Trick vorzubereiten. Alle Obdachlosen, damit waren die Hausbesetzer gemeint, sollten sich melden und würden eine Unterkunft zugewiesen bekommen. Doch wer will schon den versuchten Aufbau einer von staatlicher Einmischung freien Lebensgemeinschaft mit Werkstätten und Kulturzentrum gegen einen Asylplatz tauschen? Außerdem hat das Wohnungsamt außer Makleradressen nichts zu vermitteln. Da sich niemand gemeldet habe, die Stadt alles Erdenkliche getan habe, den Wohnungssuchenden zu helfen, wurde in der Lokalpresse am Räumungstag „ein letztes Mal“ appelliert, freiwillig zu räumen. Der niedersächsische Innenminister persönlich appellierte da, nahm dem Göttinger Oberstadtdirektor das Heft aus der Hand und gab persönlich der an die 1000 Mann zählenden Polizeitruppe den Marschbefehl.



Göttingen am 5.2.: Polizei belagert 3000 an der besetzen ehemaligen Inneren Medizin; nach zugestandenem Abzug darf die Polizeiführung gehen.

Bis zu 2000 durch das Warn- und Alarmsystem der Instandbesetzer mobilisierte Menschen erwarteten die Staatsmacht protestierend *vor* den Häusern. Die Staatsmacht räumte leere Häuser, die allerdings unverzüglich unbewohnbar gemacht bzw. abgerissen wurden. Statt aber die Häuserkampfbewegung zu zerschlagen, handelte sich die Bourgeoisie gleich die nächste Besetzung ein. Noch in der gleichen Nacht wurde der Mitteltrakt eines ehemaligen Kliniksgebäudes besetzt, das vor einem Jahr nach der Räumung der alten Augenklinik zum Teil als Wohnraum zur Verfügung gestellt werden mußte. Am nächsten Tag hatte die erneut aufmarschierte Staatsmacht die Wahl, entweder sofort zu räumen, was bestimmt nicht glimpflich geendet hätte, oder wieder abzumarschieren. Das setzten die 3000 auf dem Kliniksgelände Versammelten mittels Verhandlungen durch. Die Verhandlungen wurden durch den Hinauswurf eines eingedrungenen Polizeikordons beschleunigt. Die endgültige Freigabe der leerstehenden Kliniksgebäude zu Wohnzwecken und Mietverträge müssen gegenüber der Universität noch durchgesetzt werden. Die Stadt ist immer noch von verstärkten Polizeikräften gleichsam in Belagerungszustand versetzt – was aber auch nicht verhinderte, daß etliche Fensterscheiben eines spekulierenden FDP-Ratsherren zu Bruch gingen.

Strafprozeßordnung oder „faule Ausreden“

Verkehrsgerichtstag verlangt Einführung der Kfz-Halterhaftung

ebk. 1979 wurden dem Verkehrszentralregister in Flensburg fast 2 Mio. rechtskräftig abgeschlossene Bußgeldentscheidungen der Straßenverkehrsämter und Gerichte gemeldet. Gemeldet werden aber nur die Bußgeldbescheide ab 40 DM. Die Zahl der insgesamt eingeleiteten Bußgeldverfahren wird über 10 Millionen liegen. Der Großteil davon entfällt auf Geschwindigkeitsüberschreitungen, Überfahren von Verkehrsampeln bei rot und Parkverstöße. Die Einführung der automatischen Geschwindigkeitsmessung z.B. auf der Autobahn Hamburg – Lübeck, Köln – Frankfurt (Elzer Berg) oder in der Stuttgarter Innenstadt, die Fotoüberwachung von Verkehrsampeln und die elektronische Verarbeitung der Ordnungswidrigkeitenanzeigen und Bußgeldbescheide haben seit den siebziger Jahren zu dieser ungeheuren Ausdehnung der Überwachungs- und Verfolgungstätigkeit geführt. Der Haken für die Gerichte und Behörden: erfaßt werden die Kennzeichen und darüber die Halter der Fahrzeuge, nicht aber

verurteilt werden können. „Den Wagen hat mein Freund gefahren und der ist jetzt im Ausland“, nennt die „Welt“ eine dieser Standard-„faulen-Ausreden“.

Die Amtsrichter, mit den Bußgeldsachen nach dem Einspruch gegen den Bußgeldbescheid befaßt, stöhnen. Allein das Amtsgericht Frankfurt hat 1980 11500 Bußgeldsachen verhandelt. An einem Vormittag werden von einem Richter im zehn-, höchstens 15-Minuten-Takt Verkehrsverstöße verhandelt. Der Verkehrsgerichtstag hat Ende Januar Abhilfe gefordert: Bei Nichtfeststellbarkeit des Fahrers soll grundsätzlich der Halter zur Kasse gebeten werden. Einzelne Vorstellungen gehen noch weiter und sehen die Pflicht zur schriftlichen Begründung des Einspruchs gegen Bußgeldbescheide vor. Die Gerichte sollen dann nur noch diese schriftlichen Gründe überprüfen. Der ADAC ist grundsätzlich gegen jede solche Änderung. Diese Haltung muß man unterstützen.

Im Bußgeldverfahren wird im we-

Schweigen eines Angeklagten dürfen keine ihm nachteiligen Schlüsse gezogen werden.

Kein Zweifel, daß häufig genug Verurteilungen auf pure und kaum mehr verhüllte Vermutungen gestützt werden. Kein Zweifel aber auch, daß eine Verallgemeinerung dieser Praxis jedenfalls derzeit nicht möglich ist. Die Klarstellung des Bundesgerichtshofes, daß aus der Haltereigenschaft nicht ohne weitere Beweisanzeichen auf die Eigenschaft als Fahrer geschlossen werden darf, stammt immerhin erst aus dem Jahr 1974. Der Vorschlag des Verkehrsgerichtstages läuft aber darauf hinaus, vom schweigenden Kraftfahrzeughalter im Bußgeldverfahren *gesetzlich* zu vermuten, er sei der Fahrer und damit Täter der Ordnungswidrigkeit. Der Vorschlag bringt daher gegenüber einer bisher auf einzelne Fälle beschränkten Praxis eine neue Qualität. Die legalisierte Tätervermutung wäre ein einschneidender Einbruch in ein System des Strafprozesses, das die Bourgeoisie selbst gegen den Inquisi-

genüber der Universität noch durchgesetzt werden. Die Stadt ist immer noch von verstärkten Polizeikräften gleichsam in Belagerungszustand versetzt – was aber auch nicht verhinderte, daß etliche Fensterscheiben eines spekulierenden FDP-Ratsherren zu Bruch gingen.


Göttingen am 5.2.: Polizei belagert 3000 an der besetzen ehemaligen Inneren Medizin; nach zugestandenem Abzug darf die Polizeiführung gehen.

Strafprozeßordnung oder „faule Ausreden“

Verkehrsgerichtstag verlangt Einführung der Kfz-Halterhaftung

ebk. 1979 wurden dem Verkehrszentralregister in Flensburg fast 2 Mio. rechtskräftig abgeschlossene Bußgeldentscheidungen der Straßenverkehrsämter und Gerichte gemeldet. Gemeldet werden aber nur die Bußgeldbescheide ab 40 DM. Die Zahl der insgesamt eingeleiteten Bußgeldverfahren wird über 10 Millionen liegen. Der Großteil davon entfällt auf Geschwindigkeitsüberschreitungen, Überfahren von Verkehrsampeln bei rot und Parkverstöße. Die Einführung der automatischen Geschwindigkeitsmessung z.B. auf der Autobahn Hamburg – Lübeck, Köln – Frankfurt (Elzer Berg) oder in der Stuttgarter Innenstadt, die Fotoüberwachung von Verkehrsampeln und die elektronische Verarbeitung der Ordnungswidrigkeitenanzeigen und Bußgeldbescheide haben seit den siebziger Jahren zu dieser ungeheuren Ausdehnung der Überwachungs- und Verfolgungstätigkeit geführt. Der Haken für die Gerichte und Behörden: erfaßt werden die Kennzeichen und darüber die Halter der Fahrzeuge, nicht aber
deren Fahrer. Eine Verurteilung kann aber nur erfolgen, wenn der Nachweis erbracht ist, wer zur Zeit des Verkehrsverstoßes der Fahrer war.

Immer mehr Betroffene machen von ihrem Recht Gebrauch, auf den Vorwurf zu schweigen oder auch ebenso wilde wie unwiderlegbare Geschichten zu erzählen mit der Folge, daß sie nicht

verurteilt werden können. „Den Wagen hat mein Freund gefahren und der ist jetzt im Ausland“, nennt die „Welt“ eine dieser Standard-„faulen-Ausreden“.

Die Amtsrichter, mit den Bußgeldsachen nach dem Einspruch gegen den Bußgeldbescheid befaßt, stöhnen. Allein das Amtsgericht Frankfurt hat 1980 11500 Bußgeldsachen verhandelt. An einem Vormittag werden von einem Richter im zehn-, höchstens 15-Minuten-Takt Verkehrsverstöße verhandelt. Der Verkehrsgerichtstag hat Ende Januar Abhilfe gefordert: Bei Nichtfeststellbarkeit des Fahrers soll grundsätzlich der Halter zur Kasse gebeten werden. Einzelne Vorstellungen gehen noch weiter und sehen die Pflicht zur schriftlichen Begründung des Einspruchs gegen Bußgeldbescheide vor. Die Gerichte sollen dann nur noch diese schriftlichen Gründe überprüfen. Der ADAC ist grundsätzlich gegen jede solche Änderung. Diese Haltung muß man unterstützen.

Im Bußgeldverfahren wird im we-
sentlichen die Strafprozeßordnung angewandt. Im Strafverfahren und daher auch im Bußgeldverfahren hat der Betroffene das Recht, zu den Vorwürfen zu schweigen oder zu lügen. Er kann nicht gezwungen werden, irgendetwas aus seinem Wissen preiszugeben. Eine Verurteilung darf nicht auf Vermutungen gestützt werden und aus dem

Schweigen eines Angeklagten dürfen keine ihm nachteiligen Schlüsse gezogen werden.

Kein Zweifel, daß häufig genug Verurteilungen auf pure und kaum mehr verhüllte Vermutungen gestützt werden. Kein Zweifel aber auch, daß eine Verallgemeinerung dieser Praxis jedenfalls derzeit nicht möglich ist. Die Klarstellung des Bundesgerichtshofes, daß aus der Haltereigenschaft nicht ohne weitere Beweisanzeichen auf die Eigenschaft als Fahrer geschlossen werden darf, stammt immerhin erst aus dem Jahr 1974. Der Vorschlag des Verkehrsgerichtstages läuft aber darauf hinaus, vom schweigenden Kraftfahrzeughalter im Bußgeldverfahren *gesetzlich* zu vermuten, er sei der Fahrer und damit Täter der Ordnungswidrigkeit. Der Vorschlag bringt daher gegenüber einer bisher auf einzelne Fälle beschränkten Praxis eine neue Qualität. Die legalisierte Tätervermutung wäre ein einschneidender Einbruch in ein System des Strafprozesses, das die Bourgeoisie selbst gegen den Inquisi-
tionsprozeß des Mittelalters durchgesetzt hat. Sie könnte – im Verkehrsrecht einmal durchgesetzt – leicht zum Ausgangspunkt für weitere Ausdehnung auf andere Gebiete werden und dadurch die Verteidigungsmöglichkeiten vor den bürgerlichen Gerichten noch mehr einschränken, als sie es jetzt schon sind.

Unions-Fraktion: Leitsätze zum Waffenexport

gkr. Am Dienstag vergangener Woche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als erste Parlamentsfraktion neue Grundsätze für den Waffenexport beschlossen. Der Waffenexport soll sich künftig nach den „vitalen Interessen der Bundesrepublik an einer weltweiten Sicherung des Friedens und der Freiheit, unserer Verteidigungsfähigkeit und unserer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen richten“, so der Kernsatz einer 5 Punkte umfassenden Erklärung. Eine schlichte Blankovollmacht, die politischen Interessen der westdeutschen Bourgeoisie zur Geltung zu bringen ohne Einschränkung wie bisher. Getarnt mit der Forderung nach einer internationalen Beschränkung der Rüstungsexporte. Die Bundesregierung müsse „durch eine Entscheidung im Einzelfall die politische Kontrolle über den Rüstungsexport behalten“. Daß die Lieferung von U-Booten nach Chile zu diesen „vitalen Interessen“ zählt, hatten die Oppositionspolitiker schon klargemacht. Mit Geißlers Erkenntnissen über die Junta in El Salvador würde auch eine Waffenlieferung an die Junta gegen die Befreiungskräfte leicht unter dieser Bestimmung zu fassen sein.

Hungerstreik der RAF-Gefangenen seit 2 Wochen

gkr. Seit Anfang Februar sind die in verschiedensten Gefängnissen der BRD, vor allem in Berlin-Moabit, in Lübeck und in Stuttgart-Stammheim in Isolationshaft gefangenen RAF-Mitglieder in Hungerstreik getreten. Sie knüpfen mit ihren Forderungen an den Hungerstreik Ende Januar 1980 an: Zusammenlegung der Gefangenen; Anwendung von Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Gefangenen aus der RAF und anderen antiimperialistischen Widerstandsgruppen; Freilassung von Günther Sonnenberg, der bei seiner Festnahme durch einen Kopfschuß schwer verletzt wurde und mittlerweile in der Isolationshaft nicht ärztlich überwacht wird. Gleichzeitig werden Forderungen nach allgemeinen Haftverbesserungen erhoben und viele Gefangene über die Mitglieder der RAF hinaus sind dafür ebenfalls im Hungerstreik. Die Hungerstreikenden in Berlin-Moabit werden durch die Besetzer des SPD-Büros Berlin-Kreuzberg unterstützt. Im Frankfurter Gefängnis Preungesheim sind etwa 200 Gefangene in den Hungerstreik getreten. Am vergangenen Samstag demonstrierten dort mehrere hundert Menschen zur Unterstützung der Forderungen vom Gefängnis Richtung Innenstadt. Sie wurden von Polizei brutal zusammengeschlagen. – Vom Stuttgarter Oberlandesgericht wurden inzwischen 3 Angeklagte nach §129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) zu Geldstrafen verurteilt. Sie hatten mit einem Transparent auf einer FDP-Wahlversammlung am 28.2.1980 „Zusammenlegung und Selbstbestimmung der Gefangenen aus der RAF“ gefordert. (vgl. KVZ 6/81)

Zentrale Demonstration gegen Kernkraftwerk Brokdorf

jük. Am 14.2. fand in Hannover eine Bundeskonferenz von Bürgerinitiativen statt. Bürgerinitiativen und autonome Gruppen aus Norddeutschland hatten einen Aufruf vorgelegt, ebenso die BBU, Arbeitskreis Leben und Kieler AKW-Gegner. Ein Kompromißaufruf wurde mit Mehrheit verabschiedet, im wesentlichen von autonomen Bürgerinitiativen getragen. Aufgerufen ist zur zentralen Demonstration und Kundgebung am Bauplatz in Brokdorf am 28.2.81.

Bundestag beschließt Aufhebung von §88a und §130a

gkr. Der Bundestag verabschiedete am vergangenen Donnerstag die ersten Gesetze dieser Legislaturperiode: Ein Gesetz zur Abschaffung der §§88a (verfassungsfeindliche Befürwortung bestimmter Straftaten) und 130a (Anleitung zu solchen Straftaten) sowie das sog. Staatshaftungsgesetz. Beide Gesetze waren im wesentlichen zu Ende der letzten Legislaturperiode schon verabschiedet worden, dann aber am Einspruch des Bundesrates gescheitert. Die „Antiterrorgesetze“, die jetzt gestrichen werden sollen, seien überflüssig, da durch andere Gesetze abgedeckt. Das Staatshaftungsgesetz bringt einen Vorteil: Der Kläger muß kein Verschulden des Staates (oder einzelner Beamter) nachweisen. Bei Anwendung der „gebotenen Sorgfalt“ braucht der Staat allerdings nicht zu bezahlen.

Todesschuß – Streßbedingt?

acm. 7 Monate auf Bewährung hat ein Mitglied eines „Mobilen Einsatzkommandos“ (MEK), wegen „fahrlässiger Tötung“ in Neuss bekommen, da er im Rahmen einer „Terroristen-Fahndung“ einen Autofahrer mit der MP erschoß. „Streßsituation“ bescheinigte das Gericht, und Spurenverwischungen wurden noch als strafmildernd belohnt. – Ausrutscher oder Ergebnis der Staatstätigkeit? Ein Freischein für den Todesschuß allemal.

Unterstützung notwendig

gkr. Seit Juli 1980 sind die Urteile gegen V. Hurrle, H. Rosenbaum und J. Noth auf Schadensersatz wegen der Heidelberger Fahrpreiskämpfe im Jahre 1975 rechtskräftig. Die ersten beiden sollen 27000 DM bezahlen, einschließlich Gerichtskosten, Zinsen etc. je etwa 43000 DM, J. Noth 10000 DM. Um die Verurteilten auch materiell zu unterstützen, wurde ein Spendenkonto eingerichtet: 120707400, Stichwort: „Demonstrationsschäden“, Heidelberger Volksbank.

Die NATO-Beschlüsse und die Friedensbewegung in der BRD

Die DKP will die Friedensbewegung in der BRD ins Schlepptau der Sozialimperialisten führen. Der Kampf gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa wird nicht den Frieden verteidigen, wenn man die Aggression des Sozialimperialismus verschweigt

lup. Der von der Sowjetunion unterstützte Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kampuchea Ende 1978, der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan Ende 1979, der Beschluß der NATO, Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren und die anhaltende Drohung einer sowjetischen Intervention in Polen, all das waren Ereignisse in den letzten zweieinhalb Jahren, die die Kriegsgefahr bedeutend verschärft haben und die zu wachsender Bewußtheit über die Verschärfung der Kriegsgefahr beigetragen haben. Große Demonstrationen gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen haben im letzten Jahr stattgefunden. Dazu gehörten die Demonstrationen gegen die Rekrutenvereidigungen anläßlich des 25. Jahrestages der NATO, insbesondere in Bremen, die Demonstration am 1. September 1980, dem traditionellen Anti-Kriegs-Tag und die Aktionen gegen die Rekrutenvereidigungen anläßlich des 25. Jahrestages des Bestehens der Bundeswehr. All diese Aktionen sind zumeist unter richtigen Forderungen durchgeführt worden. Sie gingen nicht einseitig von Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus aus, womöglich als dem „Hauptkriegstreiber", sondern gingen von den zunehmenden Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und der von ihnen beherrschten Militärblöcke aus und griffen in diesem Zusammenhang die imperialistische Allianzpolitik des BRD-Imperialismus an. Das drückte sich in den Forderungen u.a. darin aus, daß die Auflösung von NATO *und* Warschauer Pakt gefordert wurde, und darin, daß neben dem Mittelstreckenbeschluß der NATO auch etwa der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan ange-

sche Revolution und den Kampf für nationale Unabhängigkeit niederzuschlagen.

In der BRD ergab sich diese Bewegung insbesondere aus der Einbeziehung Westdeutschlands in das von den USA geführte imperialistische Lager, der Remilitarisierung der BRD und dem Eintritt der BRD in die NATO.

Heute ergibt sich diese Friedensbewegung weltweit aus den wachsenden Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, in der BRD zugleich aus der imperialistischen Allianzpolitik des westdeutschen Imperialismus, durch die er die Kriegsvorbeitungen insbesondere des US-Imperialismus unterstützt.

Der Hauptunterschied zu den Kämpfen gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen während der 50er Jahre ergibt sich aus der geänderten Stellung der Sowjetunion. In den 50er Jahren konnte sich die Friedensbewegung in ihrem Kampf gegen den US-Imperialismus auf die Friedenspolitik und die Friedensvorschläge der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers stützen. Zum Beispiel konnte sich die westdeutsche Arbeiterbewegung im Kampf für einen Friedensvertrag direkt auf entsprechende Vorschläge und Angebote der Sowjetunion beziehen.

Durch ihre Umwandlung in eine imperialistische Supermacht ist die Sowjetunion aber heute zu einem Hauptfaktor des Krieges geworden. Der Kampf für die Verteidigung des Friedens muß sich gegen zwei Supermächte, insbesondere aber gegen die aufstrebende sozialimperialistische Supermacht, richten.

Der bewaffnete Befreiungskampf der Völker für nationale Unabhängigkeit und insgesamt der Kampf der Dritten Welt hat den US-Imperialismus entscheidend geschwächt. Zwar übt der US-Imperialismus nach wie vor in wichtigen Teilen der Welt seine Hegemonialmacht aus, und nach wie vor führen viele Völker einen Kampf gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus in ihren Ländern. Auf dem Vormarsch ist heute aber der Sozialimperialismus, und von ihm geht heute die Hauptgefahr für die Souveränität der Völker und die proletarische Weltrevolution aus.

Der Kampf gegen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO, gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen

der Bewußtheit über die Verschärfung der Kriegsgefahr beigetragen haben. Große Demonstrationen gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen haben im letzten Jahr stattgefunden. Dazu gehörten die Demonstrationen gegen die Rekrutenvereidigungen anläßlich des 25. Jahrestages der NATO, insbesondere in Bremen, die Demonstration am 1. September 1980, dem traditionellen Anti-Kriegs-Tag und die Aktionen gegen die Rekrutenvereidigungen anläßlich des 25. Jahrestages des Bestehens der Bundeswehr. All diese Aktionen sind zumeist unter richtigen Forderungen durchgeführt worden. Sie gingen nicht einseitig von Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus aus, womöglich als dem „Hauptkriegstreiber", sondern gingen von den zunehmenden Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und der von ihnen beherrschten Militärblöcke aus und griffen in diesem Zusammenhang die imperialistische Allianzpolitik des BRD-Imperialismus an. Das drückte sich in den Forderungen u.a. darin aus, daß die Auflösung von NATO *und* Warschauer Pakt gefordert wurde, und darin, daß neben dem Mittelstreckenbeschluß der NATO auch etwa der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan ange-

sich die westdeutsche Arbeiterbewegung im Kampf für einen Friedensvertrag direkt auf entsprechende Vorschläge und Angebote der Sowjetunion beziehen.

Durch ihre Umwandlung in eine imperialistische Supermacht ist die Sowjetunion aber heute zu einem Hauptfaktor des Krieges geworden. Der Kampf für die Verteidigung des Friedens muß sich gegen zwei Supermächte, insbesondere aber gegen die aufstrebende sozialimperialistische Supermacht, richten.

Der bewaffnete Befreiungskampf der Völker für nationale Unabhängigkeit und insgesamt der Kampf der Dritten Welt hat den US-Imperialismus entscheidend geschwächt. Zwar übt der US-Imperialismus nach wie vor in wichtigen Teilen der Welt seine Hegemonialmacht aus, und nach wie vor führen viele Völker einen Kampf gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus in ihren Ländern. Auf dem Vormarsch ist heute aber der Sozialimperialismus, und von ihm geht heute die Hauptgefahr für die Souveränität der Völker und die proletarische Weltrevolution aus.

Der Kampf gegen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO, gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen

Materialheft
Wirtschaft und Politik 2/81
Aus dem Inhalt:

sich unser Land aus der einseitigen Bindung an den USA-Imperialismus und imperialistische Blockorganisationen löst", heißt es im Parteiprogramm der DKP, und an anderer Stelle: „Für unser Land, das an der europäischen Grenzlinie der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme und Militärpakte liegt, ist ein normales und gutes Verhältnis zur sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere zur Sowjetunion und zur DDR, eine *Lebensfrage*." Warum „Lebensfrage"? „Wer sich gegen die Sowjetunion stellt", heißt es in dem Bericht von Herbert Mies an den Mannheimer Parteitag der DKP 1978, auf dem auch das zitierte Programm verabschiedet wurde, „gerät unvermeidlich auf die Straße der Verlierer". Die DKP setzt auf die Furcht vor der Bedrohung durch den Sozialimperialismus und versucht direkt, diese Furcht zu schüren. In einem Aufruf „Der NATO-Beschluß darf nicht verwirklicht werden" schrieb der Parteivorstand der DKP im Dezember 1979: „Die Folgen sind mehrfach gefährlich. Eine neue Runde des Wettrüstens beginnt – und wir sollen das mitbezahlen. Die Kriegsgefahr steigt – und wir sollen das Risiko tragen. Die neuen Atomraketen sind Waffen des ‚ersten Schlages'. Angriffswaffen. *Der unvermeidliche Gegenschlag wird direkt auf uns gelenkt.*" (Hervorhebungen durch uns, Red.) Angriffswaffen sind die amerikanischen Mittelstreckenraketen, die direkt die westeuropäischen Staaten bedrohen. Unter anderem auf diese

die Expansionspolitik der SU mit keinem Wort erwähnt. Man kann aber die genannte Forderung für sich genommen ohne weiteres unterstützen. Man kann dies aber nicht in einem Zusammenhang tun, der die wachsende Kriegsgefahr einseitig aus der Politk der USA erklärt, wodurch zwangsläufig der Kampf gegen die NATO-Beschlüsse mindestens desorientiert, letztenendes aber den Bestrebungen der Sowjetunion untergeordnet würde.

Der Appell von Sozialdemokraten an die Bundesregierung

In ihrer Absicht, die BRD von der „einseitigen Bindung an den USA-Imperialismus" zu lösen, um sie gegenüber dem Sozialimperialismus zu öffnen, kann sich die DKP auf Teile der SPD-Linken stützen. Dies kommt etwa auch in dem Appell von Sozialdemokraten an den Bundeskanzler „Mut für eine bessere Zukunft" zum Ausdruck. Es heißt dort u.a.: „Wir wollen die sozialdemokratische Entspannungspolitik nicht verkommen lassen, nur weil die USA zur globalen Konfrontation zurückkehren will und dafür keinen anderen Weg weiß, als die Bundesrepublik zu einer vorgeschobenen Raketenbasis gegen die UdSSR auszubauen. Unter Mut zur Zukunft verstehen wir die Ablehnung der amerikanischen Zumutung und das Wagnis zur Abrüstung und zum friedlichen Wettbewerb der Systeme." An anderer Stelle heißt es: „Kommt es nicht alsbald zu Verhandlungen über die eurostrategischen

rung zu scheitern, und nicht bloß an der Politik des amerikanischen Präsidenten.

Karsten Voigts „konstruktive Beiträge"

Gegen die Absicht mancher Teile der SPD-Linken, auf der oben beschriebenen Linie mit den Revisionisten zu kooperieren, wendet sich Karsten Voigt in einem Aufsatz in der „Kritik, Zeitschrift für sozialistische Diskussion" Nr. 25. Er schreibt: „Wie können demokratische Linke in friedenspolitischen Aktionen mit denjenigen Bündnisse eingehen, die den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR, die Besetzung Kambodschas durch Vietnam und die sowjetische militärische Intervention in Afghanistan als logische Konsequenz einer friedensliebenden Politik der Sowjetunion verteidigen?" Gegen die „Entkoppelung der Sicherheitspolitik der Europäer von den Vereinigten Staaten" wendet Voigt ein, daß sie „die bisherigen Grundlagen der Entspannungspolitik der letzten 10 Jahre in Frage stellen würde." Im Übrigen würde sie „diejenigen stärken, die fordern, daß Westeuropa auch allein ein ausreichendes konventionelles und nukleares Gegengewicht gegenüber der UdSSR aufbaut.". Demgegenüber sei die „besonnene Außenpolitik Helmut Schmidts" in der „jetzigen Phase tatsächlich unterstützenswert". „Unsere Aufgabe" sei es, „ohne das sicherheitspolitische Bündnis mit den USA selber in Frage zu stellen, konstruktive ei-

griffen wurde. Erst diese richtige Stoßrichtung hat die Breite dieser Demonstrationen ermöglicht, die sich unter anderem darin ausdrückte, daß wichtige Teile der Gewerkschaftsbewegung diese Demonstrationen mitgetragen, teilweise auch mitinitiiert hatten.

Auch auf den Gewerkschaftstagen der wichtigsten Industriegewerkschaften im vergangenen Jahr hat der Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen eine wichtige Rolle gespielt. So hat der Gewerkschaftstag der IG Metall den Mittelstreckenraketenbeschluß der NATO ausdrücklich verurteilt, ohne sich aber dabei durch die Propaganda der Sozialimperialisten oder der Revisionisten einlullen zu lassen. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan ist ebenfalls durch den Gewerkschaftstag verurteilt worden.

Ebenso wie in den 50er Jahren entsteht gegenwärtig neuerlich eine breitere Bewegung, die den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führt und den Frieden verteidigt. In den 50er Jahren ergab sich diese Bewegung international aus den Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus und seinen weltweiten Versuchen, die proletari-

oder gar gegen den Plan, Neutronenbomben in Westeuropa zu stationieren, wird dadurch nicht unwichtiger.

Der Kampf gegen die NATO, gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Neutronenbomben muß gerade auch deshalb geführt werden, weil die Hegemonialpolitik der USA ein Hindernis ist für den Kampf der Völker Westeuropas gegen das Vormachtstreben und die Bedrohung durch den Sozialimperialismus. Und auch deshalb, weil gerade dieser Kampf den Völkern Osteuropas Luft verschafft, sich gegen die Unterdrückung durch den Sozialimperialismus zur Wehr zu setzen.

DKP: „Gute Beziehungen mit der SU – Lebensfrage für die BRD"

In der Friedensbewegung gibt es unterschiedliche Standpunkte, Einschätzungen und auch direkt entgegengesetzte Interessen. Die DKP verfolgt im Kampf gegen die Hegemonialpolitik des US-Imperialismus das Interesse, dem Sozialimperialismus das Vordringen zu erleichtern und jede Selbständigkeit gegenüber dem US-Imperialismus dem Sozialimperialismus zu Füßen zu legen. „Die nationalen Interessen der Bundesrepublik erfordern, daß sich unser Land aus der einseitigen Bindung an den USA-Imperialismus und imperialistische Blockorganisationen löst", heißt es im Parteiprogramm der DKP, und an anderer Stelle: „Für unser Land, das an der europäischen Grenzlinie der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme und Militärpakte liegt, ist ein normales und gutes Verhältnis zur sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere zur Sowjetunion und zur DDR, eine *Lebensfrage*." Warum „Lebensfrage"? „Wer sich gegen die Sowjetunion stellt", heißt es in dem Bericht von Herbert Mies an den Mannheimer Parteitag der DKP 1978, auf dem auch das zitierte Programm verabschiedet wurde, „gerät unvermeidlich auf die Straße der Verlierer". Die DKP setzt auf die Furcht vor der Bedrohung durch den Sozialimperialismus und versucht direkt, diese Furcht zu schüren. In einem Aufruf „Der NATO-Beschluß darf nicht verwirklicht werden" schrieb der Parteivorstand der DKP im Dezember 1979: „Die Folgen sind mehrfach gefährlich. Eine neue Runde des Wettrüstens beginnt – und wir sollen das mitbezahlen. Die Kriegsgefahr steigt – und wir sollen das Risiko tragen. Die neuen Atomraketen sind Waffen des ‚ersten Schlages'. Angriffswaffen. *Der unvermeidliche Gegenschlag wird direkt auf uns gelenkt.*" (Hervorhebungen durch uns, Red.) Angriffswaffen sind die amerikanischen Mittelstreckenraketen, die direkt die westeuropäischen Staaten bedrohen. Unter anderem auf diese Tatsache spielt die DKP ja an, wenn sie gute Beziehungen zur Sowjetunion als „Lebensfrage" für die BRD bezeichnet.



Schwere Lastwagen tragen die Abschußrampen der US-Mittelstreckenraketen

Der „Krefelder Appell"

Durch den „Krefelder Appell" von 15./16. Oktober 1980 versucht die DKP, dabei in die Initiative zu kommen. In Krefeld hatte – offenbar auf Initiative der DKP – am 15./16. Oktober 1980 eine Veranstaltung stattgefunden, auf der es der DKP gelungen war, verschiedene politische Kräfte zu sammeln. Die DKP selber war durch den Betriebsratsvorsitzenden Tümmers vertreten sowie durch den ihr nahestehenden Prof. Kade, Mitherausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik". Von der SPD-Linken war Klaus Thüsing anwesend. Von der „Ökologiebewegung" Petra Kelly. Zu den Initiatoren gehörten ferner als Repräsentant der traditionellen pazifistischen Bewegung Gösta von Uexküll, der ehemalige General Bastian sowie mehrere Professoren. Die DKP und andere Kräfte sammeln gegenwärtig Unterschriften unter dem Satz: „Ich schließe mich dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern zurückzuziehen." Es ist ein typisch betrügerisches Vorgehen, das die DKP bei dieser Unterschriftensammlung an den Tag legt. Worin der „Krefelder Appell" insgesamt besteht, geht aus den kursierenden Unterschriftenlisten nicht hervor. Wir haben ihn in dem Materialheft 2 (siehe Anzeige) dokumentiert. Er zeichnet sich dadurch aus, daß er einseitig die Rüstungspolitik der USA angreift, die Aggressionen und die Expansionspolitik der SU mit keinem Wort erwähnt. Man kann aber die genannte Forderung für sich genommen ohne weiteres unterstützen. Man kann dies aber nicht in einem Zusammenhang tun, der die wachsende Kriegsgefahr einseitig aus der Politk der USA erklärt, wodurch zwangsläufig der Kampf gegen die NATO-Beschlüsse mindestens desorientiert, letztenendes aber den Bestrebungen der Sowjetunion untergeordnet würde.

Der Appell von Sozialdemokraten an die Bundesregierung

In ihrer Absicht, die BRD von der „einseitigen Bindung an den USA-Imperialismus" zu lösen, um sie gegenüber dem Sozialimperialismus zu öffnen, kann sich die DKP auf Teile der SPD-Linken stützen. Dies kommt etwa auch in dem Appell von Sozialdemokraten an den Bundeskanzler „Mut für eine bessere Zukunft" zum Ausdruck. Es heißt dort u.a.: „Wir wollen die sozialdemokratische Entspannungspolitik nicht verkommen lassen, nur weil die USA zur globalen Konfrontation zurückkehren will und dafür keinen anderen Weg weiß, als die Bundesrepublik zu einer vorgeschobenen Raketenbasis gegen die UdSSR auszubauen. Unter Mut zur Zukunft verstehen wir die Ablehnung der amerikanischen Zumutung und das Wagnis zur Abrüstung und zum friedlichen Wettbewerb der Systeme." An anderer Stelle heißt es: „Kommt es nicht alsbald zu Verhandlungen über die eurostrategischen Waffen, so wird eine neue Runde des Wettrüstens einsetzen, in deren Zentrum Europa steht. Die ‚Sicherheit für Deutschland' wäre dann mehr denn je in Gefahr. Wir würden unsere Zukunft einer amerikanischen Entscheidung ausliefern, die beinhaltet, daß ein auf Europa begrenzter Atomschlag führbar ist." Nun ist es wohl richtig, daß die besondere Gefährlichkeit der Stationierung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa gerade darin besteht, daß sie von den US-Imperialisten kommandiert werden, also einer Macht, die die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westeuropa nicht direkt treffen und schlagen können, sondern nur durch die amerikanischen Volksmassen geschlagen werden kann. Richtig ist aber auch, daß die westdeutschen Volksmassen nicht bloß einer amerikanischen Entscheidung, sondern auch der Bedrohung durch die Sowjetunion ausgeliefert sind. Die „Sicherheit für Deutschland" ist auch nicht einfach durch das Wettrüsten bedroht, sondern dies Wettrüsten ist selber unvermeidlicher Ausdruck der Tatsache, daß der „Wettbewerb der Systeme" nicht einfach friedlich ist. Wie immer man das „System", das in der Sowjetunion herrscht, analysiert, ist die Tatsache unübersehbar, daß sowohl die Sowjetunion als auch die USA sich darauf vorbereiten, ihren Wettbewerb gerade nicht friedlich auszutragen, sondern mit Waffengewalt, und daß die Sowjetunion bereits mit Waffengewalt dabei ist, sich Ausgangspunkte für einen Weltkrieg zu sichern. Vor allem daran, an den Interventionen der Sowjetunion in Südostasien und in Afghanistan und an den Interventionsdrohungen gegen Polen, beginnt die Entspannungspolitik der Bundesregierung zu scheitern, und nicht bloß an der Politik des amerikanischen Präsidenten.

Karsten Voigts „konstruktive Beiträge"

Gegen die Absicht mancher Teile der SPD-Linken, auf der oben beschriebenen Linie mit den Revisionisten zu kooperieren, wendet sich Karsten Voigt in einem Aufsatz in der „Kritik, Zeitschrift für sozialistische Diskussion" Nr. 25. Er schreibt: „Wie können demokratische Linke in friedenspolitischen Aktionen mit denjenigen Bündnisse eingehen, die den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR, die Besetzung Kambodschas durch Vietnam und die sowjetische militärische Intervention in Afghanistan als logische Konsequenz einer friedensliebenden Politik der Sowjetunion verteidigen?" Gegen die „Entkoppelung der Sicherheitspolitik der Europäer von den Vereinigten Staaten" wendet Voigt ein, daß sie „die bisherigen Grundlagen der Entspannungspolitik der letzten 10 Jahre in Frage stellen würde." Im Übrigen würde sie „diejenigen stärken, die fordern, daß Westeuropa auch allein ein ausreichendes konventionelles und nukleares Gegengewicht gegenüber der UdSSR aufbaut.". Demgegenüber sei die „besonnene Außenpolitik Helmut Schmidts" in der „jetzigen Phase tatsächlich unterstützenswert". „Unsere Aufgabe" sei es, „ohne das sicherheitspolitische Bündnis mit den USA selber in Frage zu stellen, konstruktive eigene Beiträge der Europäer zur Zusammenarbeit zwischen Ost und West, zur Ergänzung der Realität der Blöcke durch eine sich entwickelnde, Ost und West gemeinsam umfassende Sicherheitspartnerschaft" zu entwickeln.

Gegen die Zusammenarbeit mit Kräften, die die Expansionspolitik der Sowjetunion propagieren, wendet sich der ehemalige Jusovorsitzende also deshalb, weil ihm die NATO-Mitgliedschaft der BRD heilig ist. Gerade die Mitgliedschaft der westeuropäischen Staaten in der NATO bildet eine entscheidende Einschränkung der Souveränität der westeuropäischen Völker. Ohne Kampf gegen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO, durch die die westdeutsche Monopolbourgeoisie ihre eigenen imperialistischen Interessen verfolgt, gerät der Kampf gegen das weltweite Vordringen und die Bedrohung durch den Sozialimperialismus unvermeidlich in das Schlepptau der US-Supermacht und auch der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Ohne diesen Kampf zu führen, wird die westdeutsche Arbeiterklasse kaum den Kampf der Arbeiter und der Volksmassen in Polen für nationale Unabhängigkeit und Souveränität unterstützen können. Ohne aber das weltweite Vordringen der Sowjetunion anzugreifen und die Völker zu unterstützen, die bereits einen bewaffneten Kampf führen müssen, um ihre Souveränität gegenüber dem Sozialimperialismus zu verteidigen, wird der Kampf gegen den Mittelstreckenraketenbeschluß und gegen die NATO den Frieden nicht wirksam verteidigen können, sondern womöglich noch den expansionistischen Plänen der Sowjetunion nützen.

New-York-Times-Korrespondent über die Sowjetgesellschaft:

,,Die Russen''

Die Parteiführer besitzen Landhäuser mit mehreren Morgen Grund und Boden, die ihnen der Staat kostenlos zur Verfügung stellt. Die Besitzungen sind von hohen Zäunen umgeben, und die einfachen Russen lernen schon als Kind, daß man ihnen nicht zu nahe kommen darf. Viele liegen an der Straße zu dem Dorf Uspenskoje, wo man den ausländischen Botschaften einen Strand zugewiesen hat. Die Zufahrtswege zu den Datschas der Elite gehen von Sackgassen in den Kiefernwäldern ab, Verbotsschilder halten Neugierige fern. Bei höchsten Würdenträgern sorgen uniformierte Polizisten dafür, daß unerwünschte Zaungäste schon an der Kreuzung mit der Hauptstraße gestoppt werden. In den Wäldern bewachen Posten in Zivil die Refugien der großen Tiere.

*

Allerdings haben mich Moskauer Freunde mit mehreren Fabrikarbeitern zusammengebracht, die mir erzählten, daß es gelegentlich an Montagestraßen zu Bummelstreiks komme. Jurij, ein stämmiger junger Metallarbeiter, sprach von zwei derartigen Vorkommnissen in seiner Metallgießerei bei Moskau. (...)

Jurij schilderte auch, wie das sowjetische Management in derartigen Fällen vorgeht: Man stelle einfach eine Brigade von *peredowiki* oder Musterarbeitern zusammen und garantiere ihnen hohe Lohnprämien und andere Privilegien, die aber auf frisierten Produktionszahlen der neuen Maschinen beruhten. Aufgrund dieser Ergebnisse würden dann einfach die Normen der drei anderen Brigaden heraufgesetzt. Diese Brigaden kamen aber dahinter, daß sie hereingelegt worden waren, und protestierten daher. Die Arbeitsniederlegung dauerte zwar nur drei Stunden, dennoch war sie für die Sicherheitsabteilung des Betriebes ernsthaft genug, um der Sache nachzugehen, denn immerhin waren davon drei verschiedene Bänder betroffen. ,,Wenn es nur zwei gewesen wären, hätten sie darin nichts Ungewöhnliches gesehen, denn zwei Brigaden können sich ja mal in die Haare geraten'', erklärte Jurij. ,,Aber bei drei Straßen wird es ernst. Das muß jemand organisiert haben, und das ist ein echtes Risiko. Ich weiß nicht, was mit den Rädelsführern passiert ist, aber ich habe gehört, daß die Bosse nachgeben und die Normen senken mußten.''

(...) Ein anderer beliebter Trick der sowjetischen Propagandisten ist der *wstretschnij plan*, wörtlich der ,,Gegenplan''. Die Arbeiter müssen selbst einen Plan aufstellen, der mit dem offiziell für sie aufgestellten Plan mindestens gleichzieht, ihn aber natürlich am besten übertrifft. Theoretisch wird er von den Arbeitern freiwillig angeboten. Aber dieses ganze Ritual wird weithin als ausgesprochen zynischer Humbug angesehen, so daß sich die Fabrikarbeiter schon ihre eigene Parodie des *wstretschnij plan* ausgeheckt haben. Und das hört sich dann so an: Ein Fabrikarbeiter kommt eines Abends spät nachhause. Damit ihn seine Frau nicht ausschimpft, erklärt er ihr, daß er in der Fabrik wegen einer langen Be-

garantiere ihnen hohe Lohnprämien und andere Privilegien, die aber auf frisierten Produktionszahlen der neuen Maschinen beruhten. Aufgrund dieser Ergebnisse würden dann einfach die Normen der drei anderen Brigaden heraufgesetzt. Diese Brigaden kamen aber dahinter, daß sie hereingelegt worden waren, und protestierten daher. Die Arbeitsniederlegung dauerte zwar nur drei Stunden, dennoch war sie für die Sicherheitsabteilung des Betriebes ernsthaft genug, um der Sache nachzugehen, denn immerhin waren davon drei verschiedene Bänder betroffen. ,,Wenn es nur zwei gewesen wären, hätten sie darin nichts Ungewöhnliches gesehen, denn zwei Brigaden können sich ja mal in die Haare geraten'', erklärte Jurij. ,,Aber bei drei Straßen wird es ernst. Das muß jemand organisiert haben, und das ist ein echtes Risiko. Ich weiß nicht, was mit den Rädelsführern passiert ist, aber ich habe gehört, daß die Bosse nachgeben und die Normen senken mußten.''

(...) Ein anderer beliebter Trick der sowjetischen Propagandisten ist der *wstretschnij plan*, wörtlich der ,,Gegenplan''. Die Arbeiter müssen selbst einen Plan aufstellen, der mit dem offiziell für sie aufgestellten Plan mindestens gleichzieht, ihn aber natürlich am besten übertrifft. Theoretisch wird er von den Arbeitern freiwillig angeboten. Aber dieses ganze Ritual wird weithin als ausgesprochen zynischer Humbug angesehen, so daß sich die Fabrikarbeiter schon ihre eigene Parodie des *wstretschnij plan* ausgeheckt haben. Und das hört sich dann so an: Ein Fabrikarbeiter kommt eines Abends spät nachhause. Damit ihn seine Frau nicht ausschimpft, erklärt er ihr, daß er in der Fabrik wegen einer langen Be-

sprechung über den *wstretschnij plan* aufgehalten worden sei. ,,Was denn für ein *wstretschnij plan*?'' fragt seine Frau skeptisch. ,,Tja'', erwidert er, ,,das ist ungefähr so, wie wenn ich vorschlagen würde, wir wollen heute Nacht zweimal bumsen, und darauf sagst du, du würdest lieber dreimal bumsen, obwohl wir beide doch verdammt genau wissen, daß wir es nicht mehr als einmal schaffen.''

*

Pjotr hatte sich nicht freiwillig als Wahlhelfer gemeldet, sondern war vom Parteibüro in seinem Institut damit beauftragt worden, in einem Moskauer Stadtteil 150 Stimmberechtigte – vor allem Rentner und Intellektuelle – zu ,,betreuen''. Er mußte seine Schutzbefohlenen mehrmals aufsuchen. Beim ersten Mal ging er von Tür zu Tür, gab den Wahltermin und das Wahllokal bekannt und lud sie zu ,,Wahlkampf''-Aktivitäten im Viertel hin. Dieser erste Rundgang stieß auf geringes Interesse, weshalb Pjotr einen weiteren unternahm und den Leuten einzeln ins Gewissen redete. Eine Woche vor der Wahl begann er schließlich die Wahlberechtigten systematisch zu bearbeiten. Hierzu gehört auch die Ausgabe von besonderen Unterlagen für Personen, die am Wahltag nicht in Moskau waren und ihre Stimme in einem beliebigen anderen Wahllokal abgeben konnten. Wahlkreise und ihre Kandidaten spielen im sowjetischen Wahlsystem eine ganz untergeordnete Rolle; so kandidierte der Leiter des Moskauer Nordamerika- und Kanada-Institutes, Georgij Arbatow, in einem Wahlkreis im 2400 Kilometer entfernten Baku, wo er so unbekannt war, daß die dortigen Behörden durchreisenden westlichen Korrespondenten nicht sagen konnten, ob Arbatow sich in seinem Wahlkreis überhaupt hatte sehen lassen. Befanden sich die Wähler aber zur Zeit der Wahl in Moskau, dann – so sagte Pjotr – ließ er sie nicht aus den Klauen, bis die Wahlen vorbei waren.

,,Indem Sie sie anrufen?'', fragte ich. ,,O nein'', erwiderte er, ,,das ist zu unsicher. Ich suche sie einzeln auf. Und dabei geht es nicht mehr um bloßes ideologisches Zureden. Diesmal rücken die Leute damit heraus, daß sie nur wählen werden, wenn ihr zuständiges Parteikomitee ihnen behilflich ist, die neue Wohnung zu bekommen, auf die sie seit Jahren warten. Oder sie beklagen sich, daß es im örtlichen Propagandasaal der Partei immer so langweilig zugeht. Mit irgendetwas kommen sie immer. Und ich beknie sie und sage: ‚Bitte kommen Sie doch, mir zuliebe! Ich muß doch warten, bis Sie gewählt haben.' Die Wahlhelfer dürfen nämlich erst nach Hause gehen, wenn jeder Schützling gewählt hat, oder wenn es Mitternacht ist. Deshalb ist man natürlich daran interessiert, daß die Leute möglichst früh zur Wahl gehen. Es gibt dann immer noch welche, die trotzdem nicht wählen gehen und für die man dann irgendeine Entschuldigung parat haben muß. Meistens sind sie ‚geschäftlich dringend verhindert'. Von 100 Leuten sind es vielleicht fünf bis zehn, die man nicht an die Wahlurne bringt. Das kommt ganz auf den Wahlkreis an. Bei der letzten Wahl war es unmöglich, 100 Prozent zu schaffen. Schließlich kommt es auch vor, daß die Leute wirklich krank sind, oder gestorben sind. Ich weiß von Wahlhelfern, die sogar für einen Toten die Stimme abgaben. Und das in Moskau, dem ideologischen Zentrum des Landes, wo der Wähler zugänglich ist! Auf dem Land muß es viel schlimmer sein. Aber darüber erfährt man nichts. Wenn jemand im Wahl-

Pjotr – ließ er sie nicht aus den Klauen, bis die Wahlen vorbei waren.

,,Indem Sie sie anrufen?'', fragte ich. ,,O nein'', erwiderte er, ,,das ist zu unsicher. Ich suche sie einzeln auf. Und dabei geht es nicht mehr um bloßes ideologisches Zureden. Diesmal rücken die Leute damit heraus, daß sie nur wählen werden, wenn ihr zuständiges Parteikomitee ihnen behilflich ist, die neue Wohnung zu bekommen, auf die sie seit Jahren warten. Oder sie beklagen sich, daß es im örtlichen Propagandasaal der Partei immer so langweilig zugeht. Mit irgendetwas kommen sie immer. Und ich beknie sie und sage: ‚Bitte kommen Sie doch, mir zuliebe! Ich muß doch warten, bis Sie gewählt haben.' Die Wahlhelfer dürfen nämlich erst nach Hause gehen, wenn jeder Schützling gewählt hat, oder wenn es Mitternacht ist. Deshalb ist man natürlich daran interessiert, daß die Leute möglichst früh zur Wahl gehen. Es gibt dann immer noch welche, die trotzdem nicht wählen gehen und für die man dann irgendeine Entschuldigung parat haben muß. Meistens sind sie ‚geschäftlich dringend verhindert'. Von 100 Leuten sind es vielleicht fünf bis zehn, die man nicht an die Wahlurne bringt. Das kommt ganz auf den Wahlkreis an. Bei der letzten Wahl war es unmöglich, 100 Prozent zu schaffen. Schließlich kommt es auch vor, daß die Leute wirklich krank sind, oder gestorben sind. Ich weiß von Wahlhelfern, die sogar für einen Toten die Stimme abgaben. Und das in Moskau, dem ideologischen Zentrum des Landes, wo der Wähler zugänglich ist! Auf dem Land muß es viel schlimmer sein. Aber darüber erfährt man nichts. Wenn jemand im Wahl-

lokal die Liste nimmt (mit einem einzigen Kandidaten) und sie nicht in die (für alle sichtbar aufgestellte) Urne wirft, wird er aufgehalten und zum Wahlleiter gebracht. Dort fragt man ihn, warum er nicht wählt. In der Praxis wird also niemand das Wahlsytem so offen herausfordern.

Das sehr lesenswerte Buch von H. Smith, Die Russen, ist als Knaur-Taschenbuch Nr. 3589 erschienen. Preis 11,80 DM.

Zur inneren Entwicklung der Sowjetunion seit 1976

KPdSU geschlossener und unbeweglicher / Gesetzgebungstätigkeit / Offene Widersprüche

hku. Nach den Kongressen der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken wird am 23. Februar der XXVI. Parteitag der KPdSU beginnen. Er wird den Rechenschaftsbericht des ZK bestätigen und den Beschluß ,,Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1981 – 85 und in der Periode bis zum Jahr 1990'' zur Kenntnis nehmen.

Seit dem XXV. Parteitag im März 1976 hat die Sowjetunion unter der Flagge von ,,Entspannung'' und ,,proletarischem Internationalismus'' die Infiltration in die revolutionären Bewegungen der dritten und der zweiten Welt verstärkt; in Angola, Äthiopien, in Kampuchea und Afghanistan ist sie zu offener militärischer Expansion übergegangen. Der XXVI. Parteitag wird diesen Kurs bestätigen. Wie hat sich die Lage im Inneren entwickelt? Ein Überblick über die Verhältnisse in der Parteiführung, die Gesetzgebungstätigkeit des Obersten Sowjets wie über offene politische Widersprüche kann an eine Antwort heranführen.

Die Auseinandersetzungen in der Parteiführung

Wichtigste Veränderung innerhalb der Führungsspitze der KPdSU ist die Stärkung der Position Breschnews. Seit dem Sturz Chrustschows hatte eine Troika das Politbüro geführt: Breschnew als Generalsekretär, Staatspräsident Podgorny und Ministerpräsident Kossygin. 1977 hat Podgorny den Sitz im Politbüro wie den Vorsitz des Präsidiums des Obersten Sowjets verloren, vermutlich wegen Differenzen über die neue Verfassung; statt seiner wird Breschnew Staatspräsident, als ,,Ausdruck der ständig wachsenden führenden Rolle der KPdSU''. Im weiteren waren die personellen Veränderungen in der Führungsspitze beherrscht von dem Versuch Breschnews, Kossygin durch seinen Gefolgsmann Tichonow zu ersetzen. Das ist ihm im Oktober 1980 schließlich gelungen.

Von der politischen Linie her stand Kossygin für Willen und Fähigkeit zu gewissen Veränderungen, um aus der Stagnation der sowjetischen Gesellschaft herauszukommen. Auf Kossygin ging die Wirtschaftsreform von 1965 zurück, die eine größere Selbständigkeit der Betriebe vorsah und materiellen Anreizen größeren Raum geben wollte; sie wurde bereits 1968 wieder gestoppt. Von ihm ging Ende der 60er Jahre die Initiative zur Entspannungspolitik und zur Vertiefung der Handelsbeziehungen mit dem Westen aus. Zur Hebung der Moral und der Arbeitsproduktivität war Kossygin zu einer stärkeren Berücksichtigung des Konsums der Arbeiterbevölkerung bereit. Breschnew dagegen steht für die militärisch ausgerichtete forcierte In-

kung der Position Breschnews. Seit dem Sturz Chrustschows hatte eine Troika das Politbüro geführt: Breschnew als Generalsekretär, Staatspräsident Podgorny und Ministerpräsident Kossygin. 1977 hat Podgorny den Sitz im Politbüro wie den Vorsitz des Präsidiums des Obersten Sowjets verloren, vermutlich wegen Differenzen über die neue Verfassung; statt seiner wird Breschnew Staatspräsident, als ,,Ausdruck der ständig wachsenden führenden Rolle der KPdSU''. Im weiteren waren die personellen Veränderungen in der Führungsspitze beherrscht von dem Versuch Breschnews, Kossygin durch seinen Gefolgsmann Tichonow zu ersetzen. Das ist ihm im Oktober 1980 schließlich gelungen.

Von der politischen Linie her stand Kossygin für Willen und Fähigkeit zu gewissen Veränderungen, um aus der Stagnation der sowjetischen Gesellschaft herauszukommen. Auf Kossygin ging die Wirtschaftsreform von 1965 zurück, die eine größere Selbständigkeit der Betriebe vorsah und materiellen Anreizen größeren Raum geben wollte; sie wurde bereits 1968 wieder gestoppt. Von ihm ging Ende der 60er Jahre die Initiative zur Entspannungspolitik und zur Vertiefung der Handelsbeziehungen mit dem Westen aus. Zur Hebung der Moral und der Arbeitsproduktivität war Kossygin zu einer stärkeren Berücksichtigung des Konsums der Arbeiterbevölkerung bereit. Breschnew dagegen steht für die militärisch ausgerichtete forcierte In-

dustrialisierung, für den Versuch, die Schwierigkeiten mit immer neuen ,,Leitungsmethoden'', mehr Disziplin usw. überwinden zu wollen. Hierin steht er Suslow nahe, der ,,grauen Eminenz'' des Politbüros, Spezialist für ,,proletarischen Internationalismus''. Kossygin soll 1968 gegen die militärische Intervention in der CSSR gestimmt haben.

Breschnew hat einiges für einen Personenkult um ihn getan. Er ist u.a. zum ,,Obersten Befehlshaber'' gemacht worden, was sonst nur zu Kriegszeiten üblich war. Aber dieser Personenkult greift offensichtlich nicht, er ist auch völlig hohl. Es ist sicher auch nicht so, daß Breschnew jetzt im Politbüro und ZK schalten und walten könnte. Bereits in den letzten Jahren waren Veränderungen blockiert worden. Die Bildung von Industrievereinigungen (Kombinate) stockt seit 1975; die Vorstöße Breschnews zur Förderung der privaten Landwirtschaft kommen trotz mehrerer Beschlüsse seit 1977 kaum voran. Umgekehrt besteht wenig Aussicht, auch nur zaghafte Veränderungen in Richtung größerer Selbständigkeit der Betriebe durchzuführen, wie die in jeder Beziehung halbherzige ,,Reform'' von 1979 zeigt. Die Geschlossenheit der Parteiführung ist gleichzeitig Immobilität; die Kräfte für Veränderungen sind nicht da. Die Überalterung des Politbüros ist ein Ausdruck davon.

Verfassung, Gesetzesgebung

Die herausragende Veränderung der politisch-juristischen Verhältnisse war die Verabschiedung der neuen Verfassung Ende 1977; seit 1961 war sie angekündigt, aber wegen internen Streits immer wieder zurückgestellt worden. Sie gibt dem herrschenden politischen System die Weihe und verschärft die Reaktion. Kern der Begründung ist die Theorie des ,,Sowjetvolkes'': ,,Die soziale Homogenität der sowjetischen Gesellschaft wächst. Das unerschütterliche Bündnis der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der Volksintelligenz hat sich noch mehr gefestigt. Allmählich verschwinden die Unterschiede zwischen den sozialen Hauptgruppen. Alle Nationen und Völkerschaften unseres Landes nähern sich durch das Leben selbst an. Es ist eine neue historische Gemeinschaft – das Sowjetvolk – entstanden.'' Art. 6 stellt fest: ,,Die KPdSU ist die führende und leitende Macht der sowjetischen Gesellschaft und der Kern ihres politischen Systems sowie aller staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen.'' Der Föderalismus wird durch eine Generalklausel zugunsten der Zentralgewalt eingeschränkt.

Mit der neuen Verfassung verstärkt sich der Russifizierungsdruck auf die unterdrückten Nationalitäten. 1978 werden die Republiks-Verfassungen angeglichen. Der Versuch, in Georgien, Armenien und Aserbaidschan die Anerkennung der jeweiligen Sprache als ,,Staatssprache'' zu streichen, rief Straßendemonstrationen in Tiflis und Jerewan hervor, die die KPdSU zu raschem Rückzug zwangen.

Im übrigen geht die Gesetzgebungstätigkeit des Obersten Sowjets in drei Richtungen. *Erstens:* Ökonomisierung

immer wieder zurückgestellt worden. Sie gibt dem herrschenden politischen System die Weihe und verschärft die Reaktion. Kern der Begründung ist die Theorie des ,,Sowjetvolkes'': ,,Die soziale Homogenität der sowjetischen Gesellschaft wächst. Das unerschütterliche Bündnis der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der Volksintelligenz hat sich noch mehr gefestigt. Allmählich verschwinden die Unterschiede zwischen den sozialen Hauptgruppen. Alle Nationen und Völkerschaften unseres Landes nähern sich durch das Leben selbst an. Es ist eine neue historische Gemeinschaft – das Sowjetvolk – entstanden.'' Art. 6 stellt fest: ,,Die KPdSU ist die führende und leitende Macht der sowjetischen Gesellschaft und der Kern ihres politischen Systems sowie aller staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen.'' Der Föderalismus wird durch eine Generalklausel zugunsten der Zentralgewalt eingeschränkt.

Mit der neuen Verfassung verstärkt sich der Russifizierungsdruck auf die unterdrückten Nationalitäten. 1978 werden die Republiks-Verfassungen angeglichen. Der Versuch, in Georgien, Armenien und Aserbaidschan die Anerkennung der jeweiligen Sprache als ,,Staatssprache'' zu streichen, rief Straßendemonstrationen in Tiflis und Jerewan hervor, die die KPdSU zu raschem Rückzug zwangen.

Im übrigen geht die Gesetzgebungstätigkeit des Obersten Sowjets in drei Richtungen. *Erstens:* Ökonomisierung

der Unterdrückung. 1977 wird eine neue Kategorie von ,,arbeitsbessernden Koloniensiedlungen'' für Fahrlässigkeitstäter geschaffen, mit lockerem Regime und höherer Arbeitsleistung; und ein ,,bedingter Strafaufschub mit Heranziehung zu obligatorischer Arbeit'', verbunden mit Lohneinbußen und Polizeiüberwachung. Bei Diebstahl und Verwaltungsvergehen wird die Geldstrafe eingeführt bzw. erhöht. *Zweitens* wird die Kontrolle der Partei und ihrer Organisationen über die Bevölkerung dichter; die ,,Volkskontrolle'' wird 1979 ausgedehnt, mobile Milizposten eingerichtet. *Drittens* wird das Instrumentarium gegen die demokratischen Strömungen im Land verfeinert. Dem dient ein Dekret, das Versäumnisse in der Aufsicht über staats- oder betriebseigene Vervielfältigungsgeräte unter harte Strafe stellt. Das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1979 behält dem Obersten Sowjet das Recht vor, einen Sowjetbürger aus seiner Staatsbürgerschaft zu entlassen. Der Titel des Staatsbürgers kann umgekehrt aberkannt werden, wenn ,,das Ansehen der Sowjetunion geschädigt'' wird.

Aufbrechende Widersprüche

Die Rechtsentwicklung der letzten vier Jahre ist weitgehend schon Reaktion auf die Herausbildung einer fortschrittlichen Strömung innerhalb der unterdrückten Klassen und der unterdrückten Nationen der Sowjetunion, die zu einem unübergehbaren Faktor für die sowjetische Führung geworden ist. Kristallisationspunkte sind u.a. die sog. ,,Helsinki-Komitees'', die 1976 und 1977 überall im Land gegründet werden; sie sind dort am stärksten, wo zur sozialen Degradation und politischen Entrechtung die nationale Unterdrückung hinzukommt: in der Ukraine, in den kaukasischen Republiken, im Baltikum. Hier gipfelten die Auseinandersetzungen im vergangenen Jahr in den Schülerdemonstrationen in mehreren Städten Estlands. Mit der Bildung erster unabhängiger Gewerkschaftsgruppen 1978 und den – heftig dementierten – Streiks in den Automobilstädten Gorki, Togliattigrad und den Kamas-Werken hat auch die russische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wieder die Bühne des offenen Kampfes betreten.

Verschiedene Beschlüsse der Partei zeigen, daß die Gefahr einer zunächst passiven Abwendung von ihrer Politik und einer untergründigen Strömung für Veränderung recht groß eingeschätzt wird. Auch mit der nur passiven Abwendung, einer politischen Apathie des Volkes kann die KPdSU sich nicht abfinden; aus dem ,,Jahrfünft der Effektivität'' ist schon nichts geworden; zur Mobilisierung der Produzenten braucht sie aber auch eine gewisse politische Mobilisierung. So faßte das ZK im April 1979 den Beschluß ,,Über die weitere Verbesserung der ideologischen und politisch-erzieherischen Arbeit''. ,,Formalismus und Neigung zu Geschwätz'' könnten der imperialistischen Diversion nicht mehr standhalten. Alle Fragen müßten offen beantwortet werden, um der Apathie entgegenzuwirken. ,,Sowjetpatriotismus'' müsse mobilisiert werden. Zu Chauvinismus hat die KPdSU auch die

schen Entrechtung die nationale Unterdrückung hinzukommt: in der Ukraine, in den kaukasischen Republiken, im Baltikum. Hier gipfelten die Auseinandersetzungen im vergangenen Jahr in den Schülerdemonstrationen in mehreren Städten Estlands. Mit der Bildung erster unabhängiger Gewerkschaftsgruppen 1978 und den – heftig dementierten – Streiks in den Automobilstädten Gorki, Togliattigrad und den Kamas-Werken hat auch die russische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wieder die Bühne des offenen Kampfes betreten.

Verschiedene Beschlüsse der Partei zeigen, daß die Gefahr einer zunächst passiven Abwendung von ihrer Politik und einer untergründigen Strömung für Veränderung recht groß eingeschätzt wird. Auch mit der nur passiven Abwendung, einer politischen Apathie des Volkes kann die KPdSU sich nicht abfinden; aus dem ,,Jahrfünft der Effektivität'' ist schon nichts geworden; zur Mobilisierung der Produzenten braucht sie aber auch eine gewisse politische Mobilisierung. So faßte das ZK im April 1979 den Beschluß ,,Über die weitere Verbesserung der ideologischen und politisch-erzieherischen Arbeit''. ,,Formalismus und Neigung zu Geschwätz'' könnten der imperialistischen Diversion nicht mehr standhalten. Alle Fragen müßten offen beantwortet werden, um der Apathie entgegenzuwirken. ,,Sowjetpatriotismus'' müsse mobilisiert werden. Zu Chauvinismus hat die KPdSU auch die

Olympischen Spiele in Moskau nutzen wollen.

Die ersten veröffentlichten Rechenschaftsberichte der Republiks-Parteitage sind von einer solchen Nervosität, so gespickt mit direkter und scharfer Kritik an Partei- und Staatsorganen, daß man den Eindruck hat: will die herrschende Partei sich an die Spitze der vorhandenen Kritik stellen, dann muß sie schon ziemlich weit vorgehen.

Zimbabwe: Schießereien in Bulawayo beendet

lup. Über 100 Tote sollen die Auseinandersetzungen gekostet haben, die in der letzten Woche in Bulawayo im Westen Zimbabwes zwischen ehemaligen Angehörigen der Guerillaarmeen von ZANU und ZAPU stattgefunden haben. Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen war ein Überfall von meuternden ZIPRA-Angehörigen gegen Einheiten der ZANLA. Im Gegensatz zu früheren Auseinandersetzungen gehörten die meuternden Soldaten bereits zur integrierten Armee Zimbabwes. Nach Ausbruch der Auseinandersetzungen sollen ZIPRA-Einheiten daraufhin in großer Zahl in Richtung Bulawayo marschiert sein. Die Unruhen konnten erst nach massiven Einsätzen der nationalen Armee Zimbabwes niedergeschlagen werden, wobei neben Granatwerfern auch Kampfhubschrauber eingesetzt werden mußten. Nkomo, der seit der Regierungsumbildung Minister ohne Portefeuille ist, hat – soweit bisher bekannt – die Meutereien nicht unterstützt. Gegen die weitere Beteiligung der ZAPU an der Regierung soll es innerhalb der ZIPRA erheblichen Widerstand gegeben haben, insbesondere von den Kräften, die in der Sowjetunion militärisch ausgebildet worden sind.

Azania: Forderungen der Schüler teilweise erfüllt

gkr. Anfang vergangener Woche haben ca. 25000 schwarze Schüler in Kapstadt (Azania) unter bestimmten Bedingungen den Schulbesuch wieder aufgenommen. Sie sind damit die letzten, die den neunmonatigen Streik um bessere Lernbedingungen beenden (vgl. KVZ 6/81, S. 12). Die Bereitstellung von mehr Schulbüchern und verbesserte Ausstattung der Schullaboratorien mußte den Schülern zugestanden werden. Forderungen nach Rechten für die Schüler versucht die Regierung offensichtlich niederzubügeln. So wird, nach der Erklärung eines Ministerialsprechers, über die Forderung, autonome Schülervertretungen bilden zu dürfen, und über das Präfektensystem noch diskutiert. Die Forderung nach Freilassung aller im Zusammenhang mit dem Boykott verhafteten Jugendlichen mußten die Behörden mit der Freilassung von 21, zum Teil seit 3 Monaten verhafteten, Schülern beantworten.

Khomeiny und Bani Sadr zum 2. Jahrestag der Revolution

chm. Auf einer Massenkundgebung auf dem Platz der Freiheit in Teheran, an der über ½ Mio. Menschen teilnahmen, verlas Imam Ahmad, der Sohn Imam Khomeinys, eine Erklärung seines Vaters zum zweiten Jahrestag der Revolution. In der Erklärung ruft Khomeiny die Geistlichen auf, sich nicht in die Politik einzumischen: ,,Sich in die Verwaltungsangelegenheiten des Landes einzumischen, Leuten Posten verschaffen und wieder wegnehmen usw. ist illegal, schafft Unruhe und muß unterbleiben ...'' Imam Ahmad gab bekannt, daß die Übergabe des Gebäudes der US-Botschaft an den Märtyrerfonds, der von der Islamischen Republikanischen Partei, der Partei der Geistlichkeit, verwaltet wird, nicht stattfinden werde. ,,Das ist eine erste Mahnung an all jene Mullahs, die in Gerichten, Ausschüssen und anderen Organisationen (sind), sich nicht in Dinge außerhalb ihrer Zuständigkeit einzumischen.'' Präsident Bani Sadr, der auf der gleichen Kundgebung sprach, sagte: ,,Jetzt befinden wir uns im Stadium der Vorbereitung der Tyrannei ... Die Zensur muß weg und die Herrschaft des Gesetzes muß wiederhergestellt werden. Das Land ist wie ein Friedhof – ein neues Zentrum der Despotie, der Korruption und des Verfalls.''

Engerer Zusammenschluß der Golfstaaten

chm. Sechs Golfstaaten haben im Anschluß an die Islamische Gipfelkonferenz, die im Januar in Saudiarabien stattgefunden hat, beschlossen, enger zusammenzuarbeiten. Es handelt sich dabei um Saudiarabien, Oman, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Bahrein und Kuweit. Die Zusammenarbeit soll auch einen organisatorischen Rahmen erhalten, indem alle drei Monate ein Gipfeltreffen der Staatschefs stattfindet, das erste am 8. März in Kuweit. Die Zusammenarbeit ist in verschiedenen Bereichen vorgesehen, im wirtschaftlichen, kulturellen und islamischen Bereich. Dieser Zusammenschluß soll als ,,regionale Untergruppe'' der Arabischen Liga eingerichtet werden, was in der Gründungserklärung der Liga von 1945 vorgesehen ist. Ein wichtiger Bestandteil der Zusammenarbeit ist im Bereich der Sicherheit und Verteidigung.

Junta verhaftet Senat der Universität San Salvador

chm. Die Militärjunta in El Salvador hat am Dienstag den gesamten Senat der katholischen Universität San Salvadors verhaften lassen. Die Universität wurde geschlossen als ,,Brutstätte des Terrorismus''. Die Militärs rechtfertigen ihr Vorgehen damit, daß es sich um keine Sitzung des Senats gehandelt habe, sondern um eine Versammlung der FDR. Der Vorgänger des jetzigen Rektors war vor ein paar Monaten von einem Mordkommando der Junta überfallen und ermordet worden. Inzwischen hat die US-Regierung erklärt, daß alle Auflagen, die an die Militärhilfe für El Salvador gebunden waren, wie z.B. Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie, aufgehoben seien, weil sich die Junta im Kampf gegen ausländische Mächte, nämlich Kuba und Nicaragua, befinde.

In Laos tanzen die Russen: „Amerikaner ohne Dollar“

Bericht eines schwedischen Journalisten über seine Reise nach Vientiane

Die folgende Reportage stammt aus der schwedischen Zeitschrift „Folket i Bild“. Diese wurde 1971 u.a. von dem Journalisten Jan Myrdal gegründet und hat sich die Aufgabe gestellt, u.a. die Kämpfe der Völker gegen Imperialismus und Hegemonismus zu unterstützen.

In den Hotels und Spezialkrankenhäusern in Laos sind es russische Journalisten und Berater, die die alte Rolle der Amerikaner übernommen haben. Sie grölen ihren Kalinka und wackeln zu Discomusik in den Restaurants mit laotischen Mädchen.

Vor 5 Jahren, Dezember 1975, herrschte Karnevalsstimmung in Laos, einem vom Krieg geschüttelten Land, das einige der schlimmsten Bombardierungen der Weltgeschichte ausstehen mußte. Pathet Laos Machtübernahme war friedlich, und Laos schien nationaler Versöhnung entgegenzugehen.

Aber es wurde nicht so, wie sich das die meisten Laoten vorgestellt hatten. Während der ersten 2 Jahre sank die Produktion katastrophal, die Ernten mißglückten, die Produktion vorher nationalisierter Fabriken stagnierte und die Lebenshaltungskosten stiegen um 300% von 1976 bis 1977. Der Versuch, eine steifbeinige staatskapitalistische Wirtschaft nach osteuropäischem Modell in Laos einzupflanzen, mißglückte vollständig.

Laos war zweifellos immer eines der ärmsten Länder der Welt mit einem vom IWF (Internationaler Währungsfonds) berechneten mittleren Einkommen von 190 DM 1979. Aber vor 1975 andererseits war das Preisniveau niedriger als in den südostasiatischen Nachbarländern.

Preisrekord

Heute ist es eine erschreckende Wahrheit, daß Laos die höchsten Nahrungsmittelpreise im fernen Osten hat – Japan ausgenommen – während die Löhne immer noch zu den niedrigsten gehören. Es ist diese Situation, verbunden mit politischer Unzufriedenheit, die jeden 10. Einwohner zur Flucht aus dem Land getrieben hat.

Die Monatslöhne der Fabrikarbeiter in Vientiane liegen zwischen 150 und 300 Kip. Ein Kilo Reis kostet 10 – 20 Kip, Fisch 50 – 70 Kip und ein Hühnchen 65 Kip. Staatsangestellte haben die Vergünstigung, Reis für 4 Kip/kg kaufen zu können. Arme Leute können sich nur billiges kaou nee-o (klebrigen Reis) leisten mit salziger Fischsauce und vielleicht etwas Grünem dazu, sagt eine Hausfrau, mit der ich in Vientiane gesprochen habe. Die, die Glück haben, haben Verwandte in den USA oder Frankreich, die Geld schicken. Andere verkaufen ihre alten Schmuckstücke, Gold und Silber.

Die Unzufriedenheit richtet sich auch dagegen, daß das Land, auf Direktive von Kaysone, überschwemmt ist von sowjetischen Beratern und Experten auf allen Ebenen, die alles andere als populär sind. Sie sind klobig, arrogant, verkehren nur miteinander und haben meist geringe oder keine Erfahrung mit südostasiatischen Verhältnissen.

Was die Leute besonders erregt, ist, daß das einzige funktionierende Krankenhaus des Landes, Hospital Nr. 1, nur für Mitglieder des Zentralkomitees der Partei und für russische Techniker geöffnet ist. Vientianes Hospital Mahosot, das früher ein ausgezeichnetes Krankenhaus war, wird nunmehr auf Sparflamme mit wenigen Medizinern und fast keinem kompetenten Personal betrieben. Ausländische Entwicklungshelfer werden gewöhnlich im Krankheitsfall nach Bangkok geflogen, ein Privileg, das der gemeine Mann in Laos nicht hat. Während die Russen sich blicken lassen und im gesamten Vientiane unüberhörbar sind, ist die vietnamesische Anwesenheit viel diskreter. 1977 schlossen Kaysone und die Regierung in Hanoi ein geheimes Abkommen über „allseitige Zusammenarbeit“.

„Dies kam als eine totale Überraschung“, sagt Sameu Moutharay, der 1975 – 79 eines der 45 Mitglieder von Laos „höchster Volksversammlung“ (entspricht etwa dem Obersten Sowjet) war, und den ich in einem Flüchtlingslager in Thailand treffe. Die Volksversammlung durfte nichts von dem Abkommen wissen. Ich erfuhr von Leuten, die vom Lande zurückkehrten und berichteten, daß es vietnamesische Truppen im Land gab. Während der 60er Jahre wurde Laos in der Praxis von einem heimlichen CIA-Organ gesteuert, das USAID genannt wurde. USAID hat nun seinen Nachfolger bekommen, in einem top-heimlichen Ministerium, das SVL genannt wird, mit Hauptquartier in Tha-Ngone, 20 km außerhalb Vientianes.

Widerstand

Wir durften nicht einmal wissen, was die Abkürzung bedeutete, setzt Sameu fort. Aber listigen Seelen gelang es, den Code zu knacken: „Samaki Vietnam-Lao“, d.h. Einheit Vietnam-Laos.

SVL ist, ebenso wie USAID seinerzeit, ein Staat im Staate, eine Regierung innerhalb der Regierung, die immer das letzte Wort hat. Laos hat praktisch aufgehört, ein selbständiger Staat zu sein.

Spätnachmittags am 2.12.1980, am Vortag des 5. Jahrestages der Volksrepublik Laos, konnte man Granatexplosionen im zentralen Vientiane hören. Es waren die Ausstellungsräumlichkeiten des Innenministeriums, die von laotischen Guerillas angegriffen wurden, die immer kühner in ihren Attacken geworden sind.

Das Bombenattentat mitten in der Hauptstadt war der Höhepunkt einer Kette von Guerillaaktionen in Laos während des Monats vor dem Jubiläum. Der erste große Zusammenstoß passierte außerhalb der Provinzhauptstadt Paksane, 150 km östlich von Vientiane am 30. Oktober. Alte und kranke Laoten waren aus dem städtischen Krankenhaus herausgesetzt worden, um vietnamesischen Soldaten Platz zu machen, die in einem anderen Kampf mit den Guerillas an der Grenze zur Provinz Kham Mouane verletzt worden waren. Dies erzürnte die lokale Bevölkerung so sehr, daß die Guerilla beschloß, zuzuschlagen. Die Militärposten des Krankenhauses wurden angegriffen, die Brücke über den Nam Ngiapfluß wurde in die Luft gesprengt und die fünf vietnamesischen Soldaten, die die Brücke bewachten, getötet.

Der bewaffnete Widerstand gegen das Kaysonregime und die vietnamesischen Okkupationstruppen wird in drei Gebieten geführt. Die eigenen Angaben der Guerillas konnte ich teilweise bestätigt finden durch einen schwedischen Entwicklungshelfer in Vientiane und andere Quellen im Land. In den Bergen im Norden hat die Opposition ihre Stütze vor allem unter dem Minoritätsvolk Hmong in der Provinz Xien Khouang. Dort findet man die gefürchteten „Himmelssoldaten“ Chao Fa, langhaarige Krieger, die sich geschworen haben, sich nicht eher wieder die Haare zu schneiden, bis Laos frei ist.

Im Süden gibt es eine Reihe von Gruppen. Neutralistengeneral Kong Le und der ehemalige Pathet-Lao-Kader Bouliane sind einige der am meisten bekannten Führer. Bei einem Treffen in der Provinz Champasak am 15. September vorigen Jahres wurde eine Dachorganisation namens „The Lao Peoples' Liberation United Front“ gebildet, die die früher zersplitterten Partisaneneinheiten und Guerillakämpfer vereint.

Im zentralen Laos operiert die laotische Volksfront, die zum großen Teil aus desillusionierten ehemaligen Pathet Lao bestehen. In einem heimlichen Treffen in den Grenzgebieten hatte ich die Möglichkeit, mit Repräsentanten der Guerilla zu sprechen:

„Als wir gemeinsam gegen die USA kämpften, konnten wir nicht träumen, daß Vietnam nur wenige Jahre später imperialistisch werden würde“, erklärt einer der Führer. „Jetzt setzen wir mit dem alten Ziel die Front fort. Unser Programm kann in 4 Punkten zusammengefaßt werden: Selbstständigkeit, Demokratie, Neutralität und Allianzfreiheit (Blockfreiheit).“

Die Einheiten der Guerilla sind immer noch sehr klein, die Angriffe sporadisch und es fehlen eigentliche befreite Gebiete. Aber in einer Marathonrede am 26.12.1979 sah sich Kaysone genötigt, darauf hinzuweisen, daß die Sicherheit der Regierung gefährdet war.

Im UN-Büro in Vientiane werden ebenfalls die Angaben über die Kämpfe im Lande bekräftigt:
Außerhalb Vientiane dürfen wir uns im Prinzip nirgendwo ohne bewaffnete Eskorte bewegen, sagt UNDP-Chef Mr. Larsimont. Nicht einmal, wenn wir von unseren Wohnungen zum Markt in derselben Stadt gehen.

Die Regierung ist ängstlich, daß wir für Russen gehalten werden, behauptet Keith Heldenbrand, der für die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, arbeitet. Ist man Russe, Vietnamese oder Kubaner, ist man nicht sicher in diesem Land.

Im Takt mit der wachsenden Unzufriedenheit sind die Gefängnisse in Laos mit politischen Gefangenen gefüllt worden. Nach Aussage des früheren Premierministers Souvanna Phouma liegt die Zahl der politischen Gefangenen zwischen 10000 und 15000. Die härtesten Internierungslager, 6 an der Zahl, liegen in Vieng Xay in den unzugänglichen Bergen nördlich von Luang Prabang. Andere politische Gefängnisse sind die 3 Inseln Friedensinsel, Männerinsel und Fraueninsel in Nam Ngumdamm.

Vorgekommen sind auch Hinrichtungen nach Massenprozessen, und die offizielle Nachrichtenagentur KPL (Khao San Pathet Lao) teilte z.B. am 18. August mit, daß ein „Volksgericht vier Huglianer zum Tode verurteilt und 24 andere Personen zu Gefängnisstrafen von 2 bis 24 Jahren wegen subversiver Tätigkeit“ verurteilt hat.





Bild links: Russisch-Unterricht an einer Schule in Laos. *Bild rechts:* M. Pradith Vongbandith. Generalsekretär des Komitees für die Unabhängigkeit von Laos, auf der Internationalen Kampuchea-Solidaritätskonferenz in Stockholm: „Die Erben Ho Chi Minhs verwandeln sich in echte Imperialisten und Expansionisten, schlimmer noch als die Nazis.“

pem. Mit 84% der Stimmen aller Mit-

Mitterand als Präsident

mit einem rapiden Verlust ihres politischen Einflusses bezahlen.

andererseits war das Preisniveau niedriger als in den südostasiatischen Nachbarländern.

Preisrekord

Heute ist es eine erschreckende Wahrheit, daß Laos die höchsten Nahrungsmittelpreise im fernen Osten hat – Japan ausgenommen – während die Löhne immer noch zu den niedrigsten gehören. Es ist diese Situation, verbunden mit politischer Unzufriedenheit, die jeden 10. Einwohner zur Flucht aus dem Land getrieben hat.

Die Monatslöhne der Fabrikarbeiter in Vientiane liegen zwischen 150 und 300 Kip. Ein Kilo Reis kostet 10 – 20 Kip, Fisch 50 – 70 Kip und ein Hühnchen 65 Kip. Staatsangestellte haben die Vergünstigung, Reis für 4 Kip/kg kaufen zu können. Arme Leute können sich nur billiges kaou nee-o (klebrigen Reis) leisten mit salziger Fischsauce und vielleicht etwas Grünem dazu, sagt eine Hausfrau, mit der ich in Vientiane gesprochen habe. Die, die Glück haben, haben Verwandte in den USA oder Frankreich, die Geld schicken. Andere verkaufen ihre alten Schmuckstücke, Gold und Silber.

Die Unzufriedenheit richtet sich auch dagegen, daß das Land, auf Direktive von Kaysone, überschwemmt



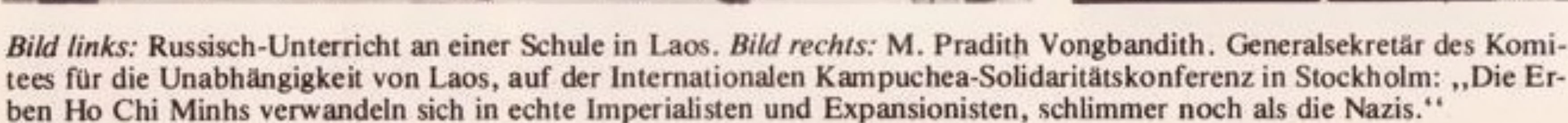


Bild links: Russisch-Unterricht an einer Schule in Laos. Bild rechts: M. Pradith Vongbandith. Generalsekretär des Komitees für die Unabhängigkeit von Laos, auf der Internationalen Kampuchea-Solidaritätskonferenz in Stockholm: „Die Erben Ho Chi Minhs verwandeln sich in echte Imperialisten und Expansionisten, schlimmer noch als die Nazis.“

heitsfall nach Bangkok geflogen, ein Privileg, das der gemeine Mann in Laos nicht hat. Während die Russen sich blicken lassen und im gesamten Vientiane unüberhörbar sind, ist die vietnamesische Anwesenheit viel diskreter. 1977 schlossen Kaysone und die Regierung in Hanoi ein geheimes Abkommen über „allseitige Zusammenarbeit“.

„Dies kam als eine totale Überraschung“, sagt Sameu Moutharay, der 1975 – 79 eines der 45 Mitglieder von Laos „höchster Volksversammlung“ (entspricht etwa dem Obersten Sowjet) war, und den ich in einem Flüchtlingslager in Thailand treffe. Die Volksversammlung durfte nichts von dem Ab-

SVL ist, ebenso wie USAID seinerzeit, ein Staat im Staate, eine Regierung innerhalb der Regierung, die immer das letzte Wort hat. Laos hat praktisch aufgehört, ein selbständiger Staat zu sein.

Spätnachmittags am 2.12.1980, am Vortag des 5. Jahrestages der Volksrepublik Laos, konnte man Granatexplosionen im zentralen Vientiane hören. Es waren die Ausstellungsräumlichkeiten des Innenministeriums, die von laotischen Guerillas angegriffen wurden, die immer kühner in ihren Attacken geworden sind.

Das Bombenattentat mitten in der Hauptstadt war der Höhepunkt einer Kette von Guerillaaktionen in Laos

das Kaysonregime und die vietnamesischen Okkupationstruppen wird in drei Gebieten geführt. Die eigenen Angaben der Guerillas konnte ich teilweise bestätigt finden durch einen schwedischen Entwicklungshelfer in Vientiane und andere Quellen im Land. In den Bergen im Norden hat die Opposition ihre Stütze vor allem unter dem Minoritätsvolk Hmong in der Provinz Xien Khouang. Dort findet man die gefürchteten „Himmelssoldaten“ Chao Fa, langhaarige Krieger, die sich geschworen haben, sich nicht eher wieder die Haare zu schneiden, bis Laos frei ist.

Im Süden gibt es eine Reihe von Gruppen. Neutralistengeneral Kong Le

Mr. Larsimont. Nicht einmal, wenn wir von unseren Wohnungen zum Markt in derselben Stadt gehen.

Die Regierung ist ängstlich, daß wir für Russen gehalten werden, behauptet Keith Heldenbrand, der für die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, arbeitet. Ist man Russe, Vietnamese oder Kubaner, ist man nicht sicher in diesem Land.

Im Takt mit der wachsenden Unzufriedenheit sind die Gefängnisse in Laos mit politischen Gefangenen gefüllt worden. Nach Aussage des früheren Premierministers Souvanna Phouma liegt die Zahl der politischen Gefangenen zwischen 10000 und 15000. Die härtesten Internierungslager, 6 an der Zahl, liegen in Vieng Xay in den unzugänglichen Bergen nördlich von Luang Prabang. Andere politische Gefängnisse sind die 3 Inseln Friedensinsel, Männerinsel und Fraueninsel in Nam Ngumdamm.

Vorgekommen sind auch Hinrichtungen nach Massenprozessen, und die offizielle Nachrichtenagentur KPL (Khao San Pathet Lao) teilte z.B. am 18. August mit, daß ein „Volksgericht vier Huglianer zum Tode verurteilt und 24 andere Personen zu Gefängnisstrafen von 2 bis 24 Jahren wegen subversiver Tätigkeit“ verurteilt hat.

Mitterand als Präsident noch nicht regierungsfähig

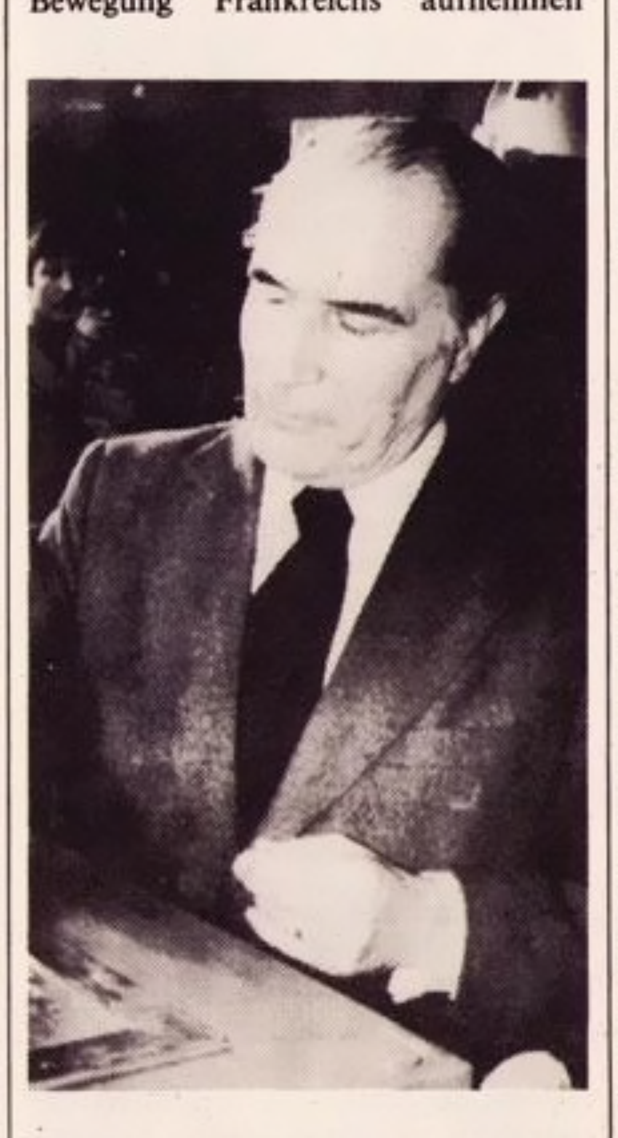
pem. Mit 84% der Stimmen aller Mitglieder der Parti Socialiste (PS) wurde François Mitterand Ende Januar auf einem Sonderparteitag zum dritten Male nach 1965 und 1974 zum Präsidentschaftskandidaten nominiert. Mit Mitterand hat sich die Strömung innerhalb der PS durchgesetzt, die für eine Linksunion, d.h. die Zusammenarbeit mit der PC, eintritt. Michel Rocard, der eher für eine Zusammenarbeit mit der gaullistischen Bewegung eintritt, hatte seine Kandidatur bereits vor dem Parteitag zurückgezogen. Auf dem Sonderparteitag wurde ebenfalls das Wahlprogramm der PS verabschiedet, das ein Präsident Mitterand nach einem Wahlsieg durchsetzen will. Das Wahlprogramm enthält insgesamt 110 Vorschläge und Forderungen, was es nicht gerade sehr übersichtlich macht. U.a. enthält es folgende Forderungen:

– *Außenpolitik:* Schrittweise und gleichzeitige Abrüstung im Hinblick auf die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt. Keine Stationierung von amerikanischen Pershing-Raketen auf europäischem Boden. Rückzug der sowjetischen SS 20 Raketen.
– Für den weiteren Ausbau der EG. Aufnahme von Spanien und Portugal in die EG. Strikte Anwendung der Römischen Verträge.
– *Wirtschaftspolitik:* Verstaatlichung der neun größten französischen Konzerne. Verwirklichung eines Wirtschaftsprogramms mit großen öffentlichen Aufträgen. Ausweitung des öffentlichen Sektors. Schaffung von 150000 neuen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und 60000 bei den Kommunen.
– Schrittweise Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die 35-Stunden-Woche. Allgemeine Einführung des fünfwöchigen bezahlten Urlaubs.
– *Innenpolitik:* Sofortiger Stopp des bisherigen Kernenergieprogramms. Nur die Anlagen, die zur Zeit in Betrieb bzw. im Bau sind, sollen weitergenutzt werden. Nach einer Phase der Information soll die Bevölkerung in einer Volksabstimmung über die weitere Verwendung der Kernenergie entscheiden.
– Anerkennung der regionalen bzw. nationalen Minderheiten. Den Korsen soll ein besonderer Status zugesichert werden. Die Basken sollen ein eigenes Departement erhalten. Sämtliche Minderheitensprachen sollen respektiert und in den Schulen unterrichtet werden.
– Einführung des Verhältniswahlrechts bei allen Wahlen. Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten entweder auf 5 Jahre mit einmaliger Wiederwahlmöglichkeit oder auf 7 Jahre ohne Möglichkeit der Wiederwahl.

Gegenüber dem Programm Commun, mit dem Mitterand als gemeinsamer Kandidat von PS und PC 1974 angetreten war, ist dieses Programm dadurch gekennzeichnet, daß es, was den zeitlichen Rahmen seiner Verwirklichung und den Umfang der zu treffenden Maßnahmen angeht, relativ unpräzise ist. Mitterand hat dazu erklärt, daß dieses Programm nur andeute, welche Maßnahmen eine sozialistische Regierung durchzuführen gedenke. Es sei im übrigen die Aufgabe der neuen Regierung, die aus den Neuwahlen nach der Auflösung des Parlaments hervorgehen würde, die Politik durchzuführen. Dabei wäre es klar, daß eine sozialistische Regierung mit allen politischen und sozialen Gruppen in Verhandlungen über die Verwirklichung ihres Regierungsprogramms treten würde.

Trotz dieses eindeutigen Hinweises an die Adresse der französischen Finanzbourgeoisie, daß man über das tatsächliche Regierungsprogramm noch verhandeln könne, ist die PS in den Augen der Bourgeoisie zur Zeit nicht regierungsfähig. Dabei sind es nicht die allgemeinen Aussagen der Parti Socialiste, die die herrschende Klasse beunruhigen, wie z.B. ihre Aufgabenstellung, die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse mit dem Ziel der Eroberung der politischen Macht zu führen, um so die Bedingungen für die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische zu schaffen. Solche allgemeinen Erklärungen haben die PS bzw. ihre Vorläuferorganisation die S.F.I.O. z.B. nicht daran gehindert, in eine gaullistische Regierung einzutreten. Sie haben François Mitterand auch nicht daran gehindert, während des Kolonialkrieges in Algerien zu erklären, daß Algerien Bestandteil Frankreichs ist und daß Frankreich keinen Terror auf seinem Boden dulden könne.

Es ist vielmehr die Tatsache, daß die PS in ihren Forderungen und ihrer Politik in bestimmtem Umfang Forderungen der Arbeiter- und demokratischen Bewegung Frankreichs aufnehmen



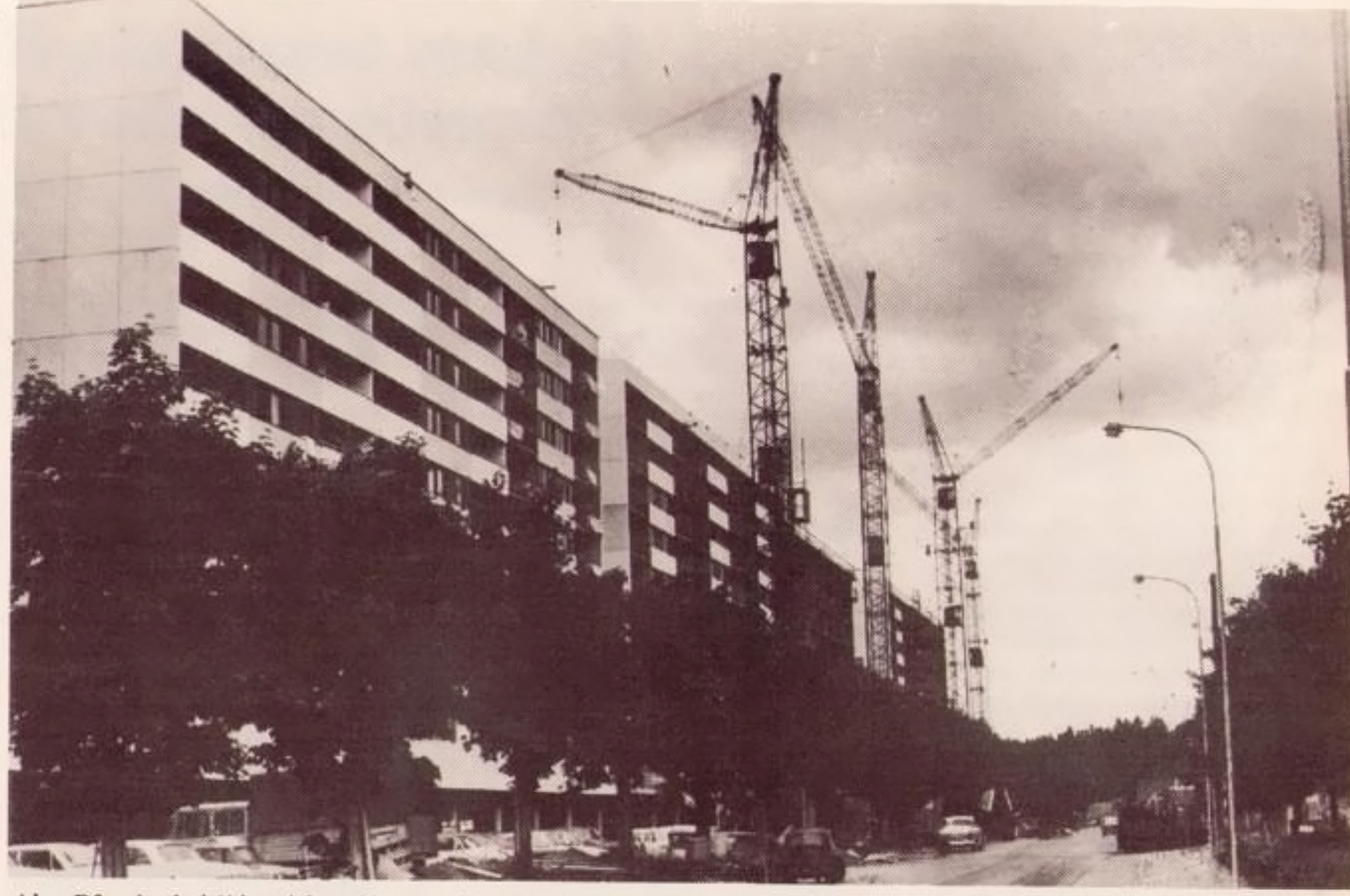
mußte, wollte sie überhaupt über einen nennenswerten Einfluß verfügen. Denn wenn immer die PS sich an die Gaullisten annäherte, mußte sie dies mit einem rapiden Verlust ihres politischen Einflusses bezahlen.

Hinzu kommt die Tatsache, daß die PS nach wie vor zu einer engeren Zusammenarbeit mit der PC bereit ist, die von seiten der herrschenden Klasse in der Hauptseite als eine Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus betrachtet wird. Bereits jetzt hat die PC im Falle eines Wahlsieges von Mitterand Ansprüche auf Ministerposten angemeldet, zu denen Mitterand nur ausweichend Stellung bezogen hat, indem er erklärte, daß es zu früh sei, eine solche Frage zu diskutieren. Auch dies stellt den Versuch dar, sich gegenüber allen Seiten offenzuhalten.

Die Aussichten Mitterands, die Wahlen am 10. Mai zu gewinnen, sind derzeit im Steigen begriffen, was sich in den Meinungsumfragen ausdrückt. Lag er vor Weihnachten noch bis zu 10% im zweiten Wahlgang hinter Giscard zurück, so hat sich der Abstand bis auf teilweise 1% verringert. Wenngleich ein Präsident Mitterand nicht den Sozialismus in Frankreich einführen würde, was wohl kaum jemand von ihm erwartet, so würden sich bei einem Wahlsieg Mitterands doch die Kampfbedingungen der französischen Arbeiterklasse und des Volkes erheblich verbessern. Ein Präsident Mitterand könnte nämlich weder, wie sein Vorgänger Giscard noch wie sein Kollege aus der Sozialistischen Internationale H. Schmidt regieren. Zugeständnisse an die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen, wie sie sich jetzt schon in dem Programm ausdrücken, müßten dann auch praktisch verwirklicht werden. Diese aber würden die französische Kapitalistenklasse im internationalen Konkurrenzkampf erheblich behindern.

Der schwedische Mieterverein

Die schwedische Mieterbewegung ist hoch organisiert und hat schon eine lange Tradition. Sie ist eng mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden und führt jährliche ,,Tarifverhandlungen" mit den Wohnungsbaugesellschaften. Näheres über das Programm des schwedischen Mietervereins.



Als ,,Pfuscharbeit" bezeichnet der staatliche Bauforschungsrat in einer neuen Studie den industriellen Fertigbau der 60er und 70er Jahre. Geschätzte Instandsetzungskosten: 20 Mrd. SKr. (knapp 10 Mrd. DM).

coi.Stockholm. Mit dem 1. Januar ist der Reigen der Mieterhöhungen für 1981 in Schweden eröffnet worden. In den meisten Städten und Gemeinden sind die Mieten der kommunalen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften kräftig erhöht worden. In Stockholm um 7–8%, in den Vororten Stockholms um durchschnittlich über 10%. Für eine Dreizimmerwohnung mit 75 m² in einem nördlichen Vorort Stockholms sind jetzt (umgerechnet) 515 DM Warmmiete statt 456 DM, die sie noch im Dezember gekostet hat, zu zahlen. Bald stehen auch die Mieterhöhungen in den privaten Mietshäusern an, die mit 700 000 Wohnungen ca. 50% des Mietwohnungsbestandes stellen. Die Mieten der kommunalen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften wirken faktisch marktorientierend.

Jährliche Verhandlungen über die Mieten

Die genannten Mieterhöhungen waren Resultat von Verhandlungen zwischen den Wohnungsbaugesellschaften und dem Mieterverein. Dieser Mieterverein organisiert 650 000 Mitglieder in ganz Schweden und ist nach eigenen Angaben der größte Mieterzusammenschluß in Westeuropa. Seit 1978 hat dieser Mieterverein das gesetzliche Recht und der Vermieter die Pflicht, um die Mietfestsetzung zu verhandeln, so daß die alljährlichen Mietverhandlungen äußerlich den gewerkschaftlichen Tarifverhandlungen nicht unähnlich sind. Im Unterschied zu den Gewerkschaften hat allerdings der Mieterverein gesetzlich keine Kampfrechte. Können Mieter und Vermieter an einem Ort oder in einem Haus keine Übereinkunft erzielen, so werden zentrale Verhandlungen mit der Zentralorganisation der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oder dem Verband der privaten Hausbesitzer aufgenommen. Kann auch da keine Einigung erzielt werden, so entscheidet ein Gericht endgültig.

Nach Angaben der Stockholmer Sektion des Mietervereins konnten die diesjährigen Mietforderungen um durchschnittlich 50–60% gedrückt werden. Denn durch eine Kampagne mit öffentlichen Versammlungen, Unterschriftensammlungen, Aufsuchen der entsprechenden Politiker und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften konnte der Mieterverein seine Forderung nach Verlängerung der staatlichen Kredite für den Unterhalt von Mietshäusern sowie nach Zuschüssen der Kommunen an die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften durchsetzen. Die Mietübereinkunft zwischen Vermietern und dem Mieterverein ist bindend und erstreckt sich auch auf die Mieten der nichtorganisierten Mieter.

Der Mieterverein und die Gewerkschaften – Zur Geschichte

Es liegt auf der Hand, daß der Mieterverein mit seinen Grundeinheiten, den ,,Kontaktkomitees" in den Siedlungen, Straßenzügen und selbst Häusern einigen Druck bei der Durchsetzung von Reparaturen oder anderen Pflichten des Wirts ausüben kann; das Bild vom kinderfreundlichen Schweden mit vielen Spielplätzen ist nicht ganz aus der Luft gegriffen. Obwohl der Mieterverein kein Kampfrecht hat, spielt er durch seine organisierte Größe und seine direkten Verbindungen zur Arbeiterbewegung eine gewichtige politische Rolle. Diese Verbindung stellt sich nicht nur individuell dadurch her, daß ein beträchtlicher Teil der Mitglieder des Mietervereins gleichzeitig gewerkschaftlich organisiert ist, sondern auch und besonders über die historisch gewachsene Bindung zur Gewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei. Z.B. nannte sich eine der ersten Mietervereinigungen in Göteborg anfangs ,,SKF-Arbeiter-Mieterverein". Es waren auch die Gewerkschaften, die als erste die Forderung nach ordentlichen Mietverträgen aufstellten, die vor allem die willkürliche Kündigung ausschließen sollten.

Gemeinsame Forderungen wie die nach einem gesetzlichen Mieterschutz sowie nach einer staatlichen Mietpreisregulierung gegen den Mietwucher legten es nahe, die bestehenden örtlichen Vereine in einer zentralen Organisation zusammenzufassen. 1923 wurde der Reichsverband der Mieter, der Vorläufer der heutigen Mietervereinigung, mit 5 000 Mitgliedern in acht Städten gegründet. Innerhalb der Mieterbewegung entzündete sich eine Debatte über die Zukunft der Mieterbewegung überhaupt. Sollte sie eine Interessenvertretung gegenüber Vermietern und Staat bleiben, oder sollte sie sich hauptseitig auf den genossenschaftlichen Wohnungsbau konzentrieren als Mittel zur Lösung des Wohnproblems der Arbeiter.

Letztere Linie wurde von der sozialdemokratischen Führung gefördert, die sich auf die Übernahme der Regierungsgeschäfte vorbereitete. Die Mieterbewegung behielt jedoch ihren ursprünglichen Charakter bei, und bis in die dreißiger Jahre hinein ist ihr Weg von einer Vielzahl örtlicher Kämpfe geprägt. Höhepunkt waren die Auseinandersetzungen 1932 in Göteborg, in deren Verlauf 5 000 Menschen für ,,verstärkten Wohnungsbau, niedrigere Mieten und gesetzlichen Mieterschutz" demonstrierten.

Genossenschaftlicher Arbeiter-Wohnungsbau und ,,Wohnrechtsvereine"

Selbstverständlich sprach sich der Mieterverein nicht generell gegen genossenschaftlichen Wohnungsbau aus, doch wurde damals bereits richtig erkannt, daß die Wohnungsfrage für die Arbeiterklasse so nicht lösbar ist. Heute besitzt die Gewerkschaftskooperative HSB etwa die Hälfte der 600 000 Wohnungen, die sich im Besitz von ,,Wohnrechtsvereinen" (wörtlich übersetzt) befinden. Ein Wohnungssuchender muß sich durch den Erwerb des ,,Wohnrechts" an einer Wohnung in den Verein bzw. die Kooperative einkaufen. Mit diesem Kauf erwirbt er ein Nutzungsrecht an der Wohnung, für die er selbstverständlich auch Miete zahlen muß, und das Stimmrecht im Verein bzw. der Kooperative. Der Sache nach leistet er heute einen Kapitalvorschuß an eine Kapitalgesellschaft, und sein Stimmrecht reduziert sich im wesentlichen auf die Anerkennung ökonomischer Notwendigkeiten wie höhere Miete aufgrund steigender Kosten, als welche die Profitinteressen der Vereine bzw. Kooperativen und vor allem der dahinterstehenden Banken erscheinen. Diese ,,Wohnrechte" haben inzwischen astronomische Preise erreicht, und es ist u.a. ein beliebtes Mittel in den Großstadtzentren, sanierte Altbauten in den Besitz von Wohnrechtsvereinen zu überführen. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß das Wohnrecht bei Auszug vom Mieter meistbietend verkauft werden kann.

Erst nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte 1933 durch die Sozialdemokratie konnte ein Mieterschutzgesetz durchgesetzt werden. Auch wenn es nicht vollständig den Forderungen der Arbeiter- und Mieterbewegung entsprach – z.B. konnten streikende Arbeiter immer noch aus den Fabrikwohnungen gekündigt werden, allerdings erst nach drei Monaten –, so bedeutete dieses Gesetz dennoch einen Fortschritt.

Sozialdemokratische ,,Möbelfuhrenpolitik"

Die sozialdemokratische Regierung begann mit dem staatlich geförderten Wohnungsbau als Mittel zur Konjunktursteuerung und zur Erhöhung der Mobilität der Arbeiterklasse. Der Bau von relativ billigen Wohnungen nahm kräftig zu, und mit Ausnahme der Zeit während des 2. Weltkrieges und während der ,,Koreakrise" Anfang der 50er Jahre zeigt die Statistik eine bis in die siebziger Jahre reichende ganz erhebliche Zunahme des Wohnungsbestandes (incl. Einfamilienhäuser): Von 2,1 Mio. im Jahr 1945 über 2,7 Mio. 1960 auf 3,5 Mio. im Jahr 1975. Allein zwischen 1965 und 1975 wurden im Rahmen des ,,Millionenprogramms" 1 Million neuer Wohnungen (ohne Einfamilienhäuser) gebaut.

Das vergrößerte Wohnungsangebot, verbunden mit relativ niedrigen Mieten durch Beibehaltung der staatlichen Mietpreisbindung aus dem Jahre 1942 und billige staatliche Wohnungsbaukredite sowie die Förderung des industriellen Wohnungsbaus (Fertigbauweise) waren die wohnungsbaupolitischen Komponenten der ,,Möbelfuhrenpolitik" der sozialdemokratischen Regierung. Gemeint ist die völkerwanderungsähnliche Umzugsbewegung von Norden nach Süden und vom Land in die expandierenden Industriezentren. Dies bedeutete neben einer geographischen Verschiebung der Bevölkerungsstruktur auch eine gewaltige Veränderung der Wohnstruktur. Zigtausende neuer Haushalte entstanden, da junge Arbeiter, die vorher das Elternhaus nicht hatten verlassen können, jetzt in der Lage waren, einen eigenen Hausstand zu gründen. Familien konnten sich größere und modernere Wohnungen leisten.

Diese Wohnungsbaupolitik stand im Dienst der ökonomischen Expansion des schwedischen Kapitals. Folgerichtig mußte ein Wendepunkt eintreten mit dem absehbaren und beginnenden Ende dieser Expansion und der damit verbundenen Suche des Kapitals nach neuen lohnenden Anlagesphären. Ende der sechziger Jahre beschloß der Reichstag die Aufgabe der Mietpreisbindung und die Einführung der ,,Gebrauchswertmiete", eine feine Umschreibung für die Freigabe der Mieten. Der Mieterverein widersetzte sich anfangs der Absicht der Regierung, doch ließ der Vorstand trotz starkem Widerstand in den eigenen Reihen in parteipolitischer Loyalität seine Bedenken gegen das Zugeständnis eines stärkeren Mieterschutzes und größerer Mitbestimmung fallen. Die größere Mitbestimmung bestand konkret in dem erwähnten Verhandlungsrecht bei der Festsetzung der Mieten in den Mietshäusern der kommunalen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften.

Mietpreisexplosion bei sinkenden Reallöhnen

Die seitdem stark steigenden Mieten haben seit 1977, gepaart mit sinkenden Reallöhnen, eine dramatische Wirkung auf die Reproduktionsbedingungen der Volksmassen. Nach Untersuchung des Mietervereins steigt der Anteil der Durchschnittsmiete am durchschnittlichen Industriearbeiterlohn und hat 1978 bei einer Dreizimmerwohnung 24,1% des *Brutto*lohns erreicht. Die Verteuerung der Wohnungsbaukredite durch Banken und Staat, der damit verbundene Rückgang des Baus billiger Wohnungen, steigende Kosten für den Unterhalt und die Reparatur vor allem des Häuserbestandes, der in Fertigbauweise aus dem Boden gestampft wurde und jetzt durch frühzeitigen Verschleiß sozusagen die Nachentrichtung der damals eingesparten Baukosten einfordert, weiter die Erhöhung der kommunalen Gebühren (Wasser, Elektrizität, usw.) sowie Steuern – das sind die Hauptteuerungsfaktoren, die die Mieten immer weiter in die Höhe treiben.

Auf seiten der Mieterbewegung äußert sich diese Entwicklung in wachsenden örtlichen Auseinandersetzungen mit den Hauseigentümern um die jährliche Mietfestsetzung. Seinen Niederschlag hat die wachsende Empörung der Mieter gegen diese Mietexplosion in dem 1980 verabschiedeten Programm des Mietervereins gefunden. Zentrale Forderung ist, daß die Mieten einen festen Prozentsatz des durchschnittlichen Industriearbeiterlohnes nicht übersteigen dürfen. Orientierungsmarke ist die Miete einer Zweizimmer-Wohnung, die 15% dieses Lohns nicht übersteigen soll. 1978 betrug dieser Prozentsatz 20,2%, und man kann mit Sicherheit annehmen, daß er weiter gestiegen ist. Um eine Senkung der Mietausgaben zu erreichen, stellt der Mieterverein einige Forderungen, die für die Mieterbewegung in Westdeutschland von Interesse sind.

Forderungen des schwedischen Mietervereins

Gefordert wird die Verstaatlichung des gesamten Wohnungskreditwesens durch die Errichtung einer staatlichen Wohnungsbaukreditbank, die Einführung eines einheitlichen zinsfreien Wohnungsbaukredits, eines ,,Realkredites", der in jährlichen, mit der Inflationsrate steigenden Raten von 1,5% der Kreditsumme zurückzahlbar ist, und die Kreditierung der gesamten tatsächlichen Baukosten. Gegenwärtig werden die zu kreditierenden Baukosten von der Behörde nach einem Index berechnet, und liegen inzwischen bis zu 15% unter den tatsächlichen Baukosten. Die staatlich festgelegte Kreditsumme wird dann zu 70% (Grundkredit) von den Banken zu einem staatlich reglementierten Zinssatz und zu 30% durch einen staatlich subventionierten Kredit gedeckt. Der Rest der tatsächlichen Kosten, behördlicherseits Überkosten genannt, muß auf dem freien Kapitalmarkt zu horrenden Zinsen zur Freude der Banken beschafft werden.

Dem Mieterverein ist natürlich nicht entgangen, daß der geforderte zinsfreie Kredit mittels Steuergeldern finanziert werden muß, da der Staat selbst als Kreditnehmer bei den Banken anstellig werden müßte. Doch er setzt dagegen, daß diese Kosten ,,bedeutend geringer sind als beim gegenwärtigen System mit Zinszuschüssen und Subventionen durch Steuererleichterungen". Mit den Subventionen durch Steuererleichterungen ist die Steuerabzugsfähigkeit der Kredite auf Einfamilienhäuser gemeint, von denen es 1,5 Mio. gibt, sowie die relativ geringe Besteuerung der Gewinne bei Immobilienverkäufen. Der Mieterverein fordert als vorläufige Maßnahme die Begrenzung der Steuerabzugsfähigkeit von Eigenheimkrediten und die spätere Eingliederung in das geforderte staatliche Kreditsystem, so daß vor allem die lohnabhängigen Eigenheimbesitzer nicht getroffen werden, sowie die 100%ige Besteuerung der Gewinne aus dem Verkauf von Häusern.

Als Begründung für die Besteuerung wird im Programm angeführt, ,,daß die einzig akzeptable Wertsteigerung diejenige ist, die aus eigener Arbeit herrührt und aus der Wertsicherung eigener Kapitaleinsätze. Die übrige realisierte Wertsteigerung soll der Gesellschaft zufallen." Dies zielt augenscheinlich auf die Abschöpfung der Grundrente durch den Staat ab, denn an anderer Stelle fordert das Programm: ,,Um den Einfluß der Kommunen auf die Wohnraumversorgung zu sichern, um der Spekulation entgegenzuwirken und die Preissteigerungen für Wohnraum zu dämpfen, müssen die Kommunen aktive Bodenpolitik betreiben. Deren Ziel muß es sein, daß die Kommunen den Boden besitzen. Dies bedeutet, daß die Kommunen sich dafür einsetzen müssen, das Eigentumsrecht für Grund und Boden zu erwerben, das sich nicht in ihrem Besitz befindet, aber auch, daß die Kommunen den Boden in ihrem Besitz behalten und ihn ausschließlich verpachten ... Der Staat muß den Kommunen größere ökonomische Mittel für die Bodenpolitik geben. Die Größe der Mittel hängt davon ab, wie die Preisregulierung in den Enteignungs- und Vorkaufsgesetzen geregelt wird. Die Bodenpachtgesetze sind veraltet und sollten so geändert werden, daß die Verpachtung ein effektives Mittel werden kann, die Bodenwertsteigerungen im Besitz der Kommunen zu behalten." Gegenwärtig bekommt ein Bauherr staatliche Kredite nur dann, wenn er den Baugrund von der Kommune gepachtet oder gekauft hat. Gegen diese Verkaufsmöglichkeit richtet sich die Programmforderung. Umgekehrt haben die Kommunen bereits ein Vorkaufsrecht, wenn Baugrund privaterseits zum Verkauf angeboten wird, sie müssen jedoch den gängigen Marktpreis zahlen. Eine Schwäche im Programm ist, daß die Modalitäten des Bodenerwerbs durch die Kommunen offengelassen sind.

In seinen Untersuchungen weist der Mieterverein nach, daß die kommunalen Gebühren und Steuern (Gebäudesteuer) und die staatlichen Heizölsteuern einen immer gewichtigeren Anteil an den Mieten ausmachen. 1978 machten diese Gebühren und Steuern, Fernheizungskosten eingerechnet, ca. 25% der Mieten aus. Die einzige konkrete Forderung im Programm ist die nach Abschaffung der Gebäudesteuer; bescheiden wendet man sich an den Staat, ,,sich zu enthalten, die Energiebesteuerung als Weg zur Füllung der Staatskasse anzuwenden". Bezüglich der ziemlich drastisch gestiegenen kommunalen Gebühren beschränkt sich das Programm auf die Forderung nach Offenlegung der Kostenrechnung, damit auch wirklich nur die Kosten bezahlt werden.

Die Kommunen tragen die Hauptlasten bei der Bestreitung der gesellschaftlichen Konsumtion der Volksmassen, wie Schulen, Krankenhäuser etc. Sie sind auf staatliche Zuschüsse angewiesen, die ihnen die Regierung im Rahmen der Ausgabenkürzungen systematisch streicht. Die Aufstellung von Forderungen, die auf die vollständige Finanzhoheit der Kommunen und u.a. auf die Beseitigung aller indirekten Steuern abzielen, würde den Rahmen einer reinen Mieterbewegung sicher sprengen. Die Lösung dieser Aufgabe stellt sich der ganzen Arbeiterbewegung, und mit der Verschärfung des staatlichen Sparprogramms immer aktueller. Das Programm des Mietervereins enthält dazu nützliche Elemente.

Jährliche Verhandlungen über die Mieten

Die genannten Mieterhöhungen waren Resultat von Verhandlungen zwischen den Wohnungsbaugesellschaften und dem Mieterverein. Dieser Mieterverein organisiert 650 000 Mitglieder in ganz Schweden und ist nach eigenen Angaben der größte Mieterzusammenschluß in Westeuropa. Seit 1978 hat dieser Mieterverein das gesetzliche Recht und der Vermieter die Pflicht, um die Mietfestsetzung zu verhandeln, so daß die alljährlichen Mietverhandlungen äußerlich den gewerkschaftlichen Tarifverhandlungen nicht unähnlich sind. Im Unterschied zu den Gewerkschaften hat allerdings der Mieterverein gesetzlich keine Kampfrechte. Können Mieter und Vermieter an einem Ort oder in einem Haus keine Übereinkunft erzielen, so werden zentrale Verhandlungen mit der Zentralorganisation der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oder dem Verband der privaten Hausbesitzer aufgenommen. Kann auch da keine Einigung erzielt werden, so entscheidet ein Gericht endgültig.

Nach Angaben der Stockholmer Sektion des Mietervereins konnten die diesjährigen Mietforderungen um durchschnittlich 50–60% gedrückt werden. Denn durch eine Kampagne mit öffentlichen Versammlungen, Un-

Letztere Linie wurde von der sozialdemokratischen Führung gefördert, die sich auf die Übernahme der Regierungsgeschäfte vorbereitete. Die Mieterbewegung behielt jedoch ihren ursprünglichen Charakter bei, und bis in die dreißiger Jahre hinein ist ihr Weg von einer Vielzahl örtlicher Kämpfe geprägt. Höhepunkt waren die Auseinandersetzungen 1932 in Göteborg, in deren Verlauf 5 000 Menschen für ,,verstärkten Wohnungsbau, niedrigere Mieten und gesetzlichen Mieterschutz" demonstrierten.

Genossenschaftlicher Arbeiter-Wohnungsbau und ,,Wohnrechtsvereine"

Selbstverständlich sprach sich der Mieterverein nicht generell gegen genossenschaftlichen Wohnungsbau aus, doch wurde damals bereits richtig erkannt, daß die Wohnungsfrage für die Arbeiterklasse so nicht lösbar ist. Heute besitzt die Gewerkschaftskooperative HSB etwa die Hälfte der 600 000 Wohnungen, die sich im Besitz von ,,Wohnrechtsvereinen" (wörtlich übersetzt) befinden. Ein Wohnungssuchender muß sich durch den Erwerb des ,,Wohnrechts" an einer Wohnung in den Verein bzw. die Kooperative einkaufen. Mit diesem Kauf erwirbt er ein Nutzungsrecht an der Wohnung, für die er selbstverständlich auch Miete

1960 auf 3,5 Mio. im Jahr 1975. Allein zwischen 1965 und 1975 wurden im Rahmen des ,,Millionenprogramms" 1 Million neuer Wohnungen (ohne Einfamilienhäuser) gebaut.

Das vergrößerte Wohnungsangebot, verbunden mit relativ niedrigen Mieten durch Beibehaltung der staatlichen Mietpreisbindung aus dem Jahre 1942 und billige staatliche Wohnungsbaukredite sowie die Förderung des industriellen Wohnungsbaus (Fertigbauweise) waren die wohnungsbaupolitischen Komponenten der ,,Möbelfuhrenpolitik" der sozialdemokratischen Regierung. Gemeint ist die völkerwanderungsähnliche Umzugsbewegung von Norden nach Süden und vom Land in die expandierenden Industriezentren. Dies bedeutete neben einer geographischen Verschiebung der Bevölkerungsstruktur auch eine gewaltige Veränderung der Wohnstruktur. Zigtausende neuer Haushalte entstanden, da junge Arbeiter, die vorher das Elternhaus nicht hatten verlassen können, jetzt in der Lage waren, einen eigenen Hausstand zu gründen. Familien konnten sich größere und modernere Wohnungen leisten.

Diese Wohnungsbaupolitik stand im Dienst der ökonomischen Expansion des schwedischen Kapitals. Folgerichtig mußte ein Wendepunkt eintreten mit dem absehbaren und beginnenden Ende dieser Expansion und der damit

ßert sich diese Entwicklung in wachsenden örtlichen Auseinandersetzungen mit den Hauseigentümern um die jährliche Mietfestsetzung. Seinen Niederschlag hat die wachsende Empörung der Mieter gegen diese Mietexplosion in dem 1980 verabschiedeten Programm des Mietervereins gefunden. Zentrale Forderung ist, daß die Mieten einen festen Prozentsatz des durchschnittlichen Industriearbeiterlohnes nicht übersteigen dürfen. Orientierungsmarke ist die Miete einer Zweizimmer-Wohnung, die 15% dieses Lohns nicht übersteigen soll. 1978 betrug dieser Prozentsatz 20,2%, und man kann mit Sicherheit annehmen, daß er weiter gestiegen ist. Um eine Senkung der Mietausgaben zu erreichen, stellt der Mieterverein einige Forderungen, die für die Mieterbewegung in Westdeutschland von Interesse sind.

Forderungen des schwedischen Mietervereins

Gefordert wird die Verstaatlichung des gesamten Wohnungskreditwesens durch die Errichtung einer staatlichen Wohnungsbaukreditbank, die Einführung eines einheitlichen zinsfreien Wohnungsbaukredits, eines ,,Realkredites", der in jährlichen, mit der Inflationsrate steigenden Raten von 1,5% der Kreditsumme zurückzahlbar ist, und die Kreditierung der gesamten tatsächlichen Baukosten. Gegenwärtig

Grundrente durch den Staat ab, denn an anderer Stelle fordert das Programm: ,,Um den Einfluß der Kommunen auf die Wohnraumversorgung zu sichern, um der Spekulation entgegenzuwirken und die Preissteigerungen für Wohnraum zu dämpfen, müssen die Kommunen aktive Bodenpolitik betreiben. Deren Ziel muß es sein, daß die Kommunen den Boden besitzen. Dies bedeutet, daß die Kommunen sich dafür einsetzen müssen, das Eigentumsrecht für Grund und Boden zu erwerben, das sich nicht in ihrem Besitz befindet, aber auch, daß die Kommunen den Boden in ihrem Besitz behalten und ihn ausschließlich verpachten ... Der Staat muß den Kommunen größere ökonomische Mittel für die Bodenpolitik geben. Die Größe der Mittel hängt davon ab, wie die Preisregulierung in den Enteignungs- und Vorkaufsgesetzen geregelt wird. Die Bodenpachtgesetze sind veraltet und sollten so geändert werden, daß die Verpachtung ein effektives Mittel werden kann, die Bodenwertsteigerungen im Besitz der Kommunen zu behalten." Gegenwärtig bekommt ein Bauherr staatliche Kredite nur dann, wenn er den Baugrund von der Kommune gepachtet oder gekauft hat. Gegen diese Verkaufsmöglichkeit richtet sich die Programmforderung. Umgekehrt haben die Kommunen bereits ein Vorkaufsrecht, wenn Baugrund privater-

Der gewerkschaftliche Kampf der 70er Jahre um Verbesserung der Gesundheitsversorgung

„Der Arbeitgeberanteil kann nicht anders als ein fester Bestandteil des Lohns oder des Gehalts betrachtet werden ... Die Gewerkschaften fordern deshalb eine alleinige Versicherten-Selbstverwaltung." (DGB-Broschüre: Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, 1980)

bsc. Am Schluß des ersten Teils (KVZ 7/81, S. 7) hatte ich festgestellt, daß zu Beginn der 70er Jahre die gewerkschaftliche Bewegung Verbesserungen der gesundheitlichen Versorgung durchsetzen konnte: „... es waren Reaktionen auf den erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft in der Produktion und auf die Verschlechterung des Gesundheitsstandards; ihre Durchsetzung war möglich aufgrund der relativ günstigen wirtschaftlichen Entwicklung mit relativ niedriger industrieller Reservearmee ..." Diese günstigen Bedingungen entfallen seit dem Kriseneinbruch 1974/75, die industrielle Reservearmee hat sich nicht mehr qualitativ verringert und jetzt zu Beginn eines erneuten zyklischen Kriseneinbruchs liegt sie höher als 74/75. Doch bevor die Entwicklung des Kampfes auf diesem Gebiet in der zweiten Hälfte der 70er Jahre – „unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen" – verfolgt werden soll, will ich noch zwei Gesetze aus den frühen 70er Jahren, die langfristig von erheblicher Bedeutung sind, kurz darlegen.

Es geht um das *Arbeitssicherheitsgesetz* (ASiG) und das *Krankenhausfinanzierungsgesetz* (KHG). Mit dem ASiG wurden Sicherheitsfachkräfte und Betriebsärzte für alle Betriebe obligatorisch. Um seine Umsetzung gibt es in jedem Detail heftige Kämpfe und beispielsweise sei hier kurz aus dem letzten Geschäftsbericht der IG Metall zitiert: „Die Umsetzung des ASiG ist nach wie vor ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit. ... Nach mühseligen Beratungen konnten wir erreichen, daß der Geltungsbereich der Unfallverhütungsvorschriften ‚Sicherheitsfachkräfte' in der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von 51 auf 31 Beschäftigte ausgedehnt wurde. ... Sehr schwierig gestalten sich die Beratungen über die Dauer der Ausbildung zur Erlangung der sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Fachkunde. Der erreichte Kompromiß sieht vor, daß ... die Teilnahme an einer fünf Wochen umfassenden Ausbildung Voraussetzung dafür ist, daß sie als Fachkräfte im Sinne des ASiG anerkannt werden." Angesichts des gehässigen Widerstandes der Kapitalisten gegen eine ausreichende Ausbildung der „sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Fachkräfte" erinnert man sich unwillkürlich an die britischen Lehrer, die von den Kapitalisten nach Einführung minimalster Schulpflicht angestellt wurden und die ihren eigenen Namen nicht schreiben konnten (Marx, Kapital Bd. I, S. 422 ff).

Auf dem KHG fußen die *Bundespflegesatzverordnung* und die *Krankenhausgesetze* und *Krankenhausbedarfspläne* der Länder. Das KHG ist kein Gesetz der direkten Kostendämpfung, kann aber und wird in zunehmendem Maße so angewandt. Ausgehend von der Bundespflegesatzverordnung betrieben die Klinikleitungen nicht nur die innerbetriebliche Rationalisierung mittels Anwendung fortgeschrittener und ökonomischer Produk-

heitsfachkräfte' in der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von 51 auf 31 Beschäftigte ausgedehnt wurde. ... Sehr schwierig gestalten sich die Beratungen über die Dauer der Ausbildung zur Erlangung der sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Fachkunde. Der erreichte Kompromiß sieht vor, daß ... die Teilnahme an einer fünf Wochen umfassenden Ausbildung Voraussetzung dafür ist, daß sie als Fachkräfte im Sinne des ASiG anerkannt werden." Angesichts des gehässigen Widerstandes der Kapitalisten gegen eine ausreichende Ausbildung der „sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Fachkräfte" erinnert man sich unwillkürlich an die britischen Lehrer, die von den Kapitalisten nach Einführung minimalster Schulpflicht angestellt wurden und die ihren eigenen Namen nicht schreiben konnten (Marx, Kapital Bd. I, S. 422 ff).

Auf dem KHG fußen die *Bundespflegesatzverordnung* und die *Krankenhausgesetze* und *Krankenhausbedarfspläne* der Länder. Das KHG ist kein Gesetz der direkten Kostendämpfung, kann aber und wird in zunehmendem Maße so angewandt. Ausgehend von der Bundespflegesatzverordnung betrieben die Klinikleitungen nicht nur die innerbetriebliche Rationalisierung mittels Anwendung fortgeschrittener und ökonomischer Produk-

tions- und Verwaltungsmethoden, sondern auch die Intensifikation der Arbeit der Beschäftigten. Und im Rahmen der Krankenhausbedarfspläne sowie der vorgeschriebenen *mehrjährigen Programme zur Durchführung des Krankenhausbaus* und der *Jahreskrankenhausbauprogramme* wurden nicht nur neue Kliniken, ausgerüstet mit modernem medizinisch-technischem Gerät und für wirksamere Heilverfahren, gebaut, sondern werden zunehmend vor allem kleinere Kliniken, die aber für die stationäre Versorgung notwendig sind, geschlossen. Den Knackpunkt des Gesetzes schätzt die IG Metall in ihrem Geschäftsbericht 1974–1976 richtig ein: „Weder ist es bisher zu einer befriedigenden Regelung hinsichtlich der Bedarfsplanung zumindest auf Länderebene gekommen, noch bietet dieses Gesetz der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung die Chance, bei der Planung beteiligt zu sein." Daß der Krankenhausbedarf bürokratisch-zentralistisch durch die Landesregierung und nicht demokratisch durch die Versicherten auf Ebene des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt bestimmt wird, ist der Springpunkt.

Trotz erhöhter Versorgungsleistungen keine Besserung des Gesundheitsstandards

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen wurden in den frühen 70er Jahren ausgedehnt. Ist eine Besserung des Gesundheitsstandes der westdeutschen Bevölkerung, die u.a. darauf zurückgeführt werden könnte, festzustellen? „Die Säuglingssterblichkeit betrug 1977 15,4 und 1978 14,7 je 1000 Lebendgeborene. Sie erreichte damit den bisher niedrigsten Stand. ... Bei der Müttersterblichkeit ... ist seit 1975 ein deutlicher Rückgang festzustellen. Sie sank von 39,6 (1975) über 34,0 (1977) auf 25,5 (1978) und 21,8 (1979)." Ohne Zweifel ist das auf verbesserte medizinische Leistungen – insbesondere die Schwangerenbetreuung – zurückzuführen; andererseits sind diese Daten gegenüber vergleichbaren Industriestaaten nach wie vor schlecht.

Eine andere Entwicklung der 70er Jahre – nämlich die zunehmende Übersterblichkeit der Männer – ist allerdings äußerst beunruhigend und führt wieder direkt zu den Ursachen, nämlich dem erhöhten Verbrauch der Arbeitskraft in der Produktion. Das hat im Verlauf der 70er Jahre bereits dazu geführt, daß zwar die Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung noch leicht steigt, aber dahinter steckt eine steigende Lebenserwartung der weiblichen Bevölkerung bei schon recht stark sinkender Lebenserwartung der männlichen. In Heft 7/1980 „Wirtschaft und Statistik", dem auch die vorher genannten Daten zur Mütter- und Säuglingssterblichkeit entnommen sind, stellt das Bundesamt für Statistik dazu fest: „Die bereits – auf der Basis standardisierter Sterbeziffern – 60% betragende Übersterblichkeit der Männer beruht auf der sehr viel höheren Mortalität (Sterblichkeit, d.Verf.) des männlichen Geschlechts an ischämischen Herzkrankheiten (Herzkranzgefäßverkalkungen) bzw. an akutem Herzmuskelinfarkt, an bösartigen Neubildungen der Atmungsorgane (insbesondere Lungenkrebs, an Krankheiten der Verdauungsorgane (insbesondere Leberzirrhose) und an Unfällen, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen."

In diesem Zusammenhang stellte der DGB in seiner Broschüre „Selbstverwaltung in der Sozialversicherung" 1980 fest: „Zugenommen haben auch die Umweltbelastungen wie Hitze oder Kälte, Staub und giftige Gase, Lärm. Und schließlich nehmen Nacht- und Schichtarbeit immer mehr zu, die Krankheiten im Gefolge haben: zum Beispiel immer mehr Magengeschwüre, steigende Neigung zum Herzinfarkt, Appetit- und Schlafstörungen, Störungen des Nervensystems." Welche große Rolle für die Ruinierung der Gesundheit gerade der zuletzt genannte Faktor – nämlich die Zunahme der Nacht- und Schichtarbeit – hat, soll noch kurz belegt werden. 1980 führten Arbeiter einer norddeutschen Werft –

lingssterblichkeit entnommen sind, stellt das Bundesamt für Statistik dazu fest: „Die bereits – auf der Basis standardisierter Sterbeziffern – 60% betragende Übersterblichkeit der Männer beruht auf der sehr viel höheren Mortalität (Sterblichkeit, d.Verf.) des männlichen Geschlechts an ischämischen Herzkrankheiten (Herzkranzgefäßverkalkungen) bzw. an akutem Herzmuskelinfarkt, an bösartigen Neubildungen der Atmungsorgane (insbesondere Lungenkrebs, an Krankheiten der Verdauungsorgane (insbesondere Leberzirrhose) und an Unfällen, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen."

In diesem Zusammenhang stellte der DGB in seiner Broschüre „Selbstverwaltung in der Sozialversicherung" 1980 fest: „Zugenommen haben auch die Umweltbelastungen wie Hitze oder Kälte, Staub und giftige Gase, Lärm. Und schließlich nehmen Nacht- und Schichtarbeit immer mehr zu, die Krankheiten im Gefolge haben: zum Beispiel immer mehr Magengeschwüre, steigende Neigung zum Herzinfarkt, Appetit- und Schlafstörungen, Störungen des Nervensystems." Welche große Rolle für die Ruinierung der Gesundheit gerade der zuletzt genannte Faktor – nämlich die Zunahme der Nacht- und Schichtarbeit – hat, soll noch kurz belegt werden. 1980 führten Arbeiter einer norddeutschen Werft –

weitgehend selbständig – eine Untersuchung durch (F. Bettelhäuser / A. Brock, Belastungen und Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz, Bremen 1980). Bei 3500 gewerblich Beschäftigten ergab sich bei einem Vergleich der Gesundheitsschädigungen zwischen Nur-Tagschichtlern und Wechselschichtlern folgender Unterschied:

	Normalschicht	Wechselschicht
Übelkeit	21%	34%
Magenverstim.	32%	48%
Sodbrennen	20%	36%
Hustenreiz	32%	44%
Schlafstörungen	23%	46%
Bandscheibenschäden	22%	33%
Grippe	27%	42%
Gehörschäden	27%	38%
hoher Blutdruck	10%	22%

Zusammenfassend sei die E 15 (Entschließung Nr. 15 betreffend die Sozialpolitik) des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages der IGM von 1977 zitiert, wo zu Beginn des Abschnitts „Gesundheit" festgestellt wird: „Trotz gewaltig gestiegener finanzieller Aufwendungen im Gesundheitswesen ... hat sich der Gesundheitszustand, insbesondere der erwerbstätigen Bevölkerung, verschlechtert."

Gegenoffensive der Kapitalisten: „Soziale Sicherung unter veränderten Bedingungen"

Im Frühsommer 1975 – auf dem Höhepunkt des letzten Kriseneinbruchs – bringt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) die Denkschrift „Soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen" heraus. „Finanzielle Engpässe kennzeichnen gegenwärtig die Lage aller Zweige der Sozialversicherung. ... Die Ursachen für die finanziellen Engpässe liegen nicht nur in der gegenwärtigen Rezession und in den ungünstigen Wachstumsaussichten für die Zukunft, sondern auch in den ständigen Leistungsausweitungen und in Unzulänglichkeiten hinsichtlich der Ausgestaltung der sozialen Sicherung." (Der Arbeitgeber, Nr. 14/75) Bezüglich der Krankenversicherung fordern sie vor allem die kostendämpfende Anwendung des KHG, aber zielen dann auch auf direkte Leistungskürzungen: „Notwendig ist, das Verantwortungsbewußtsein aller Beteiligten zu stärken. Dies gilt für das gesundheitsbewußte Verhalten der Versi-



DGB-Demonstration am 1. Mai 1980 in Stuttgart

cherten und die Inanspruchnahme der Früherkennungsmaßnahmen, den Ausbau der betrieblichen Betreuung, aber auch die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit und die Verschreibungspraxis der Ärzte. Die Frage einer Eigenbeteiligung des Versicherten an den Krankheitskosten sollte erneut vorurteilsfrei hinsichtlich sozial vertretbarer und verwaltungsmäßig praktikabler Vorschläge geprüft werden."

Damit waren so ziemlich alle Leistungsverbesserungen und noch etwas mehr der letzten Jahre „vorurteilsfrei" zwecks Beseitigung aufgeworfen. Ende 1975 läßt sich der DGB mit dem BDA auf „gemeinsame Beratungen" über „kurzfristige Möglichkeiten einer Eindämmung der Kostenflut in den Kran-



DGB-Demonstration am 1. Mai 1980 in Stuttgart

cherten und die Inanspruchnahme der Früherkennungsmaßnahmen, den Ausbau der betrieblichen Betreuung, aber auch die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit und die Verschreibungspraxis der Ärzte. Die Frage einer Eigenbeteiligung des Versicherten an den Krankheitskosten sollte erneut vorurteilsfrei hinsichtlich sozial vertretbarer und verwaltungsmäßig praktikabler Vorschläge geprüft werden."

Damit waren so ziemlich alle Leistungsverbesserungen und noch etwas mehr der letzten Jahre „vorurteilsfrei" zwecks Beseitigung aufgeworfen. Ende 1975 läßt sich der DGB mit dem BDA auf „gemeinsame Beratungen" über „kurzfristige Möglichkeiten einer Eindämmung der Kostenflut in den Kran-

kenversicherungen" ein. Die Motive der reformistischen Gewerkschaftsführung für diese „gemeinsamen Beratungen" mögen verschiedenartig gewesen sein: erstens sollten wohl – unvermeidlich scheinende – Beitragserhöhungen angesichts eines sinkenden Reallohns vermieden werden; zweitens hoffte man in direkten Verhandlungen mit den Kapitalisten „Schlimmeres" als auf parlamentarischem Weg zu verhindern; drittens spielten sicherlich parteipolitische Motive zur Sicherung der sozial-liberalen Regierung eine Rolle.

Das Ergebnis war eine „Gemeinsame Erklärung des BDA und des DGB", deren Ausgangspunkt war, die „Beitragssätze stabil halten", und bedeutete in der Praxis einen Aufruf, daß in allen Bereichen die Leistungen finanziell der Einnahmeentwicklung untergeordnet werden sollten. Sachlich und ausdrücklich bezog sich das auf die Krankenhauspflegesätze, die Arzneimittel, Zahnersatz, Kieferorthopädie und Kuren. Zwar wurde keine medizinische oder andere Leistung ausdrücklich aufgehoben, aber aufgrund der tatsächlichen wie auch inflationären Kostenentwicklung einerseits wie auch des steigenden Bedarfs an medizinischen Leistungen lief es indirekt auf Leistungskürzungen raus. Vor allem aber wurde durch diese gemeinsame Erklärung zur Kostendämpfung eine Schranke aufgehoben, die es der Bundesregierung erlaubte, bald gesetzlich kostendämpfend nachzufassen.

Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz (KVKG)

In seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976, die, wie vielleicht innerlich, mit einer Stellungnahme zum gescheiterten Rentenbetrug begann, nannte Helmut Schmidt abschließend „noch einmal die (sieben) Schwerpunkte", und deren 5. lautet: „Wir wollen unser gutes Gesundheitswesen wirtschaftlicher machen – durch Sparsamkeit und strukturelle Reformen."

Das KVKG war innerhalb von Bundestag und Bundesrat heftig umstritten. Das Ergebnis kann zur Übersicht in folgende vier Punkte gefaßt werden:
– erstens wurde die *Novellierung des KHG* – zunächst Bestandteil des KVKG – abgekoppelt;
– zweitens wurde der *Finanzausgleich* zwischen den Krankenkassen auf das minimalste beschränkt;
– drittens wurde eine *konzertierte Aktion im Gesundheitswesen* eingeführt;
– viertens wurden bestimmte *Leistungen* gekürzt bzw. beseitigt.

Bei der *Novelle des KHG* geht es den Gewerkschaften vor allem darum, durch eine Verstärkung der Stellung der Krankenkassen bezüglich der Krankenhausbedarfsplanung und der Festsetzung der Pflegesätze mehr Einfluß auf die stationäre Versorgung nehmen zu können. Dagegen treten die Krankenhausträger – besonders die privaten – und die Länderregierungen – besonders die CDU-geführten – auf. Daran ist die Novelle des KHG während der gesamten Legislaturperiode gescheitert, die zwar im Bundestag 1980 schließlich mehrheitlich verabschiedet wurde, aber im Bundesrat – es ist ein zustimmungspflichtiges Gesetz – nicht durchgekommen ist.

gen gekürzt bzw. beseitigt.

Bei der *Novelle des KHG* geht es den Gewerkschaften vor allem darum, durch eine Verstärkung der Stellung der Krankenkassen bezüglich der Krankenhausbedarfsplanung und der Festsetzung der Pflegesätze mehr Einfluß auf die stationäre Versorgung nehmen zu können. Dagegen treten die Krankenhausträger – besonders die privaten – und die Länderregierungen – besonders die CDU-geführten – auf. Daran ist die Novelle des KHG während der gesamten Legislaturperiode gescheitert, die zwar im Bundestag 1980 schließlich mehrheitlich verabschiedet wurde, aber im Bundesrat – es ist ein zustimmungspflichtiges Gesetz – nicht durchgekommen ist.

Beim *Finanzausgleich* geht es den Gewerkschaften um einen Ausgleich zwischen allen Krankenkassen, um die sehr unterschiedliche Risikostruktur und das unterschiedliche Beitragsaufkommen auszugleichen; es wäre dies praktisch ein Schritt in Richtung einer einheitlichen Krankenversicherung, während es heute weit über 1 _00 verschiedene Krankenkassen gibt. Die Regelung im KVKG sieht aber nur einen begrenzten regionalen Ausgleich und das auch nur zwischen den gesetzlichen Krankenkassen vor.

Diese beiden Punkte waren gemeint mit den „strukturellen Reformen", die Schmidt in seiner Regierungserklärung erwähnte.

Die *Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen* besteht aus 70 Vertretern der Krankenversicherungen, der Leistungserbringer (Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.), der Gewerkschaften, der Kapitalistenverbände und der Bundes- und Länderregierungen; sie tagt zweimal im Jahr. Auf der Frühjahrstagung werden Orientierungsdaten zur Kostenentwicklung rausgegeben, die insbesondere die ambulanten Kassenärzte binden und deren Einhaltung noch mal durch die Regreßklauseln im KVKG gesichert ist, und auf der Herbstsitzung werden strukturelle Probleme – siehe oben – erörtert.

Bei den direkten *Leistungskürzungen* sind zwei wesentlich: erstens die Einführung der sog. Bagatellmedikamente, die jetzt voll selbst bezahlt werden müssen, und zweitens die 20prozentige Kostenbeteiligung bei Zahnersatz und kieferorthopädischen Leistungen.

Die Kapitalisten kommentierten das KVKG folgendermaßen: „In einer Gesamtwertung ... des KVKG hat das Präsidium der Bundesvereinigung festgestellt, daß das Kostendämpfungsgesetz nur Teillösungen bringt, und die Stabilisierungsbemühungen in der Krankenversicherung fortzusetzen sind. ... Es komme nun darauf an, dieses Instrumentarium wirksam zu nutzen." (Geschäftsbericht des BDA 1977)

Die Leistungskürzungen sind von den Gewerkschaften von Anfang an abgelehnt worden und darum gibt es innerhalb der Krankenkassen, die ja paritätisch besetzt sind, Auseinandersetzungen, denn sowohl können die Kassen in gewissem Rahmen über die gesetzlichen Leistungen hinausgehen, wie es auch bezüglich der Leistungskürzungen im Ermessen der Kassen liegt, hier einen Ausgleich für Härtefälle zu schaffen. Das Schädlichste am KVKG – und das steckte schon in der „Gemeinsamen Erklärung" von 1976 – ist, daß die Tür zur Kostendämpfung mittels Leistungskürzung aufgestoßen wurde. Solange die Krankenkassenbeiträge nicht eindeutig als Lohnbestandteile ausschließlich von den Kapitalisten bezahlt werden und solange die Kapitalisten in den Kassen sitzen, ist Kostendämpfung und optimale medizinische Versorgung unvereinbar.

Kapitalisten fassen nach – Neuorientierung der gewerkschaftlichen Politik

Angesichts des hinhaltenden Widerstandes der Gewerkschaften in den Krankenkassen wie des erneuten Kriseneinbruchs haben sich die Kapitalisten ein Gutachten bestellt. Darin kommt der Gutachter (H.L. Dornbusch: Zur andauernden Finanzkrise im Gesundheitswesen – Entwicklung, Ursachen, Konsolidierungsvorschläge, in Öff. Gesundh.-Wesen Nr. 42/80) zu folgenden Lösungsvorschlägen: „Als Maßnahmen zur Begrenzung der Kostenausweitung im Gesundheitswesen werden deshalb die Einführung einer nach sozialen Kriterien bemessenen Selbstbeteiligung aller Pflichtversicherten an den Krankheitskosten für ambulante Behandlung und für Arzneimittel in Form einer kombinierten Prozentsatz- und Höchstbeitragsregelung, die Einführung des Kostenerstattungsprinzips, die Senkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 100% auf 90% und die Beschränkung der Beihilfe im öffentlichen Dienst ... vorgeschlagen." Diese Absichten der Kapitalisten zielen tatsächlich auf einen entscheidenden Einbruch bei den gesetzlichen Leistungen der Krankenversicherung.

Dagegen entwickelte sich in den Gewerkschaften eine Neuorientierung der Sozialpolitik, die sich einerseits entschiedener gegen Leistungskürzungen stellte, aber vor allem zunehmend klarer die Forderung nach Einheitsversicherung unter Selbstverwaltung erhob. Schon in der E 15 des 12. o. Gewerkschaftstages der IGM wurde zusammenfassend gefordert: „Deshalb for-

ein Gutachten bestellt. Darin kommt der Gutachter (H.L. Dornbusch: Zur andauernden Finanzkrise im Gesundheitswesen – Entwicklung, Ursachen, Konsolidierungsvorschläge, in Öff. Gesundh.-Wesen Nr. 42/80) zu folgenden Lösungsvorschlägen: „Als Maßnahmen zur Begrenzung der Kostenausweitung im Gesundheitswesen werden deshalb die Einführung einer nach sozialen Kriterien bemessenen Selbstbeteiligung aller Pflichtversicherten an den Krankheitskosten für ambulante Behandlung und für Arzneimittel in Form einer kombinierten Prozentsatz- und Höchstbeitragsregelung, die Einführung des Kostenerstattungsprinzips, die Senkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 100% auf 90% und die Beschränkung der Beihilfe im öffentlichen Dienst ... vorgeschlagen." Diese Absichten der Kapitalisten zielen tatsächlich auf einen entscheidenden Einbruch bei den gesetzlichen Leistungen der Krankenversicherung.

Dagegen entwickelte sich in den Gewerkschaften eine Neuorientierung der Sozialpolitik, die sich einerseits entschiedener gegen Leistungskürzungen stellte, aber vor allem zunehmend klarer die Forderung nach Einheitsversicherung unter Selbstverwaltung erhob. Schon in der E 15 des 12. o. Gewerkschaftstages der IGM wurde zusammenfassend gefordert: „Deshalb for-

dert der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall eine leistungsstarke, einheitliche und versichertennahe Krankenversicherung, der alle Erwerbstätigen, unabhängig von ihrer beruflichen bzw. soziologisch bedingten Zuordnung, angehören."

In der E 15 des 13. o. Gewerkschaftstages der IGM von 1980 wird zunächst in Ablehnung der Absichten der Kapitalisten festgestellt: „Eine vorbeugende Gesundheitspolitik als soziale Strukturpolitik unter Ablehnung aller Vorstellungen über Selbstbeteiligung und Kostenerstattung." Und zusammenfassend wird gefordert: „Die Delegierten bekräftigen die diesbezügliche DGB-Position, nach der diese Selbstverwaltungsorgane nur aus kompetenten Vertretern der Versicherten bestehen sollen."

Die „diesbezügliche Position des DGB" ist in einer kleinen, sehr nützlichen Broschüre (DGB, Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, 1980) dargelegt; darin heißt es auf Seite 16: „Was haben die Unternehmer in der Selbstverwaltung zu suchen? Nun sitzen die Unternehmer – meist paritätisch – in den Selbstverwaltungsorganen. Haben sie dort etwas zu suchen? Das landläufige Argument, das sie vorbringen, lautet: ‚Wir Unternehmer zahlen die Hälfte der Versicherungsbeiträge'. Dieses Argument ist unsinnig. Der Arbeitgeberanteil kann nicht anders als ein fester Bestandteil des Lohns oder Gehalts betrachtet werden. ... Die Gewerkschaften fordern deshalb eine alleinige Versicherten-Selbstverwaltung". Die wesentliche Aufgabe der Kommunisten ist, die Durchsetzung dieser Forderung theoretisch und praktisch zu unterstützen.

Ausländerverträglichkeit der Bundesrepublik

Strukturelle Neuordnung der Ausländerpolitik – vom Flüchtlingskontingent zur Ausländerquote

vip. Unter Ziffer XI der Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und FDP vom 7. November 1980 heißt es: „Fortentwicklung und Konkretisierung des Konzepts für die Ausländerpolitik; sie ist ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Bundesregierung.“

Daß die Bundesregierung eine Politik der Abschreckung von Flüchtlingen betrieb, war schon seit langem klar. Daß sie aber auch an einem Konzept strukturell verschiedener Ausländerpolitik bastelte, war bis dahin nur andeutungsweise zu erkennen.

Am 2. Juli 1980, während der Bundestag das Zweite Asylbeschleunigungsgesetz verabschiedete, beriet und verabschiedete das Bundeskabinett den „Bericht des Bundesinnenministeriums über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik“. In diesem Bericht wird die Behauptung aufgestellt, bei gleichbleibender Geburtenrate der Bundesdeutschen gebe es im Jahr 2050 nur noch halb so viel Deutsche in der BRD wie heute, nämlich 29 Millionen. Das Innenministerium erhielt daher vom Kabinett den Auftrag, die Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft zu untersuchen und Vorschläge zu machen.

Im September hatte dann der Deutsche Juristentag folgenden Beschluß gefaßt: „Bei der gebotenen Neuordnung des Ausländerrechts ist deutlicher als bisher zwischen verschiedenen Kategorien von Ausländern zu unterscheiden …

Was sich hinter diesem Orakel verbirgt, geht aus einem Papier hervor, das von ministerieller Seite dem Arbeitskreis 4 der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Asylwesen zur Ausrichtung seiner Arbeit kürzlich vorgelegt worden ist.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Asylwesen wurde erstmals auf Beschluß vom 29.2.1980 eingerichtet. Anlaß war, daß im gleichen Monat über 13000 Flüchtlinge um Aufnahme in der BRD und West-Berlin nachgesucht hatten, so viele, wie am ganzen Jahr 1976. Die Arbeitsgruppe bestand aus Vertretern der Bundesministerien für Inneres, Arbeit und Jugend sowie aus Vertern der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen und einem Vertreter West-Berlins. Erarbeitet wurde ein Katalog von Maßnahmen zur Abwehr von Flüchtlingen, die durch Kabinettsbeschluß vom 18.6. und das Zweite Asylbeschleunigungsgesetz in die Tat umgesetzt wurden. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen sieht man z.B. an den Flüchtlingszahlen Baden-Württembergs: März 5020, Dezember 131. Im November wurde diese Gruppe, jetzt aus Vertretern aller Bundesländer bestehend, neu konstituiert. Sie hatte den Auftrag, „ganz entscheidende Überlegungen“ zur Aufnahmekapazität der BRD anzustellen.

Die folgende Passage stammt aus



Türkische Arbeiter in Istanbul, ärztliche Tauglichkeitsprüfung vor der Verschickung in die BRD

dem erwähnten, bisher nicht veröffentlichten Papier:

3. Als Beitrag zur Lösung der entstandenen Probleme (bei der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen, vip) möchte ich dem Arbeitskreis 4 folgende Überlegungen zuleiten:
3.1. Langfristiges Konzept
Die humanitäre Aufnahme ausländischer Flüchtlinge ist nur ein Teilaspekt der Ausländerproblematik und wird sich deshalb endgültig erst im Rahmen einer umfassenden Ausländerpolitik regeln lassen.
Für eine solche Regelung dürfte es bedeutsam sein, die Frage nach der Ausländerverträglichkeit der Bundesrepublik zu beantworten. Unter Einbeziehung aller Ausländergruppen – ausländische Arbeitnehmer, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber – sollte versucht werden, die Grenze der Ausländerverträglichkeit zu ermitteln, d.h. aufgrund verschiedener Indikatoren den von der Bundesrepublik verkraftbaren Ausländeranteil an ihrer Gesamtbevölkerung zu finden.
Für die Ausländerverträglichkeit werden sicherlich neben den absoluten Ausländerzahlen oder dem Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung auch andere Faktoren wie ethnische Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung, Stand ihrer Integration sowie ihre Integrationsfähigkeit Bedeutung haben. Zu berücksichtigen dürfte auch sein, daß die in der Bundesrepublik „seßhaften“ Ausländer – d.h. ein wesentlicher Teil der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sowie Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge – die Ausländerverträglichkeit in anderer Weise beeinflussen als diejenigen Ausländer, deren Aufenthalt auf begrenzte Zeit angelegt ist (vor allem Asylbewerber, aber auch ausländische Studenten) …

Vorstöße in diese Richtung haben Frankfurts Oberbürgermeister und Baden-Württembergs Innenminister gemacht. Wallmann, der seit 3. Juli 1980 keinen Flüchtling mehr durchs Stadttor läßt, hat gleiches für alle Ausländer angedroht, wenn die Ausländerquote an die 30% komme. Herzog meint, man müsse „irgendwo endlich zu einer Obergrenze kommen“, und die liege bei 10–15% (FAZ, v. 5.2.81). Koschnick dagegen liegt mit seinen Äußerungen ganz auf Regierungslinie: „Ob Asylanten, angeworbene ausländische Arbeitnehmer und deren Familienangehörige, Touristen oder ausländische Studenten, das Ausländerrecht hobelt alle gleich … Eine grundsätzliche Operation ist notwendig, das Ausländerrecht muß geändert werden“ (FR v., 10.2.81).

Es handelt sich dabei um die gleichen Politiker, die ständig, angeblich besorgt, vor der Ausländerfeindlichkeit warnen, sich aber in Einklang befinden mit den Rassehygienikern, die sich zu Wort melden.

Schon im April warnte Eibl-Eibesfeldt, Professor für Humanethologie am Max-Planck-Institut für Verhaltensforschung, „Flüchtlinge aus aller Welt (Afrika eingeschlossen)“ aufzunehmen. Afrika eingeschlossen – da wird's dem Herrn Professor ganz schwarz vor den Augen. „Mit jeder Kultur“, sorgt sich Eibl-Eibesfeldt, „die dahinstirbt, welkt eine Blüte am Baume der Menschheit“. (Lutherische Monatshefte 10/80 und 1/81). Aus diesen magischen Gefilden ins Mythische stößt Professor Schmidt-Kaler vor in seinem ganzseitigen Artikel in der FAZ vom 30.9.80 unter dem Titel: „Mit wieviel Fremden die Bundesrepublik leben kann.“

Als Professor für Astronomie an der Ruhr-Universität Bochum und „daneben Fachmann für Bevölkerungswissenschaft“ (FAZ) hat er den nötigen Weitblick, um festzustellen: „Unser Problem sind nicht die Gastarbeiter schlechthin, sondern ihr asiatischer Anteil … kann man feststellen, daß die aus dem europäischen Raum zu uns kommenden Gastarbeiterfamilien nach ihrer Fertilität (Fruchtbarkeit, vip), ihrem kulturellen, soziologischen und religiösen Kontext Aussicht auf Akkulturation (kulturelle Anpassung, vip) bieten oder bei wachsendem Wohlstand der gesamten EG zu einem erheblichen Teil in ihre Heimatländer zurückkehren. Auf die Asiaten trifft all das nicht zu. Erforderlich ist also hier Rotation statt Anwerbestopp, Rückkehrhilfe statt ‚Familienzusammenführung‘.“ Offenbar kann Familienzusammenführung bei Türken nur mit Anführungszeichen in den Mund genommen werden.

Furcht vor ethnischer Spaltung hat auch Jürgen Schilling, Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, dessen Artikel in der Zeit vom 21.11.1980 das meistdiskutierte Dokument in diesem Zusammenhang ist. Schillings These ist einfach: Was nicht assimiliert, sozusagen eingedeutscht werden kann, soll bei nächster Gelegenheit abgeschoben werden. Das seien in der Regel alle Nicht-Zentraleuropäer. Nächste Gelegenheit sei die Arbeitslosigkeit. Denn die Türkei- und die Portugal-Hilfe sollen mit der Auflage verknüpft werden, namhafte Kontingente der erwerbslosen Staatsbürger wieder aufzunehmen.

Gelingt es den Kapitalisten und der Bundesregierung, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, auf deren Grundlage sie größere Teile der ausländischen Arbeiter in die Herkunftsländer schieben kann, dann wird dadurch nicht nur unter den ausländischen Arbeitern, sondern auf dem Arbeitsmarkt insgesamt eine Konkurrenzlage entstehen, die es den Kapitalisten erlaubt, den Reallohn erheblich zu drücken. Aufgabe demgegenüber kann es nicht sein, fortwährend drohende Ausländerfeindlichkeit zu beschwören, um dann an den Verständniswillen der deutschen Bevölkerung und den Integrationswillen der ausländischen zu appellieren. Es wird vielmehr darauf ankommen, zu untersuchen, wo als Folge einer über 20jährigen Politik der besonderen Ausbeutung ausländischer Arbeitskraft Grundlagen dafür entstanden sind, daß es Widersprüche im Volk gibt, sowohl unter verschiedenen Teilen der ausländischen Bevölkerung wie zwischen der ausländischen und der deutschen Arbeiterklasse. Im wesentlichen handelt es sich um die Bereiche Schule und Wohnen. Hier ist ein gemeinsamer Kampf um materielle Zugeständnisse der Kapitalisten und des Staates notwendig, der mit dem Kampf um das kommunale Wahlrecht für Ausländer und ihr Recht auf Freizügigkeit verbunden werden muß.

ula.Bremerhaven. Montag, 9. Februar. Einige hundert Hochseefischer und Arbeiter der Reederei-Landbetriebe besetzen die Fischereihafenschleuse. Ca. 2000 Beschäftigte der fischverar-

„Wenn es nach uns ginge, hätten wir uns längst geeinigt“

EG-Fischereiregelung gescheitert, westdeutsche Reeder wollen sich an Grönland schadlos halten

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Asylwesen wurde erstmals auf Beschluß vom 29.2.1980 eingerichtet. Anlaß war, daß im gleichen Monat über 13000 Flüchtlinge um Aufnahme in der BRD und West-Berlin nachgesucht hatten, so viele, wie am ganzen Jahr 1976. Die Arbeitsgruppe bestand aus Vertretern der Bundesministerien für Inneres, Arbeit und Jugend sowie aus Vertern der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen und einem Vertreter West-Berlins. Erarbeitet wurde ein Katalog von Maßnahmen zur Abwehr von Flüchtlingen, die durch Kabinettsbeschluß vom 18.6. und das Zweite Asylbeschleunigungsgesetz in die Tat umgesetzt wurden. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen sieht man z.B. an den Flüchtlingszahlen Baden-Württembergs: März 5020, Dezember 131. Im November wurde diese Gruppe, jetzt aus Vertretern aller Bundesländer bestehend, neu konstituiert. Sie hatte den Auftrag, „ganz entscheidende Überlegungen“ zur Aufnahmekapazität der BRD anzustellen.
Die folgende Passage stammt aus

3. Als Beitrag zur Lösung der entstandenen Probleme (bei der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen, vip) möchte ich dem Arbeitskreis 4 folgende Überlegungen zuleiten:
3.1. Langfristiges Konzept
Die humanitäre Aufnahme ausländischer Flüchtlinge ist nur ein Teilaspekt der Ausländerproblematik und wird sich deshalb endgültig erst im Rahmen einer umfassenden Ausländerpolitik regeln lassen.
Für eine solche Regelung dürfte es bedeutsam sein, die Frage nach der Ausländerverträglichkeit der Bundesrepublik zu beantworten. Unter Einbeziehung aller Ausländergruppen – ausländische Arbeitnehmer, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber – sollte versucht werden, die Grenze der Ausländerverträglichkeit zu ermitteln, d.h. aufgrund verschiedener Indikatoren den von der Bundesrepublik verkraftbaren Ausländeranteil an ihrer Gesamtbevölkerung zu finden.
Für die Ausländerverträglichkeit werden sicherlich neben den absoluten Ausländerzahlen oder dem Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung auch andere Faktoren wie ethnische Zusammensetzung der ausländi-

daß die in der Bundesrepublik „seßhaften“ Ausländer – d.h. ein wesentlicher Teil der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sowie Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge – die Ausländerverträglichkeit in anderer Weise beeinflussen als diejenigen Ausländer, deren Aufenthalt auf begrenzte Zeit angelegt ist (vor allem Asylbewerber, aber auch ausländische Studenten) …

Vorstöße in diese Richtung haben Frankfurts Oberbürgermeister und Baden-Württembergs Innenminister gemacht. Wallmann, der seit 3. Juli 1980 keinen Flüchtling mehr durchs Stadttor läßt, hat gleiches für alle Ausländer angedroht, wenn die Ausländerquote an die 30% komme. Herzog meint, man müsse „irgendwo endlich zu einer Obergrenze kommen“, und die liege bei 10–15% (FAZ, v. 5.2.81). Koschnick dagegen liegt mit seinen Äußerungen ganz auf Regierungslinie: „Ob Asylanten, angeworbene ausländische Arbeitnehmer und deren Familienangehörige, Touristen oder ausländische Studenten, das Ausländerrecht hobelt alle gleich … Eine grundsätzliche

Es handelt sich dabei um die gleichen Politiker, die ständig, angeblich besorgt, vor der Ausländerfeindlichkeit warnen, sich aber in Einklang befinden mit den Rassehygienikern, die sich zu Wort melden.
Schon im April warnte Eibl-Eibesfeldt, Professor für Humanethologie am Max-Planck-Institut für Verhaltensforschung, „Flüchtlinge aus aller Welt (Afrika eingeschlossen)“ aufzunehmen. Afrika eingeschlossen – da wird's dem Herrn Professor ganz schwarz vor den Augen. „Mit jeder Kultur“, sorgt sich Eibl-Eibesfeldt, „die dahinstirbt, welkt eine Blüte am Baume der Menschheit“. (Lutherische Monatshefte 10/80 und 1/81). Aus diesen magischen Gefilden ins Mythische stößt Professor Schmidt-Kaler vor in seinem ganzseitigen Artikel in der FAZ vom 30.9.80 unter dem Titel: „Mit wieviel Fremden die Bundesrepublik leben kann.“
Als Professor für Astronomie an der Ruhr-Universität Bochum und „daneben Fachmann für Bevölkerungswissenschaft“ (FAZ) hat er den nötigen

nach verbindlichen Zusagen bei einer Einigung der EG-Minister ihr Kapital nicht abzuziehen und die Arbeitsplätze zu erhalten, werden laut.

nur unter den ausländischen Arbeitern, sondern auf dem Arbeitsmarkt insgesamt eine Konkurrenzlage entstehen, die es den Kapitalisten erlaubt, den Reallohn erheblich zu drücken. Aufgabe demgegenüber kann es nicht sein, fortwährend drohende Ausländerfeindlichkeit zu beschwören, um dann an den Verständniswillen der deutschen Bevölkerung und den Integrationswillen der ausländischen zu appellieren. Es wird vielmehr darauf ankommen, zu untersuchen, wo als Folge einer über 20jährigen Politik der besonderen Ausbeutung ausländischer Arbeitskraft Grundlagen dafür entstanden sind, daß es Widersprüche im Volk gibt, sowohl unter verschiedenen Teilen der ausländischen Bevölkerung wie zwischen der ausländischen und der deutschen Arbeiterklasse. Im wesentlichen handelt es sich um die Bereiche Schule und Wohnen. Hier ist ein gemeinsamer Kampf um materielle Zugeständnisse der Kapitalisten und des Staates notwendig, der mit dem Kampf um das kommunale Wahlrecht für Ausländer und ihr Recht auf Freizügigkeit verbunden werden muß.

„Wenn es nach uns ginge, hätten wir uns längst geeinigt“

EG-Fischereiregelung gescheitert, westdeutsche Reeder wollen sich an Grönland schadlos halten

ula.Bremerhaven. Montag, 9. Februar. Einige hundert Hochseefischer und Arbeiter der Reederei-Landbetriebe besetzen die Fischereihafenschleuse. Ca. 2000 Beschäftigte der fischverarbeitenden Industrie legen für eine Viertelstunde die Arbeit nieder. Aufgerufen haben dazu ÖTV, IGM und NGG. Sie fordern den zur selben Zeit tagenden EG-Ministerrat auf, endlich zu einer einheitlichen Fischereiregelung zu kommen. Parolen wie „EG-Minister vernichten Arbeitsplätze“ werden auf der Schleuse aufgespannt. Die Aktionen der westdeutschen Hochseefischer werden von den Seeleute-Gewerkschaften Dänemarks, Belgiens, Italiens, Frankreichs, Norwegens, Großbritanniens und der Faröer-Inseln unterstützt. Diese hatten zuvor in einer gemeinsamen Resolution schnelle Einigung gefordert und Maßnahmen angedroht, falls die Verhandlungen wieder scheitern sollten. „Nicht nur in Bremerhaven und Cuxhaven, sondern auch in Grimsby und Hull, in Cherbourg und Saint Malo liegen hochmoderne Fischereiflotten mit ihren Besatzungen untätig an der Pier,“ schrieben die Fischer. Nicht mangelnder Fischbestand oder fehlende Fangquoten seien die Ursache, sondern die mangelnde Einigungsfähigkeit der EG-Politiker. Am Mittwoch kommt es zu weiteren Aktionen. Ein französischer Frischfischfänger wird am Löschen der Ladung gehindert. Die Hochseefischer wollen keinen Importfisch mehr hereinlassen. Ab Donnerstag werden außerdem die Zufahrtsstraßen zum Fischereihafen für LKWs mit Importfisch gesperrt. Die meisten LKW-Fahrer haben Verständnis. Einige lassen den Anhänger mit Fisch vor der Blockade stehen und fahren mit der Zugmaschine davon.

Eine Einigung der EG-Minister kommt trotz der Aktionen nicht zustande. Es geht um Profit: Frankreich will bis an den Strand Großbritanniens fischen und pocht auf historische Rechte. Großbritannien ist nicht bereit, sie zuzugestehen und schlägt für Frankreich als Ausgleich Fangquoten in der Nordsee vor. Damit sind die BRD und Dänemark nicht einverstanden, sie fürchten Reduzierung ihrer Quoten. Die BRD will Kabeljau vor Kanada fangen, Kanada verlangt dafür Fischereirechte im EG-Meer und Zollerleichterungen bei der Einfuhr von Fischereiprodukten in die EG. Letzteres wird von den übrigen EG-Ländern abgelehnt; die kanadische Konkurrenz würde auf die Profite der Fischverarbeitungskapitalisten drücken. Also liegen große Teile der Flotten auf, die Hochseefischer in der BRD arbeiten kurz. Wenn es nach uns ginge, sagen sie, hätten wir uns längst geeinigt.

Angesichts der gescheiterten Verhandlungen und der Tatsache, daß die Kabeljaufangsaison Ende Februar abläuft, haben die westdeutschen Kapitalisten nach grönländischem Kabeljau als Entschädigung für die entgangenen 8000 t aus kanadischen Gewässern verlangt. Die Grönländer werden nicht gefragt. Sie sind zwangsweise als „Teil“ Dänemarks in der EG und werden durch diese „vertreten“. Dänemark erlaubte als Ergebnis der Verhandlungen der westdeutschen Hochseeflotte weitere 3000 t Kabeljau in grönländischen Gewässern zu fangen. Wir sprachen während der Besetzung der Fischereihafenschleuse mit Betriebsräten der Reederei-Landbetriebe und fragten sie nach ihrer Stellung zu der grönländischen Forderung nach Selbstbestimmung über ihre Gewässer und Fischbestände. Das sei „vollständig gerechtfertigt“ sagten sie. Aber das sei gar nicht das Problem. „Niemand – jedenfalls wir nicht“ wolle Grönland das Recht streitig machen. „Aber die müßten sich doch in der EG einigen können, so daß Grönland auch was davon hat.“ Wenn die EG Verträge z.B. mit Grönland zum gegenseitigen Nutzen unmöglich mache, müsse man wohl die Frage nach der Mitgliedschaft in der EG aufwerfen.

Einig glauben sich die westdeutschen Hochseefischer mit den Kapitalisten, die vorgeben, den Kampf um Arbeitsplätze zu unterstützen. Gefragt nach den scharfen Differenzen zwischen Hochseefischern und Reedern z.B. um die Arbeitszeitregelung auf den Fangschiffen, antworteten uns die Betriebsräte: „Wir haben diese Probleme ganz außen vorgelassen – diese Probleme sind da, wir haben aber in dieser Zeit nicht darüber gesprochen… Es ist nicht unsere Aufgabe, für die Unternehmer jetzt Profit herauszuholen. Wir wissen nur, wenn Oetker oder Unilever ihr Geld rausziehen aus diesen Betrieben, sind wir arbeitslos. Das heißt also, daß es ein Strang ist.

Die Kapitalisten der fischverarbeitenden Industrie haben Interesse an billigem Rohstoff. Für den Fall, daß der Anteil der Importe (z.Zt. 60%) weiter steigt, der vor allem durch den Zollaufschlag teurer ist als der von westdeutschen Trawlern gefangene Fisch, drohen sie an, die Produktion „näher an den Rohstoff“ zu verlagern, ihr Kapital zu exportieren. Das, so meinten die Betriebsräte, sollte gesetzlich verboten werden, wie auch über die Zusammenarbeit der entsprechenden europäischen Gewerkschaften verhindert werden müßte, daß sie anderswo ein niedrigeres Lohnniveau vorfänden.

Die Hochseereedereien haben vor allem ein Interessen an hohen Fangquoten. Über die Tatsache, daß ca. 50% der Heuer eines Hochseefischers an die Fangmenge (Fangprämien) gebunden ist, versuchen die Reeder gemeinsames Interesse an Fangmengen herzustellen. Dagegen ist die ÖTV mit Forderungen nach hauptsächlicher Anhebung der Grundheuer, die unabhängig von der Fangmenge ist, in den letzten Tarifverhandlungen aufgetreten.

Die vermeintliche Einheit zwischen Hochseefischern und Arbeitern auf der einen sowie Reedern und Fischindustrie auf der anderen Seite beginnt bereits brüchig zu werden. Die Importblockaden der Hochseefischer haben vor allem die Kapitalisten des Großhandels und der Verarbeitungsindustrie auf den Plan gerufen. Einer ihrer Vertreter empört: „Jetzt wird der Konflikt auf unserem Rücken ausgetragen!“. Sie sprechen bereits von der Aufkündigung der Unterstützung, wenn diese Aktionen anhielten. Die Arbeiter ihrerseits haben nicht länger Lust, für die Kapitalisten die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Forderungen nach verbindlichen Zusagen bei einer Einigung der EG-Minister ihr Kapital nicht abzuziehen und die Arbeitsplätze zu erhalten, werden laut.

Gegenüber dem sich zu erwartenden Versuch der Kapitalisten, sich an Grönlands Kabeljaubeständen für die Ausfälle in Kanada schadlos zu halten, und die Arbeiter mit dem Hinweis auf drohende Arbeitslosigkeit dafür zu mobilisieren, ist es zum einen notwendig, an den erreichten Positionen festzuhalten, daß, solange die Arbeitszeitregelung 12 Stunden Arbeit und 6 Stunden Pause im Wechsel, sowie die horrende Zahl von Überstunden an Bord der Fangschiffe nicht beseitigt ist, es keinerlei Entlassungen geben darf und keine Reduzierung der Besatzungen. Das gleiche gilt für die fischverarbeitende Industrie, wo vielfach Schicht gearbeitet wird und diese noch ausgedehnt werden soll.

Zum andern hat die Arbeiterbewegung es noch immer teuer bezahlt, wenn sie im Fahrwasser der Kapitalisten die Rechte fremder Nationen mit Füßen getreten hat. Jede Mark mehr an Profit haben die Hochseereedereien in der Vergangenheit zur Verschärfung der Ausbeutung eingesetzt. Von 1954 bis 1978 sank so die Zahl der Hochseetrawler von 212 auf 62 Schiffe bei gleichzeitig leicht gestiegener Gesamttonnage. Die Zahl der Besatzungsmitglieder sank von 4386 auf 2856 Mann. Nicht die Nationen, die auf dem Recht auf Selbstbestimmung in ihren Gewässern bestehen, haben diese Arbeitsplätze vernichtet, sondern die Profitgier der Kapitalisten ist dafür verantwortlich zu machen. Die westdeutschen Hochseefischer haben mit den Grönländern mehr gemeinsam als mit ihren Ausbeutern.

Warum sinken die Einkommen der Landwirte?

Die Forderung nach Erhöhung der Erzeugerpreise wirft einige Fragen auf

bep. Zu Demonstrationen und Kundgebungen an 150 Orten hatten die Kreisverbände des Deutschen Bauernverbandes (DBV) am letzten Samstag aufgerufen. Der DBV protestiert gegen die Kürzung des Agrarhaushalts der Bundesregierung um 7,2%. Er wendet sich gegen die im Subventionsabbaugesetz vorgesehene Verschiebung der Vorauszahlung der Erstattung der Mineralölsteuer für Dieselöl. Er fordert die Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft von 7 auf 8%, da die Landwirte im Durchschnitt beim Einkauf ihrer Betriebsmittel mehr Mehrwertsteuer zahlen müssen, als sie beim Verkauf ihrer Produkte erlösen. Im Mittelpunkt der Kundgebungen, im Mittelpunkt der Auseinandersetzung der Bauern mit der Bundesregierung und den EG-Gremien steht aber zweifellos die Forderung nach einer ,,angemessenen Anhebung der EG-Marktordnungspreise" und darüber hinaus die Erhaltung des bestehenden Systems der EG-Marktordnungen. Die COPA, die Dachorganisation der Bauernverbände der EG, hat die Forderung nach einer Anhebung der EG-Marktordnungspreise um durchschnittlich 15,3% aufgestellt; dies sei erforderlich, um ein weiteres Absinken der Einkommen der Bauern zu verhindern. In den einzelnen Ländern ergeben sich davon ausgehend wegen unterschiedlicher Inflationsraten jeweils unterschiedliche Steigerungen. Nach Auffassung des DBV müßte für die BRD eine Erhöhung von 9 bis 10% herauskommen. Um die Erhöhung der Marktordnungspreise verhandeln in den nächsten Woche zunächst die EG-Finanzminister, dann die Landwirtschaftsminister. Nach Angaben der Bauernverbände soll eine Anhebung in der Größenordnung von 5 bis 7% ,,im Gespräch" sein.

Zur Begründung ihrer Forderungen verweisen die Bauernverbände auf die folgenden Tatsachen: Nach Angaben der COPA haben die Landwirte in der EG einen Rückgang ihrer Nettoeinkommen um real 10–15%, in einzelnen Ländern noch darüber, hinnehmen müssen. Nach Angaben aus dem neuen Agrarbericht der Bundesregierung (der noch nicht vollständig veröffentlicht ist) sind die Durchschnittseinkommen pro Familienarbeitskraft im Wirtschaftsjahr 79/80 um 1,9% gesunken; im Wirtschaftsjahr 80/81 werden sie um schätzungsweise 12% sinken. Nun sind dies Druchschnittszahlen, die wegen der erheblichen Unterschiede zwischen den Betrieben verschiedener Größe, verschiedener Lage, zwischen den Betrieben mit unterschiedlichen Produktionsschwerpunkten, zwischen bäuerlichen und kapitalistischen Betrieben nur eine sehr beschränkte Aussagekraft haben. Die abgedruckten Tabellen geben einen gewissen Überblick

ster, dann die Landwirtschaftsminister. Nach Angaben der Bauernverbände soll eine Anhebung in der Größenordnung von 5 bis 7% ,,im Gespräch" sein.

Zur Begründung ihrer Forderungen verweisen die Bauernverbände auf die folgenden Tatsachen: Nach Angaben der COPA haben die Landwirte in der EG einen Rückgang ihrer Nettoeinkommen um real 10–15%, in einzelnen Ländern noch darüber, hinnehmen müssen. Nach Angaben aus dem neuen Agrarbericht der Bundesregierung (der noch nicht vollständig veröffentlicht ist) sind die Durchschnittseinkommen pro Familienarbeitskraft im Wirtschaftsjahr 79/80 um 1,9% gesunken; im Wirtschaftsjahr 80/81 werden sie um schätzungsweise 12% sinken. Nun sind dies Druchschnittszahlen, die wegen der erheblichen Unterschiede zwischen den Betrieben verschiedener Größe, verschiedener Lage, zwischen den Betrieben mit unterschiedlichen Produktionsschwerpunkten, zwischen bäuerlichen und kapitalistischen Betrieben nur eine sehr beschränkte Aussagekraft haben. Die abgedruckten Tabellen geben einen gewissen Überblick

über Entwicklung und Niveau des Einkommens, verglichen mit den Lohneinkommen. Unter dem wirtschaftlichen Druck hat sich die Hofaufgabe und die Abwanderung aus der Landwirtschaft in immer noch relativ großem Umfang, wenngleich seit etwa der Mitte der siebziger Jahre abgeschwächt, fortgesetzt.

Welche Ursachen hat der Rückgang der Einkommen der Landwirte?

Die *Ursachen* dieser Entwicklung liegen nicht in irgendeiner Politik des ,,Bauernlegens", nicht in der Politik der Bundesregierung und der EG, sondern in den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion, denen auch die bäuerliche Warenproduktion unterworfen wird. Die Bauernverbände begründen die ungünstige Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen mit der ,,Preis-Kosten-Schere". Das tun die Kapitalisten auch. Die ,,Preis-Kosten-Schere" erklärt nichts, sondern muß selber erklärt werden. Dafür, daß die Preise für Betriebsmittel stärker steigen als die Erzeugerpreise, sind verschiedene Erklärungen möglich. Wir wollen sie nur kurz nennen: Wenn die Produktivität in der Landwirtschaft schneller steigt als in der Industrie, verändert sich das Wertverhältnis der Waren; die Werte der in der Landwirtschaft produzierten Waren sinken gegenüber den Industriewaren. Das kann – bei Inflation – dazu führen, daß die Erzeugerpreise langsamer steigen als die Preise für Industrieprodukte. Tatsächlich ist die Produktivität in der Landwirtschaft der BRD – ausgehend natürlich von einem sehr niedrigen Niveau – seit der raschen Mechanisierung in den fünfziger Jahren schneller gestiegen als die der Industrie. Aus der ,,Preis-Kosten-Schere" folgt also nicht unbedingt ein ,,ungleicher Tausch" zwischen Landwirtschaft und Industrie. Möglich ist, daß Zulieferindustrien und Abnehmer der Landwirtschaft (Handelsketten, Nahrungsmittelindustrie usw.) aufgrund ihres hohen Monopolisierungsgrades durch Einschränkung der Konkurrenz unter sich der Landwirtschaft Monopolpreise aufzwingen – überhöhte Preise für Betriebsmittel, zu niedrige Preise für landwirtschaftliche Produkte. Bestimmte Strukturen der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte sprechen für diese Möglichkeit (s. KVZ Nr. 18 und 20/80), nachgewiesen ist sie noch nicht. Die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel sind im allgemeinen nicht wesentlich schneller gestiegen als die Preise für andere Investitionsgüter.

In den Preis landwirtschaftlicher Produkte geht nicht nur der Kostpreis des Agrarkapitalisten oder Bauern ein, die Kosten für Betriebsmittel und der Lohn des Landarbeiters bzw. der Arbeitseinkommen des Bauern selbst, sowie der Durchschnittsprofit (für den der Bauer, wenn er ihn überhaupt erhält, allerdings selbst Mehrarbeit leisten muß), sondern auch noch die Grundrente, deren Substanz allgemein auch seine Mehrarbeit bildet, die dem Grundbesitzer als Pacht gezahlt wird, oder der Bank als Zins, falls der Boden verpfändet ist, oder die der Bauer günstigstenfalls selbst einsteckt. Die Masse der Bauern in Westdeutschland allerdings beutet keine Lohnarbeiter aus. Ihr Einkommen erzielen diese Bauern durch den Verkauf der Produkte ihrer eigenen Arbeit. Die Preise der Agrarprodukte können sinken, sodaß diejenigen unter ihnen, die unter ungünstigen Bedingungen, mit niedriger Produktivität produzieren, im Verkaufserlös keine Rente mehr erhalten, auch keine Verzinsung ihres ,,Kapitals", obwohl sie Mehrarbeit leisten – ohne daß sie, wie der Kapitalist, die Möglichkeit hätten, ihr ,,Kapital" anderswo anzulegen. Ihre Alternative ist bloß die Lohnarbeit. Dadurch, wie auch vielleicht durch Tradition und Gewohnheit, bleiben sie an die Landwirtschaft gebunden. In der Regel müssen sie aus ihrem Betriebseinkommen noch Pacht und Zinsen zahlen und behalten für sich selbst kaum den Arbeitslohn. Die Einkommensstatistik zeigt, daß es diese Fälle gibt. Das Vorherrschen bäuerlicher Produktion in der Landwirtschaft ermöglicht so eine Senkung der Agrarpreise.

Die relative Überproduktion

Für den gegenwärtigen starken Druck auf die Erzeugerpreise gibt es aber ei-

dings beutet keine Lohnarbeiter aus. Ihr Einkommen erzielen diese Bauern durch den Verkauf der Produkte ihrer eigenen Arbeit. Die Preise der Agrarprodukte können sinken, sodaß diejenigen unter ihnen, die unter ungünstigen Bedingungen, mit niedriger Produktivität produzieren, im Verkaufserlös keine Rente mehr erhalten, auch keine Verzinsung ihres ,,Kapitals", obwohl sie Mehrarbeit leisten – ohne daß sie, wie der Kapitalist, die Möglichkeit hätten, ihr ,,Kapital" anderswo anzulegen. Ihre Alternative ist bloß die Lohnarbeit. Dadurch, wie auch vielleicht durch Tradition und Gewohnheit, bleiben sie an die Landwirtschaft gebunden. In der Regel müssen sie aus ihrem Betriebseinkommen noch Pacht und Zinsen zahlen und behalten für sich selbst kaum den Arbeitslohn. Die Einkommensstatistik zeigt, daß es diese Fälle gibt. Das Vorherrschen bäuerlicher Produktion in der Landwirtschaft ermöglicht so eine Senkung der Agrarpreise.

Die relative Überproduktion

Für den gegenwärtigen starken Druck auf die Erzeugerpreise gibt es aber ei-

nen besonderen Grund: nämlich eine relative Überproduktion bei einem erheblichen Teil der innerhalb der EG erzeugten Agrarprodukte. Das heißt: Es werden mehr Güter produziert, als sich bei gegebener zahlungsfähiger Nachfrage auf dem EG-Markt bzw. dem Weltmarkt absetzen lassen. Diese relative Überproduktion findet ihren Ausdruck in ,,Selbstversorgungsgraden" von über 100% bei fast allen wichtigen Produkten, sowie in Preisen, die bei vielen Produkten über den Weltmarktpreisen liegen, z.T. (wie bei Milchprodukten) erheblich. Natürlich ist die Nachfrage sowohl auf dem Binnenmarkt wie auf dem Weltmarkt bestimmt durch kapitalistische Produktions- und Klassen-, damit Einkommensverhältnisse; auf dem Binnenmarkt in erster Linie durch den Konsumtionsfonds der lohnabhängigen Bevölkerung. Der ,,Überschuß" stößt hier in vielen Bereichen noch an die Grenzen der Zahlungsfähigkeit der Lohnabhängigen, deren Ernährung erheblich verbesserungsbedürftig ist, und nicht an physiologische Grenzen. Die Grenzen dieses inneren Markts sind im Großen und Ganzen durch die Gesetze gegeben, die den Wert der Ware Arbeitskraft regeln, und auch nur in diesem Rahmen veränderbar. Auf dem Weltmarkt ist der Widerspruch zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und zahlungskräftiger Nachfrage bekanntlich noch viel krasser; allerdings ist die gesellschaftliche Lösung auch nicht darin zu suchen, daß die Landwirtschaft der imperialistischen Länder die Bedürfnisse der Massen der 3. Welt befriedigt.

Relative Überproduktion in einem Zweig der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bedeutet, daß zuviel gesellschaftliche Arbeit in diesem Bereich angewandt wird. Im Kapitalismus regelt sich das so, daß die Preise sinken, deshalb – auf welchem Weg immer – Kapital aus diesem Zweig abgezogen wird (oder Bauern ihre Höfe aufgeben), solange, bis die Proportion wiederhergestellt wird. In den letzten Jahrzehnten sind in gewaltigem Umfang Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in andere Produktionszweige gedrängt worden – oft um den Preis der ,,Martyriologie der Produzenten", wie immer im Kapitalismus. Allerdings ging es dabei stets sowohl um Erhöhung der Produktivität (kleine Bauern mußten ihr Land den großen überlassen) wie um die absolute Ausdehnung der Produktion. Jetzt soll die absolute Ausdehnung stark gedrosselt werden. ,,Immer noch sind zu viele Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig, und zuviel Kapital ist dort gebunden", schreibt der Sachverständigenrat in seinem letzten Gutachten für die Bundesregierung. Für die Beseitigung dieses Zustands ist die EG-Agarmarktordnung ein Hindernis.

Die Rolle der EG-Marktordnung

Die Wahrheit von Marx' Ausage, Kapitalismus und rationelle Agrikultur sind unvereinbar, wird durch praktisch alle kapitalistischen Länder durch Eingriffe in die landwirtschaftliche Produktion und den Agrarmarkt anerkannt. Schon das normale Funktionieren des kapitalistischen Warenmarktes, von Krisen abgesehen, würde erhebliche Störungen der landwirtschaftlichen Produktion verursachen, die wegen der besonderen natürlichen Bedingungen auf Kontinuität angewiesen ist. Produktionsbedingungen, die einmal (z.B. wegen zeitweiliger Überfülle des Markts) zerstört sind, können so schnell nicht wiederhergestellt werden. Auch heute verzichtet kaum ein kapitalistischer Staat auf Agrarprotektionismus; Protektionismus gab es in den heutigen EG-Ländern schon vor Gründung der EWG (mit teilweise höheren Kosten, als sie heute für die EG-Marktordnung anfallen). Mit der EWG wurde ein einheitlicher Markt auch für Agrarprodukte geschaffen – ohne Zoll- und Handelsschranken (mit gewissen Abstrichen). Dieser Markt wurde in doppelter Weise geschützt (protektioniert): Erstens gegenüber dem Weltmarkt durch Festsetzung gemeinsamer Außenzölle und Importrestriktionen; zweitens durch Stützung eines bestimmten Preisniveaus im Innern mithilfe von ,,Marktinterventionen" – Festsetzung von bestimmten Preisniveaus, die durch staatliche Maßnahmen wie Aufkäufe und Lagerbildung, Exportsubventionen u.ä. gestützt wur-

tes, von Krisen abgesehen, würde erhebliche Störungen der landwirtschaftlichen Produktion verursachen, die wegen der besonderen natürlichen Bedingungen auf Kontinuität angewiesen ist. Produktionsbedingungen, die einmal (z.B. wegen zeitweiliger Überfülle des Markts) zerstört sind, können so schnell nicht wiederhergestellt werden. Auch heute verzichtet kaum ein kapitalistischer Staat auf Agrarprotektionismus; Protektionismus gab es in den heutigen EG-Ländern schon vor Gründung der EWG (mit teilweise höheren Kosten, als sie heute für die EG-Marktordnung anfallen). Mit der EWG wurde ein einheitlicher Markt auch für Agrarprodukte geschaffen – ohne Zoll- und Handelsschranken (mit gewissen Abstrichen). Dieser Markt wurde in doppelter Weise geschützt (protektioniert): Erstens gegenüber dem Weltmarkt durch Festsetzung gemeinsamer Außenzölle und Importrestriktionen; zweitens durch Stützung eines bestimmten Preisniveaus im Innern mithilfe von ,,Marktinterventionen" – Festsetzung von bestimmten Preisniveaus, die durch staatliche Maßnahmen wie Aufkäufe und Lagerbildung, Exportsubventionen u.ä. gestützt wur-

den. Bei allen Einschränkungen ist festzuhalten, daß dieses System in gewissen Grenzen die Schwankungen des Markts und seine Wirkungen auf die Landwirtschaft begrenzt hat und bei wichtigen Produkten zumindest in den letzten Jahren auch das Preisniveau höher gehalten hat, als es bei reinem Freihandel, sowohl gegenüber dem Weltmarkt, als auch auf dem EG-Markt gewesen wäre. Dadurch, wie auch durch bestimmte Maßnahmen der Strukturpolitik wurde die Konkurrenz unter den landwirtschaftlichen Betrieben nicht beseitigt, aber in bestimmten Grenzen kontrolliert.

Reform des Agrarmarkts?

Der Strukturwandel der Landwirtschaft in der EG (das heißt, die Verwandlung von Millionen von Bauern bzw. von deren Familienangehörigen in Lohnarbeiter, sowie die Schaffung von größeren Betrieben, die Weiterentwicklung der Arbeitsteilung in der Landwirtschaft usw.) hat viele Fälle individuellen Elends hervorgebracht, ist aber dennoch insgesamt ohne heftige Klassenauseinandersetzungen verlaufen (unter anderem begünstigt durch die lange Zeit günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt und oft auch günstigere Möglichkeiten des Verkaufs von Bauland). Die EG-Agrarpolitik hat darüber hinaus einen relativ hohen Selbstversorgungsgrad, sowie eine Entwicklung der Agrarpreise ohne allzugroße Schwankungen ermöglicht, was alles im Interesse des Finanzkapitals der beteiligten Länder lag. Darüber hinaus verschafft dieser Agrarmarkt bestimmten Ländern innerhalb der EG erhebliche Vorteile (auf dem Gebiet des Agrarmarkts, wohlgemerkt): nämlich vor allem den Ländern mit hohem Exportüberschuß bei Agrarprodukten, und hier wieder bei bestimmten Produkten, nämlich vor allem Milch, Zucker und Getreide (deren Produktion in den nördlichen EG-Staaten konzentriert ist). Die Agrarmarktordnung bietet außerdem, wenn auch in weiten Grenzen, eine gewisse Schranke gegen den Fall der Agrarpreise bei einer relativen Überproduktion. Dadurch entstehen, direkt und indirekt, Kosten, die den Kapitalisten letztlich den Profit schmälern. Direkte Kosten entstehen durch die ,Interventionen', also staatliche Aufkäufe usw., sowie durch die Exportsubventionen; diese Kosten müssen zum Teil aus Steuermitteln aufgebracht werden. Indirekte Kosten entstehen, weil der Druck auf die Preise verschiedener Produkte etwas vermindert wird, während eine stärkere Preissenkung den Wert der Arbeitskraft senken würde. Aus diesen Gründen gibt es scharfe Auseinandersetzungen um die Agrarmarktordnung. Vor allem die Regierungen Englands (das vorwiegend aus Drittländern importiert) und der BRD drängen auf eine Reform, während die Agrarexporteure wie Dänemark, Frankreich, die Beneluxstaaten das System in wesentlichen Bestandteilen beibehalten wollen.

Der Sachverständigenrat hat der Bundesregierung eine einschneidende Änderung angeraten: Letztlich Verzicht auf alle Preisstützungsmaßnahmen innerhalb der EG und damit freie Konkurrenz unter den landwirtschaftlichen Produzenten; darüber hinaus eine weitgehende, wenn auch stufenweise Öffnung gegenüber dem Weltmarkt. Durch stufenweise, aber drastische Realpreissenkungen soll das Angebot der Nachfrage angepaßt werden; unrentable Betriebe sollen verdrängt werden. Die EG-Kommission hat jetzt ,,Überlegungen zur gemeinsamen Agrarpolitik" vorgelegt, auf deren Grundlage die EG-Regierungen im Rat der EG im Juli eine Neuordnung des Agrarmarktes aushandeln müssen. Der Vorschlag der Kommission vermeidet eine nackte Liberalisierung des Agrarmarktes; sein Kern besteht in der ,,Erzeugermitver-

Einkommensstreuung bei Vollerwerbsbetrieben

	Gewerbl. Vergleichsl.* (DM)	jährl. Änd. (%)	Reineinkommen** (DM/FAK)*** Betriebe insg.	jährl. Änd. (%)	oberes Viertel	unteres Viertel
1968/69	11689		12458			
1969/70	13074	+11,8	13661	+ 9,6	27355	4504
1970/71	14922	+14,1	13046	– 4,5		
1971/72	16239	+ 8,8	17239	+32,1	35736	5403
1972/73	18289	+12,6	20504	+18,9	40155	7547
1973/74	20674	+13,0	21211	+ 3,4	40937	6755
1974/75	22136	+ 7,1	21010	– 0,9	42808	7033
1975/76	23292	+ 5,2	25263	+20,2	58687	9860
1976/77	25229	+ 8,3	21842	–13,5	53179	6097
1977/78	26635	+ 5,6	24084	+10,3	55062	8307
1978/79	28024	+ 5,2	24780	+ 2,9	58120	9243
1979/80	29986	+ 7,0	24309	– 1,6	57873	7586
Zunahme von 1972/73–79/80	8,0%		5,0%		6,9%	8,1%

legungen zur gemeinsamen Agrarpolitik" vorgelegt, auf deren Grundlage die EG-Regierungen im Rat der EG im Juli eine Neuordnung des Agrarmarktes aushandeln müssen. Der Vorschlag der Kommission vermeidet eine nackte Liberalisierung des Agrarmarktes; sein Kern besteht in der ,,Erzeugermitver-

Einkommensstreuung bei Vollerwerbsbetrieben

	Gewerbl. Vergleichsl.* (DM)	jährl. Änd. (%)	Reineinkommen** (DM/FAK)*** Betriebe insg.	jährl. Änd. (%)	oberes Viertel	unteres Viertel
1968/69	11689		12458			
1969/70	13074	+11,8	13661	+ 9,6	27355	4504
1970/71	14922	+14,1	13046	– 4,5		
1971/72	16239	+ 8,8	17239	+32,1	35736	5403
1972/73	18289	+12,6	20504	+18,9	40155	7547
1973/74	20674	+13,0	21211	+ 3,4	40937	6755
1974/75	22136	+ 7,1	21010	– 0,9	42808	7033
1975/76	23292	+ 5,2	25263	+20,2	58687	9860
1976/77	25229	+ 8,3	21842	–13,5	53179	6097
1977/78	26635	+ 5,6	24084	+10,3	55062	8307
1978/79	28024	+ 5,2	24780	+ 2,9	58120	9243
1979/80	29986	+ 7,0	24309	– 1,6	57873	7586
Zunahme von 1972/73–79/80	8,0%		5,0%		6,9%	8,1%

* Der gewerbliche Vergleichslohn entspricht dem durchschnittlichen Bruttoarbeitsverdienst der Versicherten in der Arbeiterrentenversicherung einschließlich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für die mitarbeitenden, nicht entlohnten Familienarbeitskräften. – ** Aus dem Reineinkommen muß der Privatverbrauch des Landwirts und seiner Familie, einschließlich Steuern und Versicherungszahlungen, die Schulden- und Zinszahlungen sowie die Investitionen abzüglich Abschreibungen bestritten werden. – *** DM / Familienarbeitskraft – Quelle: Agrarberichte der Bundesregierung, verschiedene Jahrgänge

antwortung": Die Produzenten sollen an den Kosten der Marktintervention und der Exportsubventionen beteiligt werden; diese Beteiligung kann verschiedene Formen haben, z.B. die einer Abgabe oder Preissenkung auf Produktmengen, die ein bestimmtes Volumen bzw. die bisher gelieferte Menge übersteigen. Außerdem sind ,,Auflockerungen" der Interventionsmechanismen vorgesehen, entweder Senkungen der Interventionspreise oder mengenmäßige oder zeitliche Beschränkung der staatlichen Ankaufspflicht. Im Prinzip handelt es sich auch bei diesen Vorschlägen um nichts anderes als Preissenkungen. Die Bundesregierung bzw. Landwirtschaftsminister Ertl haben bisher im Großen und Ganzen ähnliche Positionen vertreten.

Die Position der Gewerkschaften

Ende letzten Jahres hat der DGB eine Stellungnahme zur Agrarpolitik verabschiedet. Darin wendet er sich gegen die Kostenexplosion des EG-Agrarmarkts, die Überschußproduktion und die ,,überhöhten Erzeugerpreise". Er fordert, ,,die Marktordnungspreise für Überschußprodukte ... endlich an eine Nachfrage anzupassen, die mit dem wachsenden Angebot nicht Schritt halten kann" (Quelle 11/80), und die Erzeuger an den Kosten der Marktordnung spürbar zu beteiligen. Eine Einkommenspolitik ,,über den Preis" komme am meisten den landwirtschaftlichen Großbetrieben und den ohnehin begünstigten Agrarregionen zugute. Deshalb verlangt der DGB für die benachteiligten Betriebe ein System direkter Einkommensbeihilfen. ,,Ein derartiges Beihilfesystem soll die Einkommen derjenigen landwirtschaftlichen Betriebe aufbessern, die aus sozialen, regionalen oder umweltpolitischen Gründen aufrechterhalten werden sollten". Ähnliche Positionen werden innerhalb der SPD vertreten.

Die Antwort des Bauernverbandes

Der Bauernverband lehnt solche Reformen des Agrarmarkts, vor allem die Senkung des Niveaus der Erzeugerpreise, scharf ab. Er betont, die Überschußproduktion sei nicht unverantwortlich groß, durch Vorratshaltung und Export zu bewältigen. Die Kosten dafür betrügen bis jetzt weniger als 0,5% des Bruttoinlandsprodukts der EG. Für eine gesicherte Lebensmittelversorgung sei das kein hoher Preis. Entschieden abgelehnt wird auch der Vorschlag direkter Einkommensbeihilfen. Das liefere die Bauern staatlicher Bevormundung aus und verstoße außerdem gegen die Marktwirtschaft. ,,Er, Westernacher (Präsident des Hess. Bauernverbandes), möchte nicht kurz vor Weihnachten im Ministerium antreten müssen, um dort einen Scheck in Empfang zu nehmen, sondern als freier Unternehmer am Markt sein notwendiges Einkommen erzielen können". Auf das Argument der unterschiedlichen Auswirkungen der Preiserhöhungen auf die verschiedenen Einkommen antwortete er: ,,In anderen Berufsgruppen seien die Einkommens-Disparitäten noch viel größer, etwa zwischen Staatssekretär und Büroboten, als in der Landwirtschaft" (Hessenbauer 3/81).

Das zeigt ziemlich deutlich die Problematik der Forderung nach staatlichen Garantien für die Erzeugerpreise: ,,Als Klasse können die kleinen Landwirte nicht umhin, eine Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte anzustreben, und das ist gleichbedeutend damit, daß sie sich mit den Großgrundbesitzern in die Grundrente teilen und sich mit ihnen gegen die übrige Gesell-

chen Garantien für die Erzeugerpreise: ,,Als Klasse können die kleinen Landwirte nicht umhin, eine Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte anzustreben, und das ist gleichbedeutend damit, daß sie sich mit den Großgrundbesitzern in die Grundrente teilen und sich mit ihnen gegen die übrige Gesell-

schaft solidarisieren", schrieb Lenin und fügte hinzu, die Verbesserung der Lage der kleinen Landwirte als Klasse sei das Ergebnis ihres Zusammenschlusses mit den Gutsbesitzern, ihrer Beteiligung an der Erhebung einer höheren Grundrente von der ganzen Gesellschaft. Nun ist die Rolle der Grundbesitzer heutzutage in der BRD beschränkt und der Anteil der Landwirte, die überhaupt an der Erhebung der Grundrente beteiligt sind (bzw. diese nicht an die Banken als Zins zahlen), noch zu erforschen, der Anteil derer, die es nicht sind, offenbar groß, was der Forderung größere Berechtigung verleiht. Eine glatte Ablehnung der Forderung nach Erzeugerpreiserhöhung wird die Masse der Bauern nur vor den Kopf stoßen; das EG-Marktordnungssystem ist immer noch besser als gar kein Marktordnungssystem. Aber Tatsache bleibt, daß die Forderung nach Erhöhung der Erzeugerpreise den Bauern als ,,Unternehmer" anspricht, und den besser gestellten Bauern die weitaus größeren Vorteile verschafft. Außerdem – wie sollen die Probleme der relativen Überproduktion, die es ja zweifellos gibt und die sich aller Voraussicht nach verstärken werden, auf kapitalistischer Grundlage gelöst werden? Eine noch größere Unterstützung des massiven Agrarexports der EG aus Steuermitteln ist auch nicht im Interesse der Arbeiterklasse und wahrscheinlich auch nicht im Interesse der Dritten Welt.

Metalltarifrunde

Interviews mit IGM-Funktionären und Betriebsräten

Ford-Werke Köln – Interview mit einem Beschäftigten

KVZ: *Was ist Ihre Meinung zum Verlauf der Verhandlungen?*

Es geht sehr langsam voran, offenbar will die Arbeitgeberseite die Lage ausnutzen, um den Lebensstandard der Belegschaft zu drücken, das heißt, es soll keinen Einkommenszuwachs, sondern ein Minus geben.

KVZ: *Was meinen Sie zur Höhe des Abschlusses?*

Man sollte jetzt noch nicht mehr sagen, als daß möglichst viel erreicht werden muß. Nachdem die Inflationsrate jetzt schon bei 5,9% liegt, ist das das Mindeste, was erreicht werden müßte.

KVZ: *Was ist Ihre Meinung zu Aktionen und zur Stimmung in der Belegschaft?*

Generell: Man muß der Forderung Nachdruck geben! Allerdings ist zur Zeit im Hauptwerk Kurzarbeit, allenfalls in Saarlouis könnte man was machen. Ohnehin ist die Lage in der Automobilindustrie schlecht. Bei einem Streik könnte passieren, daß sie sich noch ins Fäustchen lachen, weil sie nichts bezahlen müssen und ihr Schäfchen längst ins Trockene gebracht haben. So ist auch die Stimmung in der Belegschaft. Eher wird vielleicht in anderen Bereichen noch was gehen. Aber Folgendes steckt ja auch dahinter: Ford hat ja erst die Gewinne aus Köln heraus in die USA geholt und dann in Japan in Beteiligungen angelegt, also wird hiermit Köln selbst Konkurrenz gemacht. Damit will man auch wieder nur auf die Löhne drücken.

Daimler Benz, Stuttgart – Interview mit einem IGM-Vertrauensmann (M) und einem Angestellten (A).

KVZ: *Kollegen, der Verhandlungsführer von Gesamtmetall, Knapp, hat zum 2. Verhandlungstag in der Tarifrunde klipp und klar für die Metallkapitalisten die Parole ausgegeben, „daß von einer Garantie des Realeinkommens nicht mehr die Rede sein kann" (Handelsblatt, 5.2.81). Bei den Stuttgarter Verhandlungen forderten sie von der IG Metall, erst mal von den 8% herunter zu gehen.*

M.: Vorneweg gibts das sowieso nicht, und auch im weiteren Verlauf der Tarifrunde ist unter den 8% nicht viel Spielraum; so haben wir es von vornherein in der IGM diskutiert. Mit den 8% haben wir schon tief genug angesetzt. Bei den Kollegen gibts da große Geschlossenheit, daran arbeiten wir Vertrauensleute jetzt tagtäglich.

KVZ: *Was sagen sie denn zur Propaganda der Metallkapitalisten (VMI), durch „produktivitätsorientierte Lohnpolitik", z.B. 2,5%, könne die Inflation gegen Ende '81 auf 2,8% gesenkt werden?*

A.: Das Argument zieht bei meinen Kollegen nicht!

M.: „Produktivitätsorientiert"! Wir haben doch das ganze Jahr über schon die Leistung gebracht, durch die der Daimler seinen großen Gewinn eingesteckt hat. Wir sind mit unserem Lohn da immer hinten drein. Von der zukünftigen, angeblichen Inflationsrate können wir nicht ausgehen, sondern von der jetzigen; die macht nicht nur 6% im BRD-Durchschnitt aus; in Stuttgart, haben wir mal privat ausgerechnet, geht sie auf 7%, und die 0,5% mehr Versicherungsabzüge kommen noch dazu.

KVZ: *Wieweit geht nun die Solidarität für die 107 DM mindestens?*

M.: Zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeitern steht das sehr gut. Bei mir sind auch der Vorarbeiter und der Meister ausdrücklich für die 'soziale Komponente'. Diese Geschlossenheit wird richtig zum Tragen kommen, wenn wir Aktionen durchführen. Am 28.2. ist die Friedenspflicht beendet.

KVZ: *Die IGM macht ja kein Geheimnis daraus, daß sie 35 Betriebe für Kampfmaßnahmen ausgewählt hat, um die Metallkapitalisten möglichst wirksam zu treffen. Wie würden sie Daimler treffen?*

A.: Ein Streik wird kurzfristig immer auf die Konkurrenzlage wirken. Aber auf absehbare Zeit wird DB die Nr.1 unter den deutschen Produzenten bleiben. Nur ein langer Totalstreik würde da was ändern.

M.: Ich denke, gerade, weil sie im Augenblick so gut in der Konkurrenz liegen und darauf auch ihre Pläne ausgerichtet haben, sind sie um so empfindlicher zu treffen; denk an die Planung des 'Kleinen Mercedes', die Produktionsverlagerungen überall jetzt, alles zeitlich genau hingezirkelt, gleichzeitig die scharfe internationale Konkurrenz.

KVZ: *Und wie schätzt ihr die Streikbereitschaft bei den Kollegen ein?*

A.: In meiner Gruppe maximal bei 15%, was aber am geringen Organisationsgrad liegt.

M.: Letztes Mal hatten wir bei den Warnstreiks ein paar Probleme, weil die Geschäftsleitung durch die weiterbestehende Friedenspflicht die Möglichkeit hatte, einzelne rauszupicken. Unterdessen – nach der neuen Schlichtungsordnung – gilt diese Frist nicht mehr so lange, günstiger für uns also. Nach allem, was ich weiß, gehe ich von hoher Streikbereitschaft der Kollegen aus.

KVZ: *Gesamtmetalls Verhandlungsführer Stihl hat gefordert, wegen Steuererleichterungen beim Kindergeld sollten die Metaller beim Lohn nachgeben. Gibt es Kollegen, die sich davon beeindrucken lassen?*

A.: Ich kenne keinen. Steuerreform ist auch kein Argument. Sowieso haben die erhöhten Sozialabgaben den Steuervorteil wieder aufgezehrt; Ausnahme bei Gehältern über 4000 DM ...

KVZ: *Wißt ihr von Maßnahmen der Geschäftsleitung, mit denen sie in der Produktion gegen Streikauswirkungen vorbeugt?*

M.: Sie hat angeordnet, daß 'nur' noch 8 Stunden geschafft werden darf, also keine Überstunden mehr. Für eine Reihe von Kollegen ist das schon zu spüren, die eh, die es vom Lohn her nötig haben, auch, wenn wir gewerkschaftspolitisch gegen Überstunden sind. Die Verordnung, wie jedes Jahr zu den Tarifrunden, soll Druck und Einschüchterung verbreiten. Aber an direkten Maßnahmen, um einen Streik unterlaufen zu können, wie auf Lager arbeiten, ist bei Daimler nichts drin. Die Lager sind schon übervoll.

KVZ: *Stihl hat behauptet, die IGM fände für ihre Tarifforderung keine Unterstützung in der Bevölkerung. Wie seht ihr das?*

A.: Ich glaube, ein 5 – 5,5%-Abschluß findet sicher Unterstützung und Verständnis bei der Bevölkerung. 8% gelten wohl eher als Maximalforderung, die so nicht zu erreichen ist.

M.: Von der IGM aus haben wir bis jetzt noch keine breiten Erfahrungen mit Reaktionen der Bevölkerung gesammelt. Sicher gibt es manchmal auch negative Reaktionen; z.B. in einem kleinen Tante-Emma-Laden in unserer Siedlung hat neulich die Besitzerin voll gegen die Gewerkschaft gewettert, die würde die Preise rauftreiben usw. Die ist aber auch nicht gerade repräsentativ.

Auf der letzten Stuttgarter Funktionärskonferenz haben wir von der IGM aus ganz klar den Plan gefaßt: wir werden Info-Stände durchführen, Flugblätter und Zeitungen verteilen, vor allem in großer Masse Abendveranstaltungen in den Wohngebieten durchführen, auf die wir vor allem auch die Frauen, die Jugendlichen einladen. Ich bin sicher, daß wir auch da eine große Solidarität erreichen werden.

Bremer Vulkan – Interview mit einem IGM-Vertrauensmann, Betriebsrat und SPD-Mitglied

KVZ: *Was sagen die Kollegen zu dem augenblicklichen Stand bei den Verhandlungen?*

Es ist schon eine komplizierte Situation hier im Unterwesergebiet. Die Situation auf den Werften drückt, und auch in der Flugzeugindustrie ist nicht geklärt, was zum Beispiel mit dem VFW Werk in Lemwerder wird. So muß man erst einmal die Leute motivieren, wenn es zu einem Streik kommt und jeder weiß, daß er härter wird als zuvor. So ist die Ausgangslage schwierig. Es geht schon mehr um das Prinzip. Einige meinen, daß die Verhandlungen jetzt abgebrochen werden sollen, andere sind unentschlossen und verbreiten eine gedrückte Stimmung.

KVZ: *Sind denn für die morgige Verhandlungsrunde Aktionen geplant?*

Ja, wir werden kurzfristig Warnstreiks durchführen, so um eine halbe Stunde.

KVZ: *Was denkst Du, kann von der Forderung durchgesetzt werden?*

Ich meine, daß es schon gar nicht mehr um die Forderung geht, sondern um das Prinzip. Darum will ich mich dazu, was dabei rauskommen kann, gar nicht äußern. Auf der anderen Seite haben wir im Haushalt schon Sorgen genug und jeder Streik, der länger dauert, verschlechtert nochmal die Einnahmeseite, was besonders tragisch ist und sich auch auf die Subventionen auswirken wird. Zum anderen rechnet dir natürlich jeder auf, daß er bei einem längeren Streik sowieso mehr verliert als gewinnt. Für die Kollegen in der Elektroindustrie wäre es natürlich besonders bitter, wenn der Mindestbetrag baden geht, die verdienen sowieso wenig in den unteren Lohngruppen, darauf muß man achten.



Gegen die nach wie vor von Gesamtmetall in den Tarifverhandlungen angebotenen 2,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt legten Anfang der Woche 400 Beschäftigte bei Bosch Waiblingen die Arbeit nieder *(Bild)*. Bei der 2. Verhandlungsrunde im Nordverbund kam es nach Angaben der IG Metall zu Arbeitsniederlegungen von ein bis zwei Stunden von über 30000 Beschäftigten in Hamburg, Kiel, Lübeck, Neumünster, Rendsburg, Eckernförde, Bremen und Emden. Während der 3. Verhandlungsrunde in Hessen streikten dann 2500 Beschäftigte in Frankfurt, Hanau und Wetzlar. Eine Delegation Gießener Metallarbeiter demonstrierte am Verhandlungsort, sie überbrachte 15000 Unterschriften für die Forderung der IG Metall nach 8% und einer überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen (in Hessen 25 DM zusätzlich für alle Lohngruppen bis zum Ecklohn).

ben. So ist auch die Stimmung in der Belegschaft. Eher wird vielleicht in anderen Bereichen noch was gehen. Aber Folgendes steckt ja auch dahinter: Ford hat ja erst die Gewinne aus Köln heraus in die USA geholt und dann in Japan in Beteiligungen angelegt, also wird hiermit Köln selbst Konkurrenz gemacht. Damit will man auch wieder nur auf die Löhne drücken.

Daimler Benz, Stuttgart – Interview mit einem IGM-Vertrauensmann (M) und einem Angestellten (A).

KVZ: Kollegen, der Verhandlungsführer von Gesamtmetall, Knapp, hat zum 2. Verhandlungstag in der Tarifrunde klipp und klar für die Metallkapitalisten die Parole ausgegeben, „daß von einer Garantie des Realeinkommens nicht mehr die Rede sein kann" (Handelsblatt, 5.2.81). Bei den Stuttgarter Verhandlungen forderten sie von der IG Metall, erst mal von den 8% herunter zu gehen.

M.: Vorneweg gibts das sowieso nicht, und auch im weiteren Verlauf der Tarifrunde ist unter den 8% nicht viel Spielraum; so haben wir es von vornherein in der IGM diskutiert. Mit

ist die Ausgangslage schwierig. Es geht schon mehr um das Prinzip. Einige meinen, daß die Verhandlungen jetzt abgebrochen werden sollen, andere sind unentschlossen und verbreiten eine gedrückte Stimmung.

KVZ: Sind denn für die morgige Verhandlungsrunde Aktionen geplant?

Ja, wir werden kurzfristig Warnstreiks durchführen, so um eine halbe Stunde.

KVZ: Was denkst Du, kann von der Forderung durchgesetzt werden?

Ich meine, daß es schon gar nicht mehr um die Forderung geht, sondern um das Prinzip. Darum will ich mich dazu, was dabei rauskommen kann, gar nicht äußern. Auf der anderen Seite haben wir im Haushalt schon Sorgen genug und jeder Streik, der länger dauert, verschlechtert nochmal die Einnahmeseite, was besonders tragisch ist und sich auch auf die Subventionen auswirken wird. Zum anderen rechnet dir natürlich jeder auf, daß er bei einem längeren Streik sowieso mehr verliert als gewinnt. Für die Kollegen in der Elektroindustrie wäre es natürlich besonders bitter, wenn der Mindestbetrag baden geht, die verdienen sowieso wenig in den unteren Lohngruppen, darauf muß man achten.

Gegen die nach wie vor von Gesamtmetall in den Tarifverhandlungen angebotenen 2,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt legten Anfang der Woche 400 Beschäftigte bei Bosch Waiblingen die Arbeit nieder (Bild). Bei der 2. Verhandlungsrunde im Nordverbund kam es nach Angaben der IG Metall zu Arbeitsniederlegungen von ein bis zwei Stunden von über 30000 Beschäftigten in Hamburg, Kiel, Lübeck, Neumünster, Rendsburg, Eckernförde, Bremen und Emden. Während der 3. Verhandlungsrunde in Hessen streikten dann 2500 Beschäftigte in Frankfurt, Hanau und Wetzlar. Eine Delegation Gießener Metallarbeiter demonstrierte am Verhandlungsort, sie überbrachte 15000 Unterschriften für die Forderung der IG Metall nach 8% und einer überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen (in Hessen 25 DM zusätzlich für alle Lohngruppen bis zum Ecklohn).

künftigen, angeblichen Inflationsrate können wir nicht ausgehen, sondern von der jetzigen; die macht nicht nur 6% im BRD-Durchschnitt aus; in Stuttgart, haben wir mal privat ausgerechnet, geht sie auf 7%, und die 0,5% mehr Versicherungsabzüge kommen noch dazu.

KVZ: Wieweit geht nun die Solidarität für die 107 DM mindestens?

M.: Zwischen Facharbeitern und Hilfs-

KVZ: Und wie schätzt ihr die Streikbereitschaft bei den Kollegen ein?

A.: In meiner Gruppe maximal bei 15%, was aber am geringen Organisationsgrad liegt.

M.: Letztes Mal hatten wir bei den Warnstreiks ein paar Probleme, weil die Geschäftsleitung durch die weiterbestehende Friedenspflicht die Möglichkeit hatte, einzelne rauszupicken. Unterdessen – nach der neuen

zu den Tarifrunden, soll Druck und Einschüchterung verbreiten. Aber an direkten Maßnahmen, um einen Streik unterlaufen zu können, wie auf Lager arbeiten, ist bei Daimler nichts drin. Die Lager sind schon übervoll.

KVZ: Stihl hat behauptet, die IGM fände für ihre Tarifforderung keine Unterstützung in der Bevölkerung. Wie seht ihr das?

A.: Ich glaube, ein 5 – 5,5%-Abschluß

Times-Verkauf perfekt

dog. Mit der Mehrzahl der Gewerkschaften hat der australische Zeitungskapitalist Murdoch in der letzten Woche Vereinbarungen über die Übernahme abgeschlossen. Er verfügt damit jetzt über 30% des britischen Zeitungsmarktes. Um 563 Vollzeitarbeitsplätze und 100 Teilzeitarbeitsplätze wird die 4200 Mann starke Belegschaft reduziert, zunächst vor allem durch die Streichung nicht besetzter Planstellen. Der Druck der Times wird in eine der Murdoch-Druckereien außerhalb Londons verlegt, von Oktober bis Dezember wird keine Erhöhung der Löhne gezahlt. Mit dem Abschluß einer Schlichtungsordnung soll die Weiterführung der Produktion bei Auseinandersetzungen sichergestellt werden, wie Murdoch auch keine Lohnfortzahlung bei betrieblichen Streiks zahlen muß, was in der Vergangenheit verschiedentlich durchgesetzt werden konnte. Über die Personalbesetzung im Maschinenraum, wo die meisten Auseinandersetzungen ihren Ausgangspunkt hatten, ist noch keine Einigung zustande gekommen.

HBV-Forderungen im Bankgewerbes

dog. Die Tarife für die 300000 Beschäftigten im Bankgewerbe laufen am 28. Februar aus. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) fordert eine Erhöhung der Gehälter um 7,2%, die überproportionale Anhebung der Tarifgruppen 2 und 3 und die Abschaffung der untersten Tarifgruppe 1. Die Ausbildungsvergütungen sollen einheitlich um 80 DM erhöht werden. Als Einstieg in das Urlaubsgeld will die HBV 350 DM im Tarifvertrag festschreiben, und die Forderung nach 6 Wochen Urlaub soll in zwei Stufen verwirklicht werden. Weiter fordert die HBV Ausgleichszahlungen bei vorgezogener Verrentung und einen Freizeitausgleich für Schichtarbeiter: Für je 120 Nachtdienststunden bzw. 80 Stunden im Vollschichtbetrieb soll eine Freischicht gewährt werden. Durch die tarifvertragliche Begrenzung der Höchstarbeitszeit soll die Zahl der monatlichen Überstunden auf 15 begrenzt werden. Außerdem strebt die HBV Verbesserungen im Rationalisierungsschutz und bei der Einkommenssicherung an.

Tarifforderungen der japanischen Gewerkschaften

dog. Die japanischen Gewerkschaften haben ihre Forderungen für die zum 31.3. auslaufenden Tarifverträge aufgestellt. Die Verträge gelten jeweils vom 1.4. bis zum 31.3. des folgenden Jahres und werden auf Betriebsebene abgeschlossen. Für 1981/82 fordern die 73000 Betriebsgewerkschaften, die in verschiedenen Dachorganisationen zusammengeschlossen sind, eine Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit auf 2000 Stunden, die Einführung eines einheitlichen Pensionsalters von 60 Jahren und eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 10%. Dadurch soll neben dem Ausgleich der Preissteigerungen, die von der Regierung mit 7% angegeben werden, eine Kaufkraftsteigerung von 3% durchgesetzt werden. Ein Sprecher des Kapitalistenverbandes hat erklärt, wegen der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, die sich vor allem in einer relativ geringen Produktivität am Jahresende 1980 ausgedrückt habe, seien Lohnerhöhungen über 6% nicht möglich. 1981/82 müßten die Lohnerhöhungen unter denen des Vorjahres liegen und sollten sich am Anstieg des Bruttosozialprodukts als Maßstab für das Wirtschaftswachstum orientieren. Dieser ist von der Wirtschaftsplanungsbehörde mit 4,7% angegeben worden. – Nach den Zahlen des japanischen Arbeitsministeriums sind die Reallöhne von April bis November 1980 um 1,4% gesunken. Mit 2146 Stunden lag die jährliche Arbeitszeit in Japan über den vergleichbaren Zahlen (USA: 1934, Großbritanien: 1057, Frankreich: 1799, BRD: 1728 Stunden). Nach einem Plan des Arbeitsministeriums soll die Verkürzung der Arbeitszeit auf 2000 Stunden im Jahr durch die Einführung der 5-Tage-Woche, die bisher nur für 23,5% der japanischen Arbeiter gilt, und die Einhaltung des gesetzlich festgelegten Urlaubs bis 1985 erreicht werden.



Am Freitag letzter Woche streikten in Belgien die Beschäftigten der Eisenbahn, stundenweise waren die Postämter und die Ministerien geschlossen. Die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Kapitalisten ergaben, daß das Lohnstopp-Gesetzes nicht in Kraft gesetzt wird. Das gilt allerdings nicht für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Streiks für Streichung der Lohngruppe 2

dog. Die Metallkapitalisten in Schleswig-Holstein weigern sich noch immer, in den Verhandlungen über einen neuen Lohnrahmentarifvertrag die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe 2 anzuerkennen. Wie bei den vorausgegangenen Verhandlungen fanden auch am 5.2. zahlreiche Streiks und Kundgebungen statt. In *Flensburg* verließen die Beschäftigten der Fa. Danfoss um 14 Uhr den Betrieb und demonstrierten durch die Stadt. An einer anschließenden Kundgebung beteiligten sich mehr als 1000. In *Neumünster* nahmen 500 Arbeiterinnen und Arbeiter der Firmen AEG, Sauer und Sohn und Grundfoss an der Protestversammlung der IG Metall teil. In *Rendsburg* veranstaltete die IG Metall eine Kundgebung.

Italien: Streikwelle im öffentlichen Dienst

dog. In Italien haben in der vergangenen Woche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ihre Forderungen mit Kampfmaßnahmen bekräftigt. Das Krankenhauspersonal hat am Mittwoch einen dreitägigen Streik begonnen. Die Beschäftigten verlangen eine bessere Bezahlung der Überstunden und eine Erhöhung der Zuschläge. Die Eisenbahner haben gedroht, in den Streik zu treten, wenn die Regierung sich nicht an die im Tarifvertrag vereinbarten Regelungen hält. Bei den italienischen Fluggesellschaften bereiten die Piloten einen Streik vor, um ihre Forderung nach höherer Bezahlung durchzusetzen.



Am 22.1. hatten die städtischen Arbeiter in Hannover geschlossen gestreikt. Ihre Forderung: Höherstufung aller Arbeiter nach 5 Jahren Beschäftigung um eine Lohngruppe. ÖTV und kommunaler Dienstherr verhandeln gegenwärtig über einen Tarifvertrag für die kommunalen Arbeiter in Niedersachsen. Die Arbeiter waren mit ihren Dienstfahrzeugen vors Rathaus gezogen. Jetzt droht die Stadt mit Lohnabzug und verlangt von der ÖTV Schadenersatz. Am 9.2. streikten die Müllwerker aus Protest erneut. Auf einer Personalversammlung im Fuhramt wurde der Oberstadtdirektor scharf angegriffen.

Kiel. Abteilung Pflegepersonal und medizinisches Hilfspersonal Kreis Kiel: *170 DM mindestens, Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 500 DM.* Arbeitsamt: *150 DM mindestens.* **Neumünster.** Friedr. Ebert Krankenhaus: *Festgeld.* **Hamburg.** Statistisches Landesamt: *220 DM Festgeld.* Allgem. Krankenhaus Barmbeck: *10%, mindestens 200 DM.* St. Georg Krankenhaus: *7%.* Krankenhaus Ochsenzoll: *7%.* UKE: *7%.* Krankenhaus Eibek: *8% und Mindestbetrag.* Krankenhaus Bergedorf: *7%, mindestens 150 DM.* Krankenhaus Heidberg: *200 DM Festgeld, auch für Auszubildende.* Bernadotte-Institut: *7%, mindestens 155 DM.* **Bremen.** Zentralkrankenhaus St. Jürgen Str.: *7%, mindestens 190 DM, Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 600 DM.* Zentralkrankenhaus Links der Weser: *190 DM Festgeld.* Zentralkrankenhaus Ost: *7%, mindestens 175 DM.* **Westberlin.** Unterabteilung Krankenpflege und Gesundheitswesen: *250 DM.* Rudolf-Virchow-Krankenhaus: *250 DM.* Urbankrankenhaus: *250 DM.* Wenkebachkrankenhaus: *250-300 DM.* Auguste-Viktoria-Krankenhaus: *230 DM.* Krankenhaus Neukölln: *200 DM mindestens als Festgeld, Erhöhung der in DM festgelegten Zuschläge um 7%, Erhöhung des Nachtzuschlags auf 2 DM pro Stunde, Freizeitausgleich für Nachtschicht, Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 200 DM.* Klinikum Charlottenburg: *250 DM.* Jüdisches Krankenhaus: *8%, mindestens 180 DM.* Betriebsgruppe beim Senator für Jugend, Familie und Sport: *200 DM Festgeld.* DRK: *200 DM.* TU: *180 DM.* FU: *175 DM.* Bezirksamt Reinickendorf: *350 DM.* Bezirksamt Neukölln: *210 DM.* Bezirksamt Wilmersdorf: *200 DM.* Bezirksamt Charlottenburg: *175 DM.* Berliner Stadt Reinigung (BSR): *9%, mindestens 150 DM.* **Bielefeld.** Landschaftsverband Westfalen-Lippe: *150 DM Festgeld.* **Essen.** BFZ: *8%, mindestens 200 DM.* Fachgruppe Sozialarbeit: *250 DM Festgeld.* **Herne.** GEW: *6%, Sockel 130 bis 150 DM.* **Oberhausen.** Mitgliederversammlung: *7%, mindestens 120 DM, Erhöhung des Urlaubsgeldes um 200 DM.* **Bottrop.** Stadtverwaltung: *7%.* **Duisburg.** Allgemeine Kommunalverwaltung: *200 DM Festgeld.* Kreisdelegiertenkonferenz: *7%.* **Düsseldorf.** Kreisdelegiertenkonferenz: *7%.* **Wuppertal/Niederberg.** Kreisdelegiertenkonferenz: *8%, mindestens 150 DM, höchstens 250 DM.* **Aachen.** Abteilung Sozial- und Erziehungsdienste: *7% der Lohnsumme als Festgeld ausgezahlt.* Stadtverwaltung: *Festgeld.* Vertrauensleute Technische Hochschule: 7% der Lohnsumme als Festgeld ausgezahlt. **Köln.** Kreisdelegiertenkonferenz: *7%, 120 DM mindestens.* **Bonn.** ÖTV-Mitgliederversammlung Rheinische Landesklinik: *8%/150 DM mindestens, höchstens 300 DM.* **Frankfurt.** Flughafen AG: *9%.* Friedhof- und Bestattungsamt: *8%.* Stadtwerke Verwaltung: *8%.* Stadtentwässerungsamt: *7%.* Stadtwerke Verkehr: *7,5%.* Landesversicherungsanstalt Hessen: *10%.* Gartenamt: *Kein Abschluß unter 5,5%.* Stadtwerke Wasser: *7%.* TÜV: *8%.* Arbeiterausschuß: *mehr als 7%.* Landesarbeitsamt: *7%, mindestens 170 DM.* Sozialverwaltung: *7%, mindestens 150 DM.* Hafenbetriebe: *8%, mindestens 160 DM.* Arbeitsamt: *8%, mindestens 200 DM.* Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft: *9,5%, mindestens 230 DM.* Stadtkämmerei, Stadtsparkasse und Steueramt: *7%, mindestens 160 DM.* Stadtwerke Strom: *8,5%, mindestens 150 DM.* Verein Arbeits- und Erziehungshilfe: *7%, mindestens 120 DM.* Umlandverband: *250 DM Festgeld.* Stadtvermessungsamt: *200 DM Festgeld.* Universität: *200 DM Festgeld.* Bundesbank: *150 DM Festgeld.* Amt für Wissenschaft und Kunst: *200 DM Festgeld.* Krankenhaus Höchst: *250 DM Festgeld.* Nordwestkrankenhaus: *190 DM Festgeld.* **Homburg.** Unikliniken: *Festgeld.* Stadt: *Festgeld.* **Heidelberg.** Kreisdelegiertenkonferenz: *204 DM/8,4%.* Universität: *240 DM Festgeld.* Berufsförderungswerk: *10%, mindestens 240 DM.* **Karlsruhe.** Sozialbehörde: *11%, umgerechnet als Festgeld (= 250 DM).* Universität: *250 DM Festgeld.* Landesversicherungsanstalt: *250 DM Festgeld.* Paracelsus Krankenhaus: *180 DM Festgeld.* Vorstand des Kreisfrauenausschusses: *250 DM Festgeld.* Erziehungsheim Bretten: *200 DM Festgeld.* Städtisches Klinikum: *150 DM mindestens, 7%.* **Stuttgart.** Kreisdelegiertenkonferenz: *81 Delegierte für 7%, 81 Delegierte für 220 DM.* Olgahospital: *7%, mindestens 140 DM.* **Tübingen.** Abteilung Gesundheitswesen: *10%, mindestens 200 DM.* **Reutlingen.** Kirchliche Mitarbeiter: *250 DM Festgeld.* **Neckargmünd.** Rehabilitationszentrum: *230 DM Festgeld.* **Freiburg.** Mitgliederversammlung Bund und Land: *7%, mindestens 150 DM, Laufzeit 6 Monate.*

Vor der Forderungsaufstellung im öffentlichen Dienst

SPD als Hauptpropagandist für niedrigen Tarifabschluß / Bundesbank fordert Senkung der Reallöhne / ÖTV-Vorstand will an 7% festhalten

vol. Nach dem Rau-Vorschlag im Dezember hat die SPD im Januar den Grottian-Vorschlag lanciert. In den Haushaltsberatungen sind SPD-Abgeordnete als Anwalt der Lohnabhängigen in den unteren und mittleren Lohngruppen aufgetreten, um für Personalstellenabbau, Beförderungsstopp und einen niedrigen Lohnabschluß Propaganda zu machen. Die Regierungstauglichkeit der SPD hängt nicht unwesentlich von diesem Abschluß in den öffentlichen Diensten ab, weshalb einer nach dem anderen mit einem „sozialen Vorschlag" für die Operation in den Ring steigt. Währenddessen halten sich Baum (FDP) und die CDU vorläufig raus, wenn auch Baum im Parlament sich erneut um die Vergleichbarkeit der hohen Beamtengehälter mit den Managertantiemen in der Wirtschaft sorgte. Diese Angriffsordnung der bürgerlichen Parteien ist für die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst schwierig

Auch nach den immer deutlicher werdenden Krisenerscheinungen und dieser Stoßrichtung des politischen Angriffs von seiten der Sozialdemokratie hat ÖTV-Vorsitzender Kluncker an seiner Linie des 7%-Vorschlags, der auf einen für die Koalition erträglichen Prozentkompromiß rauslaufen soll, festgehalten. In Marburg hat er auf einer ÖTV-Veranstaltung sein Verständnis für andere Vorschläge geäußert, sowohl solche, die im Volumen höher liegen als auch solche, die mit Mindest- oder Festgeldforderungen eine Öffnung des Tarifs nach unten verhindern wollen. Innerhalb der Postgewerkschaft ist die Debatte um die Ersetzung der 7% durch eine Festgeldforderung von 120 bis 150 DM voll im Gang, allerdings werden sich die 7% vorläufig durchsetzen. Die Forderungen von Betriebsgruppen, Vertrauensleuten und Mitgliederversammlungen innerhalb der ÖTV sind ziemlich uneinheitlich. Auf den Kreisdelegiertenkonferenzen scheinen sich allerdings die Alternativen herauszukristallisieren, um die es auch bei den Beratungen in den Hauptvorständen gehen wird. Einerseits eine Unterstützung der Empfehlung der Hauptvorstände von 7%, andererseits die 7% verbunden mit einem Mindestbetrag von 120 bis 150 DM. Dabei ist die Unterstützung für eine Sicherung des Tarifs gegen eine Öffnung nach unten durch Festgeld- oder Mindestbetrag in diesem Jahr weiter gewachsen. Insbesondere in den Arbeiterbereichen der Gemeinden hat es Beschlüsse für Mindestbeiträge gegeben, z.B. bei der Berliner Stadtreinigung mit 9,5%, mindestens 150 DM zum ersten Mal in den letzten Jahren.

Die Bundesbank hat in ihrem Februarbericht den Ländern erneut die Daumenschrauben angelegt, indem sie ihre weitere Kreditwürdigkeit „in hohem Maße von dem Ergebnis der bevorstehenden Tarifverhandlungen" abhängig macht. Gleichzeitig treten die Banker drastisch für eine Lohnsenkung ein, da eine „gewisse Dämpfung der Inlandsnachfrage, speziell im Verbrauchsbereich, ein unerläßlicher Bestandteil des Anpassungsprozesses sei".

Es ist deshalb günstig, wenn in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes schon jetzt mit Umfragen, Untersuchungen und direkten Vorbereitungen die Mobilisierung für den Tarifkampf verbessert wird. Eine Klärung der Grenzen in den Verhandlungen wird diese Vorbereitungen stärken, weil die Beweglichkeit der Belegschaften so erhöht werden kann. Diese sollten bei einem Prozentabschluß die 5% sein, falls dieses Volumen nicht erreicht werden kann, sollte man einen Abschluß von ca. 120 DM in Festgeld ins Auge fassen, um den Tarif von unten her abzuschotten und die Widersprüche unter den bürgerlichen Politikern optimal zu nutzen.

Nach dem bisherigen Verlauf des Tarifkampfes kann es gut sein, daß der öffentliche Dienst und der Metalltarifkampf eine Zeit lang parallel laufen. Dies ist natürlich einerseits günstig, weil man sich so gegenseitig unterstützen kann. Andererseits birgt es die Gefahr, daß die Kapitalisten von der sozialliberalen Koalition den Beweis ihrer Regierungstauglichkeit in Form eines „Beispielabschlusses" im öffentlichen Dienst verlangen, da sie mit ihrem Angriff auf die Metallarbeiter bis jetzt steckengeblieben sind. Die ersten Verhandlungen in den öffentlichen Diensten finden voraussichtlich am 6. März statt, die endgültige Forderung wird am 28. Februar von den Tarifkommissionen beschlossen.

Schätzung des Volumens eines Festgeld- bzw. Prozentabschlusses

vol. Für 1978 gibt das Statistische Bundesamt ein Gesamtvolumen der Personalausgaben im öffentlichen Dienst mit 150,1 Mrd. DM plus 17,74 Mrd. Bundesbahn und 17,81 Mrd. DM Bundespost gleich 185,65 Mrd. DM an. Hochgerechnet auf 1980 anhand der Ausgabensteigerungsraten des Sachverständigengutachtens für die öffentlichen Haushalte von 6,3% 1979 und 8% für 1980 (Lohnerhöhungen und Neueinstellungen) ergibt dies ein Volumen von 213,2 Mrd. DM Gesamtpersonalausgaben 1980. Dies deckt sich mit der Berechnung der FAZ vom 24.12.80, die von einem Volumen von 15 Mrd. DM bei 7%, also Gesamtpersonalausgaben von 214,3 Mrd. DM ausgeht.

In diesen Gesamtpersonalausgaben stecken: die Bruttolöhne der Arbeiter und Angestellten plus dem Arbeitgeberbeitrag" zur Sozialversicherung. Dazu kommen die Gehälter der Beamten und die Ausgaben für die Sozialversicherung der Beamten. Diese haben aber die Sonderform nicht der Beitragszahlungen, sondern der Auszahlungen bei Krankheit (Beihilfen) bzw. Rente (Versorgungszahlungen). Sie tauchen im Bruttolohn der Beamten überhaupt nicht auf, während die Arbeiter und Angestellten die Sozialversicherung (einschließlich Arbeitslosenversicherung) zur Hälfte selber zahlen (ca. 16%). Versucht man also von der Volumenangabe der FAZ oder diesen Gesamtpersonalausgaben auf Festgeld umzurechnen, liegt man immer zu hoch. In der Broschüre „Klassenversöhnung kommt teuer" des KBW von 1976 wird aber so gerechnet: Volumen der Prozentforderung geteilt durch 1,15 (heute 1,16 – 1,17), um die Arbeitgeberbeiträge rauszurechnen, geteilt durch 13, geteilt durch die Gesamtbeschäftigtenzahl. Was herauskommt, ist ein DM-Betrag, in dem noch ein Teil der Ausgaben des Staates für die Versicherung der Beamten enthalten ist, der zu hoch liegt. Will man von den 15 Mrd. für 7% auf eine entsprechende Festgeldforderung umrechenen, muß man die Annahme treffen, daß sich die Gesamtlohnsumme so zwischen Arbeitern, Angestellten zu Beamten aufteilt wie ihre Anzahl (46% Beamte, 54% Arbeiter und Angestellte). Von dem Anteil der Beamten ca. 32% für die Versicherungsleistungen abziehen, von der Lohnsumme für Arbeiter und Angestellte 16%. Dann hat man die Bruttolohnsumme für 7%, die man, geteilt durch die Anzahl der Beschäftigten und 13 Monate, so auf Festgeld umrechnen kann. Dies sind dann 219 DM.

Ein weiterer Fehler in der alten Formel steckt in der Berechnung der Beschäftigtenzahl, wo Vollzeit- und Teilzeitarbeiter nicht vergleichbar gemacht sind. Von 4,4 Mio. Gesamtbeschäftigten 1979 sind 591000 Teilzeitarbeiter. Wir nehmen an, daß 2 Teilzeitarbeiter den Lohn eines Vollzeitarbeiters erhalten, so daß die Gesamtbeschäftigtenzahl 4,1 Mio. nach Umrechnung beträgt.

Will man das Volumen eines Festgeldabschlusses mit einem Prozentabschluß vergleichen, geht die Rechnung umgekehrt. Bei einem Volumen von 15 Mrd. DM für 7% entspricht 1% 2,1 Mrd. DM. 4% wären dann 8,5 Mrd. DM, 5% 10,7 Mrd. DM. Ein Festgeld von 120 DM muß für die 46% der Beamten um 32% erhöht, für die 54% der Arbeiter und Angestellten um 16% erhöht werden, dies wird dann mit 4,1 Mio. Beschäftigten und 13 Monaten malgenommen, dies ergibt ein Volumen von 7,9 Mrd. DM. Für ein Festgeld von 100 DM 6,6 Mrd. DM. Es handelt sich bei all diesen Rechnungen allerdings um Schätzungen, die relativ grob sind.

Die Differenz im Volumen zwischen Festgeld und Prozentabschluß können die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten nutzen, um die Widersprüche im Regierungslager zu schüren und so eine Sicherung gegen Abgruppierung und Öffnung des Tarifs nach unten leichter durchsetzen zu können. Dies wird insbesondere notwendig, wenn bei einem Volumen unterhalb von 5% bei den mittleren und unteren Lohngruppen die Reallöhne stark sinken, weil hier die Inflation am stärksten wirkt.

hung der in DM festgelegten Zuschläge um 7%, Erhöhung des Nachtzuschlags auf 2 DM pro Stunde, Freizeitausgleich für Nachtschicht, Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 200 DM. Klinikum Charlottenburg: 250 DM. Jüdisches Krankenhaus: 8%, mindestens 180 DM. Betriebsgruppe beim Senator für Jugend, Familie und Sport: 200 DM Festgeld. DRK: 200 DM. TU: 180 DM. FU: 175 DM. Bezirksamt Reinickendorf: 350 DM. Bezirksamt Neukölln: 210 DM. Bezirksamt Wilmersdorf: 200 DM. Bezirksamt Charlottenburg: 175 DM. Berliner Stadt Reinigung (BSR): 9%, mindestens 150 DM. Bielefeld. Landschaftsverband Westfalen-Lippe: 150 DM Festgeld. Essen. BFZ: 8%, mindestens 200 DM. Fachgruppe Sozialarbeit: 250 DM Festgeld. Herne. GEW: 6%, Sockel 130 bis 150 DM. Oberhausen. Mitgliederversammlung: 7%, mindestens 120 DM, Erhöhung des Urlaubsgeldes um 200 DM. Bottrop. Stadtverwaltung: 7%. Duisburg. Allgemeine Kommunalverwaltung: 200 DM Festgeld. Kreisdelegiertenkonferenz: 7%. Düsseldorf. Kreisdelegiertenkonferenz: 7%. Wuppertal/Niederberg. Kreisdelegiertenkonferenz: 8%, mindestens 150 DM, höchstens 250 DM. Aachen. Abteilung Sozial- und Erziehungsdienste: 7% der Lohnsumme als Festgeld ausgezahlt. Stadtverwaltung: Festgeld. Vertrauensleute Technische Hochschule: 7% der Lohnsumme als Festgeld ausgezahlt. Köln. Kreisdelegiertenkonferenz: 7%, 120 DM mindestens. Bonn. ÖTV-Mitgliederversammlung Rheinische Landesklinik: 8%/150 DM mindestens, höchstens 300 DM. Frankfurt. Flughafen AG: 9%. Friedhof- und Bestattungsamt: 8%. Stadtwerke Verwaltung: 8%. Stadtentwässerungsamt: 7%. Stadtwerke Verkehr: 7,5%. Landesversicherungsanstalt Hessen: 10%. Gartenamt: Kein Abschluß unter 5,5%. Stadtwerke Wasser: 7%. TÜV: 8%. Arbeiterausschuß: mehr als 7%. Landesarbeitsamt: 7%, mindestens 170 DM. Sozialverwaltung: 7%, mindestens 150 DM. Hafenbetriebe: 8%, mindestens 160 DM. Arbeitsamt: 8%, mindestens 200 DM. Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft: 9,5%, mindestens 230 DM. Stadtkämmerei, Stadtsparkasse und Steueramt: 7%, mindestens 160 DM. Stadtwerke Strom: 8,5%, mindestens 150 DM. Verein Arbeits- und Erziehungshilfe: 7%, mindestens 120 DM. Umlandverband: 250 DM Festgeld. Stadtvermessungsamt: 200 DM Festgeld. Universität: 200 DM Festgeld. Bundesbank: 150 DM Festgeld. Amt für Wissenschaft und Kunst: 200 DM Festgeld. Krankenhaus Höchst: 250 DM Festgeld. Nordwestkrankenhaus: 190 DM Festgeld. Homburg. Unikliniken: Festgeld. Stadt: Festgeld. Heidelberg. Kreisdelegiertenkonferenz: 204 DM/8,4%. Universität: 240 DM Festgeld. Berufsförderungswerk: 10%, mindestens 240 DM. Karlsruhe. Sozialbehörde: 11%, umgerechnet als Festgeld (= 250 DM). Universität: 250 DM Festgeld. Landesversicherungsanstalt: 250 DM Festgeld. Paracelsus Krankenhaus: 180 DM Festgeld. Vorstand des Kreisfrauenausschusses: 250 DM Festgeld. Erziehungsheim Bretten: 200 DM Festgeld. Städtisches Klinikum: 150 DM mindestens, 7%. Stuttgart. Kreisdelegiertenkonferenz: 81 Delegierte für 7%, 81 Delegierte für 220 DM. Olgahospital: 7%, mindestens 140 DM. Tübingen. Abteilung Gesundheitswesen: 10%, min-

nis für andere Vorschläge geäußert, sowohl solche, die im Volumen höher liegen als auch solche, die mit Mindest- oder Festgeldforderungen eine Öff- Banker drastisch für eine Lohnsenkung ein, da eine „gewisse Dämpfung der Inlandsnachfrage, speziell im Verbrauchsbereich, ein unerläßlicher Be- sten finden voraussichtlich am 6. März statt, die endgültige Forderung wird am 28. Februar von den Tarifkommissionen beschlossen.

Schätzung des Volumens eines Festgeld- bzw. Prozentabschlusses

vol. Für 1978 gibt das Statistische Bundesamt ein Gesamtvolumen der Personalausgaben im öffentlichen Dienst mit 150,1 Mrd. DM plus 17,74 Mrd. Bundesbahn und 17,81 Mrd. DM Bundespost gleich 185,65 Mrd. DM an. Hochgerechnet auf 1980 anhand der Ausgabensteigerungsraten des Sachverständigengutachtens für die öffentlichen Haushalte von 6,3% 1979 und 8% für 1980 (Lohnerhöhungen und Neueinstellungen) ergibt dies ein Volumen von 213,2 Mrd. DM Gesamtpersonalausgaben 1980. Dies deckt sich mit der Berechnung der FAZ vom 24.12.80, die von einem Volumen von 15 Mrd. DM bei 7%, also Gesamtpersonalausgaben von 214,3 Mrd. DM ausgeht.

In diesen Gesamtpersonalausgaben stecken: die Bruttolöhne der Arbeiter und Angestellten plus dem Arbeitgeberbeitrag" zur Sozialversicherung. Dazu kommen die Gehälter der Beamten und die Ausgaben für die Sozialversicherung der Beamten. Diese haben aber die Sonderform nicht der Beitragszahlungen, sondern der Auszahlungen bei Krankheit (Beihilfen) bzw. Rente (Versorgungszahlungen). Sie tauchen im Bruttolohn der Beamten überhaupt nicht auf, während die Arbeiter und Ange- von der Volumenangabe der FAZ oder diesen Gesamtpersonalausgaben auf Festgeld umzurechnen, liegt man immer zu hoch. In der Broschüre „Klassenversöhnung kommt teuer" des KBW von 1976 wird aber so gerechnet: Volumen der Prozentforderung geteilt durch 1,15 (heute 1,16 – 1,17), um die Arbeitgeberbeiträge rauszurechnen, geteilt durch 13, geteilt durch die Gesamtbeschäftigtenzahl. Was herauskommt, ist ein DM-Betrag, in dem noch ein Teil der Ausgaben des Staates für die Versicherung der Beamten enthalten ist, der zu hoch liegt. Will man von den 15 Mrd. für 7% auf eine entsprechende Festgeldforderung umrechenen, muß man die Annahme treffen, daß sich die Gesamtlohnsumme so zwischen Arbeitern, Angestellten zu Beamten aufteilt wie ihre Anzahl (46% Beamte, 54% Arbeiter und Angestellte). Von dem Anteil der Beamten ca. 32% für die Versicherungsleistungen abziehen, von der Lohnsumme für Arbeiter und Angestellte 16%. Dann hat man die Bruttolohnsumme für 7%, die man, geteilt durch die Anzahl der Beschäftigten und 13 Monate, so auf Festgeld umrechnen kann. Dies sind dann 219 DM. Ein weiterer Fehler in der alten Formel steckt in der Berechnung der Beschäftigten- Teilzeitarbeiter. Wir nehmen an, daß 2 Teilzeitarbeiter den Lohn eines Vollzeitarbeiters erhalten, so daß die Gesamtbeschäftigtenzahl 4,1 Mio. nach Umrechnung beträgt. Will man das Volumen eines Festgeldabschlusses mit einem Prozentabschluß vergleichen, geht die Rechnung umgekehrt. Bei einem Volumen von 15 Mrd. DM für 7% entspricht 1% 2,1 Mrd. DM. 4% wären dann 8,5 Mrd. DM, 5% 10,7 Mrd. DM. Ein Festgeld von 120 DM muß für die 46% der Beamten um 32% erhöht, für die 54% der Arbeiter und Angestellten um 16% erhöht werden, dies wird dann mit 4,1 Mio. Beschäftigten und 13 Monaten malgenommen, dies ergibt ein Volumen von 7,9 Mrd. DM. Für ein Festgeld von 100 DM 6,6 Mrd. DM. Es handelt sich bei all diesen Rechnungen allerdings um Schätzungen, die relativ grob sind. Die Differenz im Volumen zwischen Festgeld und Prozentabschluß können die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten nutzen, um die Widersprüche im Regierungslager zu schüren und so eine Sicherung gegen Abgruppierung und Öffnung des Tarifs nach unten leichter durchsetzen zu können. Dies wird insbesondere notwendig, wenn bei einem Volumen unterhalb von 5% bei den mittleren und unteren

Tarifverträge auch für kirchliche Mitarbeiter

Gewerkschaftsarbeit in allen Einrichtungen der Kirche!

ink. Es ist uns weder von einer Mitgliedschaft noch von einem Interesse an gewerkschaftlicher Information bekannt. Darum können wir ihren Antrag auf Genehmigung eines ÖTV-Informationsbretts nicht zustimmen. So lautete sinngemäß die Antwort des Verwaltungsleiters am Josef Hospital in Bochum. Träger des über 600 Betten umfassenden Krankenhauses ist der Caritasverband.

So und ähnlich meinen sich die Kirchenfürsten und ihr Anhang im Moment benehmen zu können, weil der gewerkschaftliche Organisationsgrad in kirchlichen Einrichtungen noch gering ist, und damit er so bleibt, strengt der Vorstand der Orthopädischen Anstalten Volmarstein, deren Träger das Diakonische Werk der evangelischen Kirche in Westfalen ist, sogar ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts an, das für das Frühjahr ansteht. Diese Verfassungsbeschwerde wurde eingelegt, nachdem sowohl das Landes- als auch das Bundesarbeitsgericht der Gewerkschaft ÖTV das Zugangsrecht über eine Betriebsgruppe zugesprochen hatte. Über 50000 Beschäftigte kirchlicher Einrichtungen sind heute in der ÖTV organisiert, gegenüber 10000 im Jahre 1976. Und die Angst der Kirchenväter vor der gewerkschaftlichen Organisierung ist berechtigt, denn sie ist der erste Schritt, den tariflosen Zustand in kirchlichen Einrichtungen zu beenden.

Derzeit beschäftigen die Kirchen im Bundesgebiet und in Westberlin über 500000 Lohnabhängige. Mit allen diesen Beschäftigten, ausgenommen die der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, existieren nur Einzelverträge. Zum Tarifvertrag Nordelbien muß man allerdings noch sagen, daß das Recht auf Besoldungskürzung in Notlagen, Zwang zur Kirchenmitgliedschaft, eine unkündbare Schlichtungsvereinbarung, sowie Friedenspflicht der Gewerkschaft aufgezwungen wurden.

Gegen die Forderung nach einem Tarifvertrag, wie ihn sich alle Lohnabhängigen durch ihre Gewerkschaft erkämpft haben, propagiert die Kirche ihren dritten Weg. Der erste Weg ist die ausschließliche Entscheidung durch den Kirchenvorstand. Der zweite Weg ist der Tarifvertrag. Der dritte Weg ist recht kompliziert, dem Inhalt nach aber nichts anderes als der erste.

So sehen die evangelischen Landeskirchen Rheinland, Westfalen und Lippe, ihre Schäfchen durch das Arbeitsrechtsregelungsgesetz (ARRG) auf dem Trockenen zu lassen. Dieses Gesetz sieht die Gründung eines Arbeitsrechtsausschusses vor, der aus 9 abhängig Beschäftigten und 9 Arbeitgebervertretern bestehen soll. Die Interessenvertretung durch die Gewerkschaft ist nach dem ARRG nicht vorgesehen, sondern jeder vertritt seine individuelle Meinung, da er ja auch nicht kontrollierbar und entsendbar ist. Es herrscht das Prinzip der Mehrheitsentscheidung. Darüberhinaus müssen die Mitglieder des Arbeitsrechtsausschusses über besondere Qualitäten verfügen, nämlich zu kirchlichen Ämtern wählbar zu sein. Das ist z.B. der Leiter des Diakonischen Werkes in Dortmund und der Leiter des Berufsbildungswerkes in Volmarstein, die darum auch beide im derzeitigen Ausschuß als Arbeitnehmervertreter sitzen. Bei ergebnislosen Auseinandersetzungen ist ein Schlichtungssausschuß im ARRG vorgesehen, dessen Vorsitzender die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen muß. Erfolgt keine Einigung über den Vorstand, erfolgt die Ernennung durch den Vorsitzenden des kirchlichen Verwaltungsgerichts. Man sieht, es ist zwar sehr umständlich, aber eindeutig.

Ebenso hinterhältig ist der Vorschlag der katholischen Kirche zur Gründung einer Kommission für die Ordnung des diözesanen Arbeitsvertragsrechts (KODA). Diese Kommission ist in NRW mit 30 zu 30 besetzt. Die Mitglieder auf Arbeitnehmerseite müssen auch Kirchenmitglieder sein und wählbar. Es gibt auch einen Vermittlungsausschuß, in dem der vorsitzende Richter nun auch noch katholisch sein muß, und es gibt das letzte Wort – egal auf welchem Weg – vom Bischof.

Überhaupt ist es auch nicht einzusehen, warum man solche Klimmzüge mitmachen soll, wenn man Lohnabhängiger ist wie zig tausend andere. So hatte der Caritasverband 1978 z.B. allein 26000 Einrichtungen in Westdeutschland und Westberlin mit 209012 Ganztags-Beschäftigten, aber davon nur 33069 (etwa 13,5 %) Ordensangehörige. Schließlich ist man in den seltensten Fällen Kindergärtnerin aus Berufung oder Verkündungseifer, sondern weil man so gelernt hat, sein Brot zu verdienen. Das heißt nichts anderes, als seine Arbeitskraft in den Dienst des Arbeitgebers Kirche zu stellen. Jeder kirchlich Beschäftigte ist somit persönlich abhängig. Die Kirche ihrerseits nimmt diese Dienste gegen Lohn und Gehalt entgegen. Solches Verhältnis kann nach gesellschaftlich durchgesetzten Maßstäben nur durch Tarifvertrag geregelt werden. § 1 des Tarifvertragsgesetzes: „(1) Der Tarifvertrag regelt die Rechte und Pflichten der Tarifvertragsparteien und enthält Rechtsnormen, die den Inhalt, den Abschluß und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen, sowie betriebliche und betriebsverfassungsrechtliche Fragen ordnen können." Dagegen hetzt die Kirche als „Fremdbestimmung", obwohl sie andererseits Verbände kirchlicher Mitarbeiter als „Partner" bezeichnet. Weiter leugnet die Kirche die Existenz von Interessengegensätzen und spricht stattdessen von einer „Dienstgemeinschaft". Auch da, wo Kompetenz und Zuständigkeiten im kirchlichen Apparat arbeitsteilig geregelt und je von einander unterschieden sind, wo hier möglicherweise Weisungsbefugnis und dort Ausführungsverpflichtung besteht, wird das Gesamtgefüge der kirchlichen Dienste letztenendes durch die biblische Weisung zusammengehalten: einer ist euer Minister, ihr aber seid alle Brüder." (epd-Dokumentation, 13/78)

Die verspätete Auszahlung von Tariferhöhungen, Kürzung von Weihnachtsgeldern in einigen Kirchenverbänden und die Kürzung der Vertretungsgesetze gegenüber alle anderen Lohnabhängigen spricht deutlich über die Absichten der Kirchenleitung, und es ist ein Witz, sich dann auf himmlische Weisungen zurückziehen zu wollen.

Fortschritte im Kampf um AJZ in der Schweiz

Jugendbewegung im ganzen Land / Entwicklung seit September

acm. Schon seit über 10 Jahren kämpft die Schweizer Jugend um Zentren in Selbstverwaltung. Zu Beginn der siebziger Jahre wurden in mehreren Städten solche durchgesetzt, dann aber wieder von der Bourgeoisie geschlossen. Einen Aufschwung nahm die Bewegung seit 1977. In Zürich wurde in einer Volksabstimmung ein ,,Kultur-, Freizeit- und Bildungszentrum'' eingefordert. 1980 hatte der Kampf für ein ,,Autonomes Jugendzentrum'' (AJZ) seinen Höhepunkt gefunden und breitete sich aufs ganze Land aus, als der Rat das AJZ nach wenigen Wochen wieder gewaltsam schließen ließ (siehe auch KVZ 43/80).

Entwicklung der Kämpfe seit den September-Auseinandersetzungen

1. November: Verhandlungen zwischen der ,,Bewegung'' und dem Gemeinderat von Zürich scheitern, da der Rat keine Wiedereröffnung und Selbstverwaltung zulassen will.
12. November: Der Gemeinderat von Zürich will einen dreijährigen Versuchsbetrieb in der ,,Roten Fabrik'' fördern, aber nur als Jugendkulturzentrum ohne Selbstverwaltung.
15./16. November: Am 15., Aktionstag der kämpfenden Jugend in Zürich, Bern, Basel, Luzern und Lausanne – Demonstrationen und Straßenkämpfe in Zürich. Die Stadt läßt die ,,Rote Fabrik'' für die Jugend schließen und von Polizei umstellen, die Gewerkschaft Druck und Papier stellt der Jugend Räume für ihre Versammlungen zur Verfügung.
22. November: ,,Nationale Kundgebung der Unzufriedenen'' in Bern. Die Forderungen sind: ,,AJZs in der ganzen Schweiz, Rückzug aller Strafverfahren, Demonstrationsrecht ohne Bewilligungsterror.''
12. Dezember: Selbstverbrennung einer Frau in Zürich.
20. Dezember: Zürich. Gerichtsverhandlungen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, Urteilsverkündung auf schriftlichem Wege. Über 700 Anklagen sind mittlerweile anhängig.
24. Dezember: Zürich. Demonstration von ca. 8000 Jugendlichen für AJZ durch die Innenstadt zur Limmatstraße, wo das AJZ von der Polizei besetzt ist. Übergriffe der Polizei, Straßenschlachten und Festnahmen. – Die Sozialdemokratische Partei (SP) verlangt die Wiedereröffnung des AJZ. Ein von der Kirche veranstaltetes Fest über die Weihnachtstage in der ,,Roten Fabrik'' ist mager besucht.
24. Januar: Wieder Aktionen und Demonstrationen in Zürich, Bern, Lausanne und Luzern. In Bern wird die Übergabe der Reithalle als AJZ gefordert, in Lausanne: ,,Freien Zutritt zu allen öffentlichen Gebäuden'' und in Luzern: ,,Gegen Zerstörung von billigem Wohnraum''.
31. Januar: Zürich. Eine verbotene Demonstration gegen ,,Justizrepression und für Straffreiheit für die Jugendbewegung'' wird von der Polizei angegriffen mit Tränengas und Gummigeschossen, die wie oft zu schweren Verletzungen führen.
5. Februar: Bern. Der Rat beschließt, für den Umbau nur eines Teils der Reithalle für ,,ein Jugend-, Kultur- und Versammlungszentrum'' Geld zur Verfügung zu stellen. Offen ist die Frage der Trägerschaft, weil die ,,Bewegung'' keinen Verein bilden will, sondern Autonomie fordert.
7. Februar: Basel. Über 400 Jugendliche demonstrieren für AJZ, der Rektor der Uni läßt die Polizei nicht in die Uni, besteht auf seinem ,,Hausrecht'' und bietet den Jugendlichen Versammlungsräume an.




36 Polizeieinsätze von Juni bis September 1980 allein in Zürich. Materialverbrauch: 3963 Tränengashandwurfkörper, 94 Füllungen für Tränengaswerfer, 601 Tränengaslösungen Wasserwerfer, 189 Dosen Tränengasspray, 1650 Gummi-Schrotladungen

Varianten der Bourgeoisie: Terror oder ,,Befriedung''

Auf der einen Seite hat sie den Polizeiterror gegen die Bewegung verschärft und Schlachten und Massenverhaftungen durchgeführt. Diesen will sie weiterführen in Massenprozessen, teilweise mit über 40 Angeklagten, die ihr aber wegen Boykott von Angeklagten und Verteidigern bisher mißlungen sind. 5 Bezirksanwälte sind allein in Zürich für die Prozesse neu eingestellt worden. Mittlerweile wird versucht, nicht mehr wegen Landfriedensbruch, sondern wegen ,,Aufruhr'' anzuklagen, weil hier höhere Gefängnisstrafen durchgesetzt werden sollen. Auf dem Gesetzeswege hat dafür der Schweizer Bundesrat eigens neue Strafparagraphen geschaffen.

Immer mehr zeichnet sich aber auch eine Linie der ,,Befriedung'' gegenüber der Bewegung ab, denn die Bourgeoisie hat schon große Teile des Volkes gegen sich aufgebracht. So haben in Zürich 4 Bezirksanwälte die Forderungen der Jugend in öffentlichen Aufrufen unterstützt – ein Teil der Journalisten steht mittlerweile auch auf Seiten der Jugendbewegung. In den großen Städten versuchen es die Gemeinderäte vor allem mit dem Mittel der Spaltung – Trennung zwischen *der* Jugend und *den* ,,Kriminellen, Chaoten und Anarchisten'' – und in der Form von Zugeständnissen, die die Bewegung schwächen sollen. Dies meist in der Form von Angeboten, ein Zentrum zur Verfügung zu stellen, aber ohne Selbstverwaltung und nötige Geldmittel. Eine ,,eidgenössische Jugendkommission'', vom Bundesrat bestellt, ist im November in einer Stellungnahme zum Ergebnis gekommen, daß die Jugend gegen die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse eingestellt sei und man unbedingt auf die Bedürfnisse der Jugend ,,einzugehen'' habe, den ,,Dialog'' nicht absterben lassen dürfe und die Anliegen ,,gegen die menschenfeindliche Umwelt'' zum Großteil gerechtfertigt seien. Die Politiker müßten jetzt schnell handeln, sonst sei es zu spät.

Die Bewegung der Jugend hat sich verstärkt

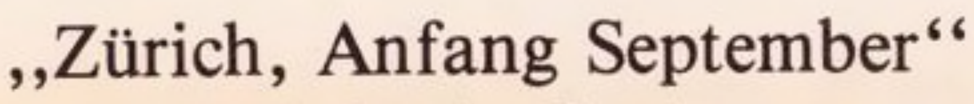
Seit September 1980 ist die Bewegung, trotz Versuchen der Unterdrückung und ,,Befriedung'' eher stärker geworden. Anstrengungen, diese Bewegung einfach als Bewegung von Ausgeflippten und Aussteigern zu behandeln, sind hilflos – ob in der Schweiz oder hier. Allein aus der sozialen Zusammensetzung bei den Angeklagten – über ⅔ sind Lehrlinge, Hilfsarbeiter, Arbeiter und Angestellte – gehen die entscheidenden Träger dieser Bewegung hervor. Die Berufsausbildung hat sich verschlechtert, die Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere in den Zentren des Landes, hat sich erhöht. Linke Organisationen bereiten ein Volksbegehren zur Verbesserung der Berufsausbildung vor, bei dem auch die Kapitalisten zahlen müssen. Die Zentren des Finanzkapitals – wie Zürich – wirken als Explosionspunkte gegen die kapitalistischen Erscheinungen von Elend und Unterdrückung. – Aber Schwächen gibt es, teilweise liegen sie in der Verbindung zu anderen Kämpfen, teilweise in der mangelnden Perspektive der Kämpfe selber, die zwar von der kapitalistischen Gesellschaft ausgehen, ihre Überwindung aber der spontanen Entwicklung der Bewegung überlassen möchten.

,,Zürich, Anfang September''

Gedanken eines Chronisten

bew. Es gehört, denke ich, nicht viel dazu, um vorauszusagen, daß die Jugendlichen, die sich über die Kämpfe der Züricher Jugend informieren wollen, das Suhrkamp-Bändchen ,,Reto Hänny: Zürich, Anfang September'' (edition suhrkamp 1079, Februar 1981) rasch wieder beiseite legen werden. Aber auch wenn man an moderner Literatur interessiert ist und erwartet, mit dem Kauf etwas Lohnenswertes erstanden zu haben, wird man es enttäuscht weglegen.

,,Die Züricher Unruhe in der Sicht eines betroffenen Chronisten'', preist der Suhrkamp Verlag recht großflächig das Buch an. ,,Nichts ist angenehmer,



glockenschlag.'' (J. Joyce, zit. S. 30) ,,Sie wissen gar nicht, wie großartig der Dreck ist.'' (J. Joyce, zit. S. 31) Da frag ich mich doch, was daran großartig ist? Das ist so ziemlich das Bild, das die Bourgeoisie gern über die Jugendlichen verbreitet – Wirrköpfe und Chaoten, die rabiat geworden sind. Das wird von dem Chronisten natürlich liebevoller geschildert als von der Neuen Zürcher Zeitung: der Dschungel der Städte, das Unverständnis des Staates, die wildgewordenen Polizeioffiziere, die Herrschaftsstruktur der Sprache – die haben die Wut der Jugendlichen hervorgerufen. Am Anfang werden auch noch kurz ,,Wohnungsnot und Drogengeschichten'' erwähnt und daß

Thatcher-Regierungs-Pläne: Selbständigkeit der Studentenorganisationen aufheben

arp./acm. Seit Ende letzten Jahres laufen gezielt, gesteuert und angetrieben von der Thatcher-Regierung Bemühungen, die bisherige Organisationsform der ,,Unions'' der Studenten aufzulösen. ,,Unions'' haben etwa die Funktion wie ASten an den deutschen Universitäten. Die einzelnen Posten (10) werden von Studenten besetzt, die

me des einzelnen Fachbereichs und einzelner Studenten lösen zu helfen. In erster Linie organisieren sie politische und kulturelle Veranstaltungen. Um diese Tätigkeiten zu finanzieren, erhalten die einzelnen ,,Societies'' von der ,,Union'' Geld, dessen Menge sich nach der Mitgliederzahl der ,,Societies'' richtet, die meist bedeu-

hängigkeit vom Staatsapparat gebracht werden sollen. Denn gerade bislang besteht die relativ große Autonomie gegenüber staatlichen und universitären Gremien in der Finanzhoheit der ,,Unions''. Die lokalen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, die auf Regierungsebene/(county) Kreisebene organisiert sind, müssen bisher für je-

12. November: Der Gemeinderat von Zürich will einen dreijährigen Versuchsbetrieb in der ,,Roten Fabrik'' fördern, aber nur als Jugendkulturzentrum ohne Selbstverwaltung.
15./16. November: Am 15., Aktionstag der kämpfenden Jugend in Zürich, Bern, Basel, Luzern und Lausanne – Demonstrationen und Straßenkämpfe in Zürich. Die Stadt läßt die ,,Rote Fabrik'' für die Jugend schließen und von Polizei umstellen, die Gewerkschaft Druck und Papier stellt der Jugend Räume für ihre Versammlungen zur Verfügung.
monstrationen in Zürich, Bern, Lausanne und Luzern. In Bern wird die Übergabe der Reithalle als AJZ gefordert, in Lausanne: ,,Freien Zutritt zu allen öffentlichen Gebäuden'' und in Luzern: ,,Gegen Zerstörung von billigem Wohnraum''.
31. Januar: Zürich. Eine verbotene Demonstration gegen ,,Justizrepression und für Straffreiheit für die Jugendbewegung'' wird von der Polizei angegriffen mit Tränengas und Gummigeschossen, die wie oft zu schweren Verletzungen führen.
5. Februar: Bern. Der Rat beschließt,
lungsräume an.
Varianten der Bourgeoisie: Terror oder ,,Befriedung''
Auf der einen Seite hat sie den Polizeiterror gegen die Bewegung verschärft und Schlachten und Massenverhaftungen durchgeführt. Diesen will sie weiterführen in Massenprozessen, teilweise mit über 40 Angeklagten, die ihr aber wegen Boykott von Angeklagten und Verteidigern bisher mißlungen sind. 5 Bezirksanwälte sind allein in Zürich für die Prozesse neu eingestellt worden. Mittlerweile wird versucht, nicht mehr wegen Landfriedensbruch, sondern wegen ,,Aufruhr'' anzuklagen, weil hier höhere Gefängnisstrafen durchgesetzt werden sollen. Auf dem Gesetzeswege hat dafür der Schweizer Bundesrat eigens neue Strafparagra-
den großen Städten versuchen es die Gemeinderäte vor allem mit dem Mittel der Spaltung – Trennung zwischen *der* Jugend und *den* ,,Kriminellen, Chaoten und Anarchisten'' – und in der Form von Zugeständnissen, die die Bewegung schwächen sollen. Dies meist in der Form von Angeboten, ein Zentrum zur Verfügung zu stellen, aber ohne Selbstverwaltung und nötige Geldmittel. Eine ,,eidgenössische Jugendkommission'', vom Bundesrat bestellt, ist im November in einer Stellungnahme zum Ergebnis gekommen, daß die Jugend gegen die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse eingestellt sei und man unbedingt auf die Bedürfnisse der Jugend ,,einzugehen'' habe, den ,,Dialog'' nicht absterben lassen dürfe und die Anliegen ,,gegen die menschenfeindliche Umwelt'' zum Großteil gerechtfertigt seien. Die Politiker müßten jetzt schnell handeln, sonst sei es zu spät.
mensetzung bei den Angeklagten – über ⅔ sind Lehrlinge, Hilfsarbeiter, Arbeiter und Angestellte – gehen die entscheidenden Träger dieser Bewegung hervor. Die Berufsausbildung hat sich verschlechtert, die Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere in den Zentren des Landes, hat sich erhöht. Linke Organisationen bereiten ein Volksbegehren zur Verbesserung der Berufsausbildung vor, bei dem auch die Kapitalisten zahlen müssen. Die Zentren des Finanzkapitals – wie Zürich – wirken als Explosionspunkte gegen die kapitalistischen Erscheinungen von Elend und Unterdrückung. – Aber Schwächen gibt es, teilweise liegen sie in der Verbindung zu anderen Kämpfen, teilweise in der mangelnden Perspektive der Kämpfe selber, die zwar von der kapitalistischen Gesellschaft ausgehen, ihre Überwindung aber der spontanen Entwicklung der Bewegung überlassen möchten.
,,Zürich, Anfang September''
Gedanken eines Chronisten
bew. Es gehört, denke ich, nicht viel dazu, um vorauszusagen, daß die Jugendlichen, die sich über die Kämpfe der Züricher Jugend informieren wollen, das Suhrkamp-Bändchen ,,Reto Hänny: Zürich, Anfang September'' (edition suhrkamp 1079, Februar 1981) rasch wieder beiseite legen werden. Aber auch wenn man an moderner Literatur interessiert ist und erwartet, mit dem Kauf etwas Lohnenswertes erstanden zu haben, wird man es enttäuscht weglegen.
,,Die Züricher Unruhe in der Sicht eines betroffenen Chronisten'', preist der Suhrkamp Verlag recht großflächig das Buch an. ,,Nichts ist angenehmer,
als die Leute in Verwirrung zu bringen'', zitiert Hänny den Dadaisten Tzara am Ende des ersten Teils. Anscheinend hat er sich das auch zum Vorbild für seine Chronik gemacht. Denn so verwirrt kann die ,,Sicht des betroffenen Chronisten'' garnicht sein, als daß hinter der verwirrenden und oft abstrusen Darstellung nicht ein bewußtes Anlehnen an jene Dada-Künstler stände, die am Anfang der 20er Jahre meinten, mit Klamauk und unsinnigen literarischen Ergüssen gegen die Gesellschaft zu rebellieren. Und so etwas wird auch ausgiebig in dem Buch zitiert: ,,DADA, PLESIOSAURUS oder Taschentuch, alles ist relativ, alles ist inkonsequent; alles, was man betrachtet, ist falsch; Dialektik: um den Geist der Pommes frites feilschen, indem man die Methode um sie herumtanzt.
Wenn ich schreie:
Ideal, Ideal, Ideal,
Erkenntnis, Erkenntnis, Erkenntnis,
Bumbum, Bumbum, Bumbum,
habe ich ziemlich genau den Fortschritt, das Gesetz, die Moral und all die anderen schönen Eigenschaften registriert.'' (S. 43)

Jetzt fragt man sich, was das mit den Kämpfen der Züricher Jugend zu tun hat? Das verhält sich so, daß in dem ersten Teil die Dadaisten als fiktive Beobachter der Züricher Kämpfe dargestellt sind. Sie und der Dichter James Joyce. Auch einer jener Künstler, die ihr Unbehagen an der Gesellschaft durch möglichst abstrusen Stil und verworrene Darstellung ausdrückten und ansonsten keine Alternative wußten. ,,welch getöses aufeinanderschlachten von gewillten gen nichtwollende, Brékkek Kékkek Kékkek Kékkek Kékkek Kékkek! Kóax Kóax Kóax! Ualu Ualu! Qoaouauh ... Killykillkilly: ein toten-

glockenschlag.'' (J. Joyce, zit. S. 30) ,,Sie wissen gar nicht, wie großartig der Dreck ist.'' (J. Joyce, zit. S. 31) Da frag ich mich doch, was daran großartig ist? Das ist so ziemlich das Bild, das die Bourgeoisie gern über die Jugendlichen verbreitet – Wirrköpfe und Chaoten, die rabiat geworden sind. Das wird von dem Chronisten natürlich liebevoller geschildert als von der Neuen Zürcher Zeitung: der Dschungel der Städte, das Unverständnis des Staates, die wildgewordenen Polizeioffiziere, die Herrschaftsstruktur der Sprache – die haben die Wut der Jugendlichen hervorgerufen. Am Anfang werden auch noch kurz ,,Wohnungsnot und Drogengeschichten'' erwähnt und daß
es um ,,Räumlichkeiten für Jugendliche und Kulturschaffende'' geht. In diesem ersten Teil erfährt man außer in den Fußnoten so gut wie nichts über die Kämpfe der Jugendlichen, sondern etwas über die recht wirren Auffassungen des Verfassers, dem als Beobachter der Kämpfe doch etwas sein Weltbild durcheinander gekommen ist und das er jetzt mit einer Unmasse von Zitaten von Büchner, Enzensberger, Foucault, Adorno, Barthes, Joyce etc. dem Leser darlegt.

Der zweite Teil ist ein weniger literarisch verbrämter Bericht seiner Verhaftung und seiner Erlebnisse bei der Polizei. Das ist unmittelbar geschrieben und da bekommt man einen Eindruck, mit welcher Brutalität die Polizei gegen die Jugendlichen vorgeht. Da wird detailliert geschildert und da steigt einem die Wut hoch.

Der dritte Teil, eine Tirade unter dem Titel: ,,Freiheit für Grönland – schmelzt das Packeis'' ist ein Mittelding zwischen Gedicht und Prosa. Hier soll scheinbar versucht werden, die Gefühle der Jugendlichen auszudrücken. Das ist trotz aller Geschwätzigkeit doch nur Sprachlosigkeit, die einem entgegenschlägt: Wahnsinn, Rache, Gegenrache, Gewalt der Sprache, Sprach-Verteufelung, Problemverschleierung, Drahtzieherhetze usw. usf. als angebliche Triebkräfte der Jugendlichen und dann zum Schluß die Aufforderung *,,du hast zwar keine Chance, aber nutze sie''* und die aufgeschobene Resignation *,,meine Füße gingen lieber aus der Zeit noch nicht''*. Das ganze ist so fade, weil es letztendlich den Kampf als perspektiv-, weil ziellos darstellt. Erfahren tut man wenig und literarisch ist es auch nicht.

Thatcher-Regierungs-Pläne: Selbständigkeit der Studentenorganisationen aufheben
arp./acm. Seit Ende letzten Jahres laufen gezielt, gesteuert und angetrieben von der Thatcher-Regierung Bemühungen, die bisherige Organisationsform der ,,Unions'' der Studenten aufzulösen. ,,Unions'' haben etwa die Funktion wie ASten an den deutschen Universitäten. Die einzelnen Posten (10) werden von Studenten besetzt, die
vorher von der Studentenschaft in einer Großversammlung gewählt wurden.

Wahlen wie in der BRD, daß mehrere politische Hochschulgruppen Kandidaten aufstellen und die Gruppe, die die Mehrheit hat, dann den AStA stellt, sind in Großbritannien nicht üblich. Die gewählten Studenten (,Executive-Members') werden dann für ein Jahr vom Studium freigestellt und erhalten aus der Kasse der ,,Union'' eine Art Gehalt, von dem sie leben können (Höhe hängt von der Größe der Universität ab).

In den einzelnen Fachbereichen existieren dann sogenannte ,,Societies'', die die Aufgabe haben, Studienproble-

me des einzelnen Fachbereichs und einzelner Studenten lösen zu helfen. In erster Linie organisieren sie politische und kulturelle Veranstaltungen. Um diese Tätigkeiten zu finanzieren, erhalten die einzelnen ,,Societies'' von der ,,Union'' Geld, dessen Menge sich nach der Mitgliederzahl der ,,Societies'' richtet, die meist bedeu-
tend geringer ist, als Studenten an diesem Fachbereich studieren.

Der Plan des britischen Kultusministeriums sieht vor, daß in Zukunft die ,,Unions'' in die einzelnen Universitäten integriert werden, und daß sie, wie jedes einzelne Institut, von der Universitätsverwaltung Geld zugeteilt bekommen. Über die Verwendung muß genauestens Rechenschaft abgelegt werden. Dies läuft darauf hinaus, daß die Geldmittel nicht nur erheblich reduziert werden – was zur Verhinderung politischer Veranstaltungen (z.B. gegen nukleare Aufbereitung, Rassismus, Polizeiwillkür etc.) führen soll –, sondern die ,,Unions'' insgesamt politisch mundtot gemacht und in Ab-

hängigkeit vom Staatsapparat gebracht werden sollen. Denn gerade bislang besteht die relativ große Autonomie gegenüber staatlichen und universitären Gremien in der Finanzhoheit der ,,Unions''. Die lokalen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, die auf Regierungsebene/(county) Kreisebene organisiert sind, müssen bisher für je-
den Studenten etwa 61 Pfund an die einzelnen Universitäten/,,Unions'' (pro Jahr) zahlen. Diese Einrichtungen bezahlen auch die individuell verschiedenen Stipendien oder dem BAföG vergleichbare Gelder und die Studiengebühren (z.Zt. 740 Pfund) an die betreffende Universität. Es sind immer diejenigen ,,counties'' verantwortlich, in dem der Student seinen Hauptwohnsitz hat.

Nachdem die ersten dieser Pläne der Thatcher-Regierung in den Zeitungen publiziert wurden (Anfang Oktober), begann die nationale Studentenorganisation (NUS), eine Demonstration auf nationaler Ebene zu organisieren. Obwohl am 28.11. Schnee und Glatteis im ganzen Land den Verkehr behinderten, fanden sich in London ca. 25000 Demonstranten ein, während es in Glasgow nochmals 5000 waren, die den weiten Weg nach London nicht angetreten hatten. – Nach diesen Demonstrationen hat die Bewegung gegen die Pläne der Regierung aber noch keine weiteren sichtbaren Fortschritte gemacht. So ist es z.B. konservativ-reaktionären Studentengruppen auch an einigen Universitäten gelungen, daß die ,,Unions'' aus der NUS austreten. Die NUS und die ,,Unions'' haben bislang noch zu keiner einheitlichen Richtung im Kampf gefunden, so daß die Thatcher-Regierung mit ihren Plänen vorderhand noch in der Initiative ist. Deren wütende Angriffe gegen *alle* sozialen Errungenschaften des Volkes werden sich wohl noch verschärfen. Dies kann jetzt schon im Sozial- und Bildungsbereich beobachtet werden, wo z.T. Kürzungen von über 30% schon in Angriff genommen oder noch geplant sind.



Die Zöglinge der Bourgeosie – gezüchtet auf den Privatschulen Englands. Nur etwa 4% aller Schüler sind auf diesen ,,Public Schools'', dennoch stellen sie dann ein Fünftel aller Universitätsstudenten, in Oxford und Cambridge sind es über50%. Die Schüler über sich: ,,Wir produzieren hier Führer'', und ,,Wir haben die bessere Erziehung, daher haben wir auch das Recht auf bessere Jobs''. – Die Konservativen pflegen diese Schulen, aber die Kinder aller Politiker sind an diesen Schulen. – Herrschaft verpflichtet.

Kieler Stadthaushalt 1981: Sinkendes Volumen – versuchte Konsolidierung über Gebührenerhöhungen

reh. Eine Senkung des Stadthaushaltes hat die Kieler Ratsversammlung am 13.2. beschlossen. Der Gesamthaushalt mit 669,5 Mio. DM ist mit 1,2 Mio. DM oder 0,2% niedriger als der Haushalt 1980. Der Verwaltungshaushalt steigt mit 15,1 Mio DM (2,9%) auf 539,7 Mio. DM, der Vermögenshaushalt sinkt um 16,3 Mio DM (11,2%) auf 129,8 Mio. DM.

In die Eröffnungsreden der Fraktionsvorsitzenden plazierten Schilkseer Jugendliche ihre Forderungen zum Haushalt: Mit Megaphon und Flugblättern verlangten sie unüberhör- und -sehbar ein Jugendzentrum in Schilksee. Das paßte nicht ins Haushaltskonzept. Die Sitzung mußte unterbrochen werden, der Saal wurde geräumt. Eine Woche zuvor hatten 27 Jugendliche aus Kronsburg in einem Leserbrief an die Kieler Nachrichten die Stadt angegriffen und ein Jugendzentrum in ihrem Stadtteil gefordert. Ca. 30 Punker hatten Ende Januar in einer Presseerklärung von der Stadt Räumlichkeiten für sich verlangt. Kein Pfennig wurde für diese Interessen der Jugendlichen im Haushalt zum Ansatz gebracht. Gekürzt wurde stattdessen der Ausbau des Mettenhofener Jugendzentrums um 20000 DM.

Ebenfalls gekürzt wurden die Zuschüsse zum Schulessen an Ganztagsschulen. Zuvor wurde der Zuschuß für eins von drei Kindern in Höhe von 1 DM/Essen bezahlt, für das vierte und jedes weitere Kind wurde der Essenspreis von der Stadt Kiel getragen. Die neue Regelung sieht vor, den 1 DM-Zuschuß nur noch für eins von vier Kindern zu geben und den vollen Essenspreiszuschuß zu streichen.

Als großherzig wurde der Ratsbeschluß in der bürgerlichen Presse gefeiert, daß die Elternbeiträge für die Kindertagesheime um „weitere" 10% gesenkt werden sollen. Was dabei verschwiegen wird: 1979 hatte die Ratsversammlung beschlossen, die Gebühren der Eltern in Richtung „Nullbeitrag" zu senken. Die Senkung sollte für 1979 und 80 jeweils 25% betragen, die erwarteten Beiträge wurden entsprechend auf 861100 DM bzw. 574100 DM berechnet. Eingenommen wurden dann aber 990683 DM bzw. 930000 DM. Die 10%-Kürzung bezieht sich jetzt auf das Ergebnis von 1980, so daß im Haushalt Elternbeiträge von 870000 DM veranschlagt sind, also mehr als 1979 versprochen.

Das sind Beispiele, die als Ergebnisse der Ausschußberatungen und -beschlüsse durchgesickert sind. Liegt der Gesamthaushalt für die Öffentlichkeit vor, werden voraussichtlich eine ganze Reihe anderer Maßnahmen deutlich, mit denen die Volksmassen geschröpft und betrogen werden sollen zum Zwecke der Konsolidierung des Krisenhaushaltes.

Haushalt und Stadtentwicklung dienten „dem Ziele der nachhaltigen Daseinsfürsorge für unsere Bürger", war der Begleittext für den Haushaltsplan 1980. Ähnlich ist die Begründung, daß trotz Krisenhaushalts ein Investitionsprogramm von 150 Mio. DM beschlossen wurde. Eckdaten dieser Investitionen sind Ausgaben für die Sanierungsgebiete der Stadt. Die Umsiedlung von Betrieben aus dem Bereich Schlachthof/Hörn wird z.B. mit 3,55 Mio. DM bezuschußt. Entstehen soll dann dort eine weitere Büro- und Verwaltungsbauwüste. Wenn das Projekt ähnlich verläuft, wie die Sanierung südliche Innenstadt (Sophienblatt), wo seit nahezu 10 Jahren auf die Ansiedlung von Geschäften spekuliert wird, dürfte das Gelände auf Jahre Sandwüste bleiben. Wohnungsdezernent Lüth hatte während der Beratungen beklagt, daß das Wohnungsbauprogramm zu niedrig sei, angesichts der Tatsache, daß seinem Amt mehr als 4000 Anträge auf Sozialwohnungen vorlägen. Darüber wurde ohne weiteres hinweggegangen. Stattdessen wurde von Wirtschaftsdezernent Moll „eine angepaßte Bodenpreispolitik" der Stadt gefordert, als das „entscheidendste Instrument der Kieler Wirtschaftspolitik".

Was sind die Forderungen der Werktätigen nach Mindestbedingungen der Reproduktion, nach besseren Lebensbedingungen, gegen die Ansiedlung von Kapital, das höhere Einkommenssteueranteile und mehr Gewerbesteuer verspricht. Nicht nur gute Gehälter und Zusatzschmierungen über Aufsichtsratsbezüge u.ä. lassen die übergroße Zahl der Ratsherren den Kapitalinteressen folgen. Ein weiteres Moment ist die Kreditierung der Haushalte durch das Finanzkapital. Kredite müssen für Investitionsvorhaben ausgegeben werden und sind an Bedingungen geknüpft, die als „Sicherheiten" in nichtöffentlichen Verhandlungen von den Banken diktiert werden.

Beschlossen hat die Ratsversammlung für 1981 eine Neuverschuldung von 34,9 Mio. DM, 1983 auf 72,8 Mio. DM und 1984 auf 55,3 Mio. DM. Soll das Mittelfristige Investitionsprogramm eingehalten werden, müßte die Kreditaufnahme 1982 auf 73,9 Mio. DM, 1983 auf 72,8 Mio. DM und 1984 auf 55,3 Mio. DM steigen.Das hält selbst Kämmerer Hochheim für unvertretbar. Bereits jetzt zeichnet sich ab, daß die Landesregierung eine weitere Verschuldung Kiels nur unter Einhaltung bestimmter Bedingungen zulassen wird.:

„Ist eine Gemeinde nicht in der Lage, die Ausgaben für ordentliche Tilgungen voll aus Einnahmen des Verwaltungshaushaltes zu erwirtschaften, wird sie in der Regel weitere Kreditaufnahmen erst nach einer fühlbaren Entspannung ihrer Haushaltssituation tätigen können" (Runderlaß des Innenministers v. 6.5.76). Hochheim hat vorgerechnet, daß bei gegenwärtigem Stand der Dinge, für 1982 eine Unterdeckung von 2,2 Mio. DM und für 1984 von 2,7 Mio. DM zu erwarten sei. Die drastischen Gebührenerhöhungen, die zum größten Teil zum 1.7.81 in Kraft treten sollen, machen deutlich, zu wessen Lasten die „fühlbare Entspannung" der Haushaltslage herbeigeführt werden soll. Zur politischen Entspannung in der Stadt Kiel wird das Rezept ganz sicher nicht führen.

Vorbereitungen für die Brokdorf-Demonstration

wiv. Am 10.2. trafen sich in der Universität rund 40 Kernkraftwerks-Gegner in Fortsetzung der bisherigen Treffen zur Vorbereitung der Großdemonstration am Bauplatz in Brokdorf. Zunächst wurde von den wichtigsten Ergebnissen der Vorbereitungskonferenz in Brokdorf am 7.2. berichtet. Als besonders positiv wurde vermerkt, daß diesmal sehr solidarisch diskutiert wurde mit dem spürbaren Willen, tatsächlich zu einer einheitlichen Großdemonstration zu kommen.

Unterschiedliche Auffassungen gab es am 10.2. über die Prizipien bei der Vorbereitung und Durchführung der Großdemonstration. Während einige *grundsätzlich* die zu treffenden Entscheidungen nur über das offene „Brokdorf-Plenum" bzw. über „große Versammlungen" als demokratisch und auch nützlich ansahen, traten andere für das Delegiertenprinzip in Form von Aktionseinheitsgremien ein. Offene Arbeitsgruppen zu Sachfragen (Verkehrs-, Sani-, Ermittlungsausschuß) wie auch Mobilisierungsveranstaltungen sollen selbstverständlich auch stattfinden. Mit demokratischer Entscheidungsfindung hat die zweite Positon mehr zu tun als das vermeintlich „basisdemokratische", denn dieses produziert sowohl beständige Zufallsentscheidungen als auch leicht putschartiges Vorgehen ermöglicht wird. Man braucht halt nur viele hinschicken, wenn's um wichtige Abstimmungen geht. Beim zweiten Verfahren ist es hingegen möglich, auf Grundlage von Mandaten der jeweilig beteiligten Organisationen zu diskutieren. Das ist politisch verbindlicher und auch sehr viel repräsentativer. Die Bewegung gegen den Bau des KKW Brokdorf ist nun mal um ein vielfaches größer als die Zahl derjenigen, die gerade zu einer Veranstaltung kommen können. Im übrigen ist auch in so einem Rahmen die Beteiligung Unorganisierter zu gewährleisten. Man muß es nur wollen.

Geklärt wurde, daß nahezu alle Initiativen und Organisationen zur Veranstaltung der SPD in der Ostseehalle gehen. Die AGU hat bereits eine Standgenehmigung für die Vorhalle bekommen. Kommen werden auch einige Vertreter der Kläger und viele Gewerkschafter. Die Veranstaltung soll genutzt werden, um die einzig richtige und politisch notwendige Position dort zu vertreten, nämlich Beteiligung an der Demonstration am Bauplatz

Der ASTA der Universität Kiel hat vom Studentenparlament den Auftrag erhalten, sich an der Vorbereitung der Demonstration zu beteiligen. Darüber

Demonstrationen der Bauern in Schleswig-Holstein



Hell: Die gewerkschaftliche Organisierung stärken

weg. „Siemens stellt sich auf einen ruhigeren Geschäftsverlauf ein", heißt es in der neuesten Information für Siemens-Aktionäre vom 10.2. Es folgen einige lesenswerte Zahleninformationen, die einen Maßstab dafür abgeben, wie es mit dem Grad der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bei Siemens steht. 345 Tsd. müssen gegenwärtig ihre Arbeitskraft an die Siemens-Aktionäre verkaufen, 233 Tsd. davon im Inland. Von jedem (!) dieser Beschäftigten haben die Aktionäre 1626 DM, zusammen 141 Mio., als „Gewinn nach Steuer", also das, was sich absolut nicht mehr anders tarnen ließ, eingesackt. Die finanzierten Geschäftsvillen und horrenden Gehälter der oberen Etagen (ein Vorstandsmitglied verdiente '79 laut „Capital" durchschnittlich: 49000 DM/Monat), sind dabei ebenfalls noch nicht einmal berücksichtigt! Trotzdem: zu wenig!, klingt es aus der Anzeige. Im letzten Jahr war die Rendite noch um knapp ein Drittel höher ausgefallen – Löhne und Ge-

und geeigneter Halb- und Fertigprodukte auf einfache Arbeit reduziert. In der Fertigung gibt es inzwischen ganze Abteilungen, in der heute anstatt Facharbeitern mit LG 6 und 7, Frauen mit LG 2 oder 3 dieselbe Produktion machen. Wird hier der Lohn besonders durch die steigende Arbeitslosenzahl bedroht, wirkt von hier aus auch ein Sog auf die dann folgenden Lohngruppen. Jede neue NC-Maschine bedroht auf Dauer die erkämpfte Lohngruppe des alten Arbeitsplatzes. Je weiter die Rationalisierung fortschreitet, desto frecher wird die Geschäftsleitung: jetzt versucht sie schon Facharbeiter für LG 5 einzukaufen, um letztlich das Gesamtlohnniveau um eine bis zwei Lohngruppen zu senken.

Gegen all diese Maßnahmen ist von Seiten der organisierten Arbeiterschaft, und nur sie ist dazu in der Lage, wirkungsvoller Widerstand notwendig. Nun ist die IGM – allein im Raum Kiel sind 18000 Mitglieder – zwar die größte Einzelgewerkschaft der Welt,

schulen. Zuvor wurde der Zuschuß für eins von drei Kindern in Höhe von 1 DM/Essen bezahlt, für das vierte und jedes weitere Kind wurde der Essenspreis von der Stadt Kiel getragen. Die neue Regelung sieht vor, den 1 DM-

dienten „dem Ziele der nachhaltigen Daseinsfürsorge für unsere Bürger", war der Begleittext für den Haushaltsplan 1980. Ähnlich ist die Begründung, daß trotz Krisenhaushalts ein Investitionsprogramm von 150 Mio. DM be-

Aufsichtsratsbezüge u.ä. lassen die übergroße Zahl der Ratsherren den Kapitalinteressen folgen. Ein weiteres Moment ist die Kreditierung der Haushalte durch das Finanzkapital. Kredite müssen für Investitionsvorhaben aus-

Kraft treten sollen, machen deutlich, zu wessen Lasten die „fühlbare Entspannung" der Haushaltslage herbeigeführt werden soll. Zur politischen Entspannung in der Stadt Kiel wird das Rezept ganz sicher nicht führen.

ses produziert sowohl beständige Zufallsentscheidungen als auch leicht putschartiges Vorgehen ermöglicht wird. Man braucht halt nur viele hinschicken, wenn's um wichtige Abstimmungen geht. Beim zweiten Verfahren ist es hingegen möglich, auf Grundlage von Mandaten der jeweilig beteiligten Organisationen zu diskutieren. Das ist politisch verbindlicher und auch sehr viel repräsentativer. Die Bewegung gegen den Bau des KKW Brokdorf ist nun mal um ein vielfaches größer als die Zahl derjenigen, die gerade zu einer Veranstaltung kommen können. Im übrigen ist auch in so einem Rahmen die Beteiligung Unorganisierter zu gewährleisten. Man muß es nur wollen.

Geklärt wurde, daß nahezu alle Initiativen und Organisationen zur Veranstaltung der SPD in der Ostseehalle gehen. Die AGU hat bereits eine Standgenehmigung für die Vorhalle bekommen. Kommen werden auch einige Vertreter der Kläger und viele Gewerkschafter. Die Veranstaltung soll genutzt werden, um die einzig richtige und politisch notwendige Position dort zu vertreten, nämlich Beteiligung an der Demonstration am Bauplatz

Der ASTA der Universität Kiel hat vom Studentenparlament den Auftrag erhalten, sich an der Vorbereitung der Demonstration zu beteiligen. Darüber

Demonstrationen der Bauern in Schleswig-Holstein



Hell: Die gewerkschaftliche Organisierung stärken

weg. „Siemens stellt sich auf einen ruhigeren Geschäftsverlauf ein", heißt es in der neuesten Information für Siemens-Aktionäre vom 10.2. Es folgen einige lesenswerte Zahleninformationen, die einen Maßstab dafür abgeben, wie es mit dem Grad der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bei Siemens steht. 345 Tsd. müssen gegenwärtig ihre Arbeitskraft an die Siemens-Aktionäre verkaufen, 233 Tsd. davon im Inland. Von jedem (!) dieser Beschäftigten haben die Aktionäre 1626 DM, zusammen 141 Mio., als „Gewinn nach Steuer", also das, was sich absolut nicht mehr anders tarnen ließ, eingesackt. Die finanzierten Geschäftsvillen und horrenden Gehälter der oberen Etagen (ein Vorstandsmitglied verdiente '79 laut „Capital" durchschnittlich: 49000 DM/Monat), sind dabei ebenfalls noch nicht einmal berücksichtigt! Trotzdem: zu wenig!, klingt es aus der Anzeige. Im letzten Jahr war die Rendite noch um knapp ein Drittel höher ausgefallen – Löhne und Ge-

und geeigneter Halb- und Fertigprodukte auf einfache Arbeit reduziert. In der Fertigung gibt es inzwischen ganze Abteilungen, in der heute anstatt Facharbeitern mit LG 6 und 7, Frauen mit LG 2 oder 3 dieselbe Produktion machen. Wird hier der Lohn besonders durch die steigende Arbeitslosenzahl bedroht, wirkt von hier aus auch ein Sog auf die dann folgenden Lohngruppen. Jede neue NC-Maschine bedroht auf Dauer die erkämpfte Lohngruppe des alten Arbeitsplatzes. Je weiter die Rationalisierung fortschreitet, desto frecher wird die Geschäftsleitung: jetzt versucht sie schon Facharbeiter für LG 5 einzukaufen, um letztlich das Gesamtlohnniveau um eine bis zwei Lohngruppen zu senken.

Gegen all diese Maßnahmen ist von Seiten der organisierten Arbeiterschaft, und nur sie ist dazu in der Lage, wirkungsvoller Widerstand notwendig. Nun ist die IGM – allein im Raum Kiel sind 18000 Mitglieder – zwar die größte Einzelgewerkschaft der Welt,

hälter seien zu hoch.

Mit dem oben erwähnten „ruhigen Geschäftsverlauf" ist wahrscheinlich zweierlei gemeint: zum einen sollen die Aktionäre beruhigt werden, denn Siemens liegt noch deutlich über den durchschnittlichen Zuwachsraten der Gesamtindustrie, und zum anderen spekuliert der Vorstand auf Senkung des Realeinkommens großer Teile der Arbeiterbevölkerung in den nächsten Tarifrunden. Die bundesweite Marschrichtung der Kapitalistenverbände ist klar: Reallöhne und -gehälter sollen nachhaltig gesenkt, Intensität und Dauer der Arbeit sollen erhöht werden. Wie dies auf Ebene des einzelnen Betriebes abläuft, zeigt sich auch bei Hell immer deutlicher. Die Produktivität soll unter allen Umständen erhöht werden – komplizierte Arbeit wird durch Einsatz moderner Maschinerie

ihre Kraft kann jedoch nur dann zur Entfaltung kommen, wenn sich die Belegschaften um die IGM und den Betriebsrat zusammenschließen und selber z.B. über die Vertrauensleute initiativ werden. Für Hell, mit nur rund 25% Gewerkschaftsmitgliedern, heißt dies zunächst, daß sich möglichst viele Kolleg(inn)en in der IGM organisieren!

Auf den neu zu wählenden Betriebsrat werden schwere und komplizierte Aufgaben zukommen. Die Bedeutung der Vertrauensleute als Verbindungsglied zur Belegschaft wird daher um so wichtiger sein. Daher: Keine Abteilung ohne Vertrauensmann! Arbeiter und Angestellte sollten Kollegen und Kolleginnen wählen, die erfahren und kampfentschlossen ihre Interessen vertreten – die Zeit der persönlichen Kungelei auf Geschäftsreisen ist endgültig vorbei!

hinaus finden noch verschiedene Aktionen statt, z.B. Stand der ESG am 21.2. in der Innenstadt. Diese Aktivitäten und die Durchführung noch möglicher Beschlussfassungen sind nützlich und notwendig für den Aufbau einer schlagkräftigen Aktionseinheit.



sal. Überall in Schleswig-Holstein fanden am Samstagvormittag Bauerndemonstrationen und -kundgebungen statt, die vom Deutschen Bauernverband organisiert worden waren. Bei diesen wurden u.a. eine ausreichende Erhöhung der Erzeugerpreise und die Beseitigung der überhöhten Mehrwertsteuerbelastung bei Betriebsmitteln gefordert.

In Schleswig nahmen annähernd 3000 an der Kundgebung teil, viele Bauern waren mit ihren Traktoren gekommen. Auf der Kundgebung sprachen Vertreter des Bauernverbandes, der Landjugend, der Landfrauen sowie des ländlichen Handwerks und Handels. Die meisten Traktoren waren mit Transparenten oder Schildern geschmückt. Die Bilder zeigen die Kundgebung und die Traktorenkolonne in Schleswig.

Siemens-Aktien: Arbeiter und Angestellte reingelegt?

weg. Der W. von Siemens-Ring-Träger und kurz darauf auch Träger des Bundesverdienstkreuzes – zwar mit Stern, aber ohne Schwerter und Brillianten – hat, wie man jetzt auch beiläufig erfahren hat, auch seine letzten 20% an Siemens verscherbelt. Einmal mehr wurden Arbeiter und Angestellte gleich mit verkauft. Ob sie es nun wollten oder nicht, der „geniale Greis" hat es so für richtig befunden – Arroganz des Kapitals. Hatte der „alte Hell" schon immer „ein besonderes Verhältnis zu seinen Mitarbeitern" – er kontrollierte sie auf Schritt und Tritt – hat die jetzt 100%ige Mutter auch ihre Eigenarten: Aus der oben genannten „Information..." kommt unter anderem ans Licht, daß die Aktien, die viele Belegschaftsmitglieder Ende '80 zum angeblich „günstigen Kurs von 156 DM / Aktie" gekauft haben, den Stammaktionären zum Stückpreis von 100 DM verkauft wurden. – Da kann man nur sagen, nicht nur R. Hell versteht es, aus seinen „geliebten Mitarbeitern" bei jeder sich bietenden Gelegenheit Profit zu schlagen.

Veranstaltungen/Aktionen

Kiel

Di., 17.2. „Brokdorf-Plenum": Debatte über die Ergebnisse der Bundeskonferenz, Vorbereitungen für die Demonstration
Ort: 20.00 Uhr, wahrscheinlich Hörsaal 38 A, Universität
vorher findet ab 18.30 Uhr ein Aktionseinheitstreffen zur Vorbereitung des Plenums statt
Do., 19.2. SPD – Veranstaltung zu Brokdorf
Ort: 19.30 Uhr, Ostseehalle
Mo., 23.2. Mobilisierungsveranstaltung zur Demonstration
Ort: 19.30 Uhr, Waidmannsruh, Eckernförder Str.
Di., 24.2. Podiumsdiskussion, veranstaltet von den Grünen; eingeladen sind Jansen (SPD), Storim (Autonome Hamburg), Lars Hennings (BUU Krempe), ein Brokdorf-Kläger sowie ein Vertreter der Grünen
Ort: 20.00 Uhr, Audimax, Universität

Lübeck

Sa., 21.2. Demonstration in Lübeck
Ort: 11.30 Uhr, Treffpunkt Breite Straße/Kornmarkt, Endpunkt der Demonstration und Abschlußkundgebung am NWK – Gebäude

GEW-Demonstration für Arbeitszeitverkürzung



Mehr als 1.000 Teilnehmer zählte die Demonstration für die Verkürzung der Lehrerarbeitszeit, zu der die GEW am 13.2.1981 landesweit nach Kiel aufgerufen hatte. Während seit sechs Jahren die 40-Stunden-Woche allgemein im Öffentlichen Dienst eingeführt ist, sind die Lehrer als einzige von dieser Beschränkung der Arbeitszeit ausgeschlossen, sie arbeiten durchschnittlich 45 Stunden pro Woche. Diese Überlastung der Lehrer geht auch auf Kosten der Qualität des Unterrichts. Die Gewerkschaft hat errechnet, daß 3000 arbeitslose Lehrer einen Arbeitsplatz erhalten könnten, wenn jeder Lehrer nur eine Stunde weniger Unterricht gäbe.

Keine Fahrpreiserhöhungen, keine Gebührenerhöhungen!

pes. Es sei eine ,,wirklich schwerwiegende Frage, ob man den politisch Verantwortlichen die letzte Entscheidung über die Tarife läßt oder nimmt, ob sie – auch in schwierigen Zeiten – die gesamte Verantwortung weitertragen oder nicht'', äußerte sich der Wirtschaftsdezernent Hans Moll gegenüber den Kieler Nachrichten. Er sei jedenfalls dafür, die Entscheidungen über die Preise der VVK den Aufsichtsräten zu überlassen und die Stadt aus der politischen Verantwortung zu nehmen. Es ist dies ein vordergründiger Vorschlag, denn durch die 100 %ige Beteiligung und ihre personelle Besetzung der Aufsichtsratsgremien ist die Stadt Kiel sowieso verantwortlich für die Preisgestaltung bei der VVK. Moll meint, mit einer Änderung des Gesellschaftsvertrages, der die Zustimmung der Ratsversammlung zu Tarifänderungen der KVAG und Stadtwerke vorschreibt, würden bei alleiniger Beschlußfassung der Aufsichtsräte die betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte mehr ins Gewicht fallen.

Dazu muß man erstmal feststellen, daß keineswegs die VVK für die Stadt ein Zuschußunternehmen ist, wie es bei jeder Tariferhöhung gern dargestellt wird. Mit einem Jahresüberschuß von 1,2 Mio. DM im letzten Geschäftsjahr wurde der Bilanzverlust von 15,6 auf 14,4 Mio. DM gesenkt. Dieser Verlust geht auf das Defizit bei der KVAG zurück. Diesem Bilanzverlust stehen Abgaben an die Stadt als Konzessionsabgaben von schätzungsweise 19 Mio. DM gegenüber. Wo dabei das Zuschußgeschäft für die Stadt Kiel sein soll, muß erst noch mal vorgerechnet werden. Seit 1960 hat die Stadt über 180 Mio. DM an Gewinnabführung und Konzessionsabgaben aus der VVK gezogen. Diesem Betrag steht der Bilanzverlust von 14,4 Mio. DM gegenüber.

Darüber hinaus stellt sich aber die Frage, ob es nicht richtig ist, sowieso für die gebührenfreie Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel einzutreten und für die Abschaffung aller Gebühren, die die Stadt Kiel erhebt, von der Gebühr für die Ausstellung eines Reisepasses bis zu den Eintrittspreisen für die Freibäder und Schwimmhallen, zu sein. Mit Steuermitteln erstellt die Stadt Einrichtungen, die zur Reproduktion der Volksmassen unverzichtbar sind, mit Steuermitteln hält sie diese instand. Weil den Kommunen nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen und weil ein Großteil dieser Steuergelder für die Förderung der Kapitalisten ausgegeben wird (s. Artikel zum Stadthaushalt in dieser Nr. der KVZ) nutzt die Stadt ihr Monopol, um diese Einrichtungen ,,kostendeckend'' zu machen – über Gebühren.

Die städtischen Verkehrsbetriebe sind notwendig für die Volksmassen, um die Arbeitskraft verkaufen und reproduzieren zu können. Immer mehr Bereiche der Reproduktion werden durch den Staat direkt übernommen und organisiert. Das ist mit dem ÖPNV nicht anders als mit Schulen oder Bibliotheken. So ist es nicht einzusehen, warum die Volksmassen, die den Staatsapparat mit seinen Einrichtungen über die Steuern finanzieren, auch noch über Gebühren für ,,positive Betriebsergebnisse'' staatlicher Einrichtungen sorgen sollen.

Gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der KVAG haben die Grünen gegenwärtig eine Unterschriftensammlung initiiert. Die Erhöhungen seien ,,untragbar, da zum einen von dieser Maßnahme in erster Linie sozial Benachteiligte (Rentner, Schüler usw.) betroffen werden und zum anderen das aus ökologischen Gründen (Energieeinsparung, Reduzierung von Lärm und Abgasen) notwendige Umsteigen vom PKW auf öffentliche Nahverkerkehrsmittel erschwert wird'', heißt es im Text der Unterschriftenliste. Diese Initiative unterstützt der KBW und regt an, eine Aktionseinheit unter der Forderung ,,Keine Fahrpreiserhöhungen bei der KVAG'' zu bilden, um noch möglichst vor dem Beschluß der Ratsversammlung und zeitig vor dem geplanten Inkrafttreten der Gebührenerhöhungen eine Front zur Verhinderung der Erhöhungen aufzubauen.

Jungsozialisten rücken vom Minderheiten-ASTA-Konzept ab

ang. Die Jungsozialisten der Universität haben in der letzten Woche ihren Beschluß, auf einen Juso-Minderheiten-ASTA hinzuarbeiten, revidiert. Bis 4.00 Uhr nachts sollen sie sich in den Haaren gelegen haben, ehe diese Entscheidung wohl mit ziemlich knapper Mehrheit gefallen ist. Vorher war es zu öffentlichem Krach innerhalb der Juso-HSG gekommen. Auf der Studentenparlamentssitzung wollten einige Jusos einen Antrag der Fachschaftsgruppenliste auf Durchführung einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Brokdorf ,,hochschul-gesetzgerecht'' ummodeln, d.h. ihn so formulieren, daß er nicht mit dem Verbot des politischen Mandats in Konflikt geraten sollte. Das wurde der Mehrheit der Jusofraktion zu bunt und der Antrag wurde so, wie er von den Fachschaftsgruppen gestellt worden war, angenommen.

Daß sich der Streit innerhalb der Juso-HSG so verstärkt hat und die Mehrheiten gewechselt haben, kommt, weil die Fachschaftsgruppen ihre Taktik in diesen Koalitionsverhandlungen verbessert haben. Sie haben in der letzten Woche von überzogenen organisa-

1. Mai, politisches Mandat und organisatorischer Rahmen für die ASTA-Arbeit. Richtiges mischt sich darin mit Falschem. So lehnen es die Fachschaftsgruppen z.B. ab, daß richtige Forderungen zur Studienreform (Theorie-Praxis-Bezug) eingebettet werden in reformistische Ideologien von der ,,Demokratisierung der Hochschule'', die nach Auffassung der Jusos nur in der integrierten Gesamthochschule voll zu verwirklichen sei. Kritisiert wurde, daß die Jusos mit keinem Wort die Klassenspaltung der Gesellschaft erwähnen, von Solidarität und Demokratisierung reden, aber keine polischen Rechte für die Massen fordern, und konkret z.B. keine einzige Forderung gegen den Prüfungsdruck oder für die tarifliche Absicherung in den Berufspraktika erheben. Gut ist u.a., daß die Jusos auffordern, die Aktion ,,Waffen für El Salvador'' zu unterstützen.

Die Jusos werden große Teile der Änderungsanträge der Fachschaftsgruppen akzeptieren. Strittig sind aber nach wie vor die Punkte Brokdorf und das Pressereferat sowie die personelle Besetzung der Referate. Die Fach-

Für Prozente kann man sich nichts kaufen

jos. ,,Gehen Sie mal in einen Laden und kaufen sich für sechs Prozent ein Hemd!'' Mit diesem Scherz gab der zweite Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Dieter Steinborn, auf einer Fachgruppenversammlung des Einzelhandels in Kiel die Marschrichtung für die anstehenden Tarifverhandlungen an. ,,In der kommenden Tarifrunde wird für unsere Gewerkschaft der Grundsatz gelten, daß sich die Beschäftigten des Einzelhandels für Prozente nichts kaufen können!''

Der Einzelhandel steht an vorletzter Stelle der Tarifskala und durch eine Prozentforderung wird nicht nur die Differenz zu anderen Tarifen vergrößert, sondern auch die Spaltung innerhalb der Gehalts- und Lohngruppen. Nach ,,produktivitätsbezogenen Tarifabschlüssen'' lechzen die Kapitalisten; sie meinen damit 2,5 bis 3 %! Die HBV

bis Schleswig-Holstein, nach Gehaltsgruppen differenzierte Festgeldforderungen festgelegt werden, um erstmal eine Einheit innerhalb der Gewerkschaft zu erreichen. Denn ein Prozentabschluß in einem der Tarifbezirke würde es den Kapitalisten sehr erleichtern, auch in den anderen Bezirken solche Abschlüsse durchzusetzen.

Ein weiterer Gesichtspunkt zur erfolgreichen Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen ist der Organisationsgrad der Beschäftigten im Einzelhandel. Von den zwei Millionen Arbeitnehmern sind gerade 350000 Mitglied in der HBV, verteilt auf ca. 50000 Einzelhandelsbetriebe. Dennoch oder gerade deswegen wird die HBV in diesen Tarifverhandlungen schwerpunktmäßige Aktionen durchführen, um den Forderungen Gewicht zu verleihen. Der Organisationsgrad muß sich

hervor. Für den Fall, daß die DAG in diesem Jahr mit minderwertigen Prozenten abschließt, wird die HBV eher einen tariflosen Zustand in Kauf nehmen, als daß sie von der Festgeldforderung abweicht.

Ein weiteres Schwergewicht der gewerkschaftlichen Arbeit ergibt sich aus den Rationalisierungsplänen der Kapitalisten. Bis Ende der 80er Jahre ist im Einzelhandel mit einem Rückgang von 300000 Arbeitsplätzen zu rechnen. Daraus ergibt sich die Forderung nach Rationalisierungsschutzabkommen und nach vertraglicher Regelung der Arbeitszeit.

Zur Rationalisierung hat sich der Sprecher der Kapitalisten, Schlue, Hauptgeschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Schleswig-Holstein, in einem Brief sô geäußert: ,, ... Man kann durch Ausdehnung und Über-

1,2 Mio. DM im letzten Geschäftsjahr wurde der Bilanzverlust von 15,6 auf 14,4 Mio. DM gesenkt. Dieser Verlust geht auf das Defizit bei der KVAG zu- richtungen ,,kostendeckend'' zu machen – über Gebühren. Die städtischen Verkehrsbetriebe sind notwendig für die Volksmassen, vor dem Beschluß der Ratsversammlung und zeitig vor dem geplanten Inkrafttreten der Gebührenerhöhungen eine Front zur Verhinderung der Erhöhungen aufzubauen.

Jungsozialisten rücken vom Minderheiten-ASTA-Konzept ab

ang. Die Jungsozialisten der Universität haben in der letzten Woche ihren Beschluß, auf einen Juso-Minderheiten-ASTA hinzuarbeiten, revidiert. Bis 4.00 Uhr nachts sollen sie sich in den Haaren gelegen haben, ehe diese Entscheidung wohl mit ziemlich knapper Mehrheit gefallen ist. Vorher war es zu öffentlichem Krach innerhalb der Juso-HSG gekommen. Auf der Studentenparlamentssitzung wollten einige Jusos einen Antrag der Fachschaftsgruppenliste auf Durchführung einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Brokdorf ,,hochschul-gesetzgerecht'' ummodeln, d.h. ihn so formulieren, daß er nicht mit dem Verbot des politischen Mandats in Konflikt geraten sollte. Das wurde der Mehrheit der Jusofraktion zu bunt und der Antrag wurde so, wie er von den Fachschaftsgruppen gestellt worden war, angenommen.

Daß sich der Streit innerhalb der Juso-HSG so verstärkt hat und die Mehrheiten gewechselt haben, kommt, weil die Fachschaftsgruppen ihre Taktik in diesen Koalitionsverhandlungen verbessert haben. Sie haben in der letzten Woche von überzogenen organisatorischen Bedingungen für die ASTA-Arbeit Abstand genommen und stattdessen den Jungsozialisten ein Aktionsprogramm mit den wichtigsten nächsten Aufgaben vorgelegt.

Am Mittwoch haben die Fachschaftsgruppen das Koalitionsangebot der Jusos diskutiert. Es enthält Aussagen zu den Feldern: Kürzungsbeschlüsse von Bundes- und Landesregierung, Studienreform, Wohnungsnot, Gesamthochschule, Wissenschaftskritik, Brokdorf, Internationale Solidarität, 1. Mai, politisches Mandat und organisatorischer Rahmen für die ASTA-Arbeit. Richtiges mischt sich darin mit Falschem. So lehnen es die Fachschaftsgruppen z.B. ab, daß richtige Forderungen zur Studienreform (Theorie-Praxis-Bezug) eingebettet werden in reformistische Ideologien von der ,,Demokratisierung der Hochschule'', die nach Auffassung der Jusos nur in der integrierten Gesamthochschule voll zu verwirklichen sei. Kritisiert wurde, daß die Jusos mit keinem Wort die Klassenspaltung der Gesellschaft erwähnen, von Solidarität und Demokratisierung reden, aber keine polischen Rechte für die Massen fordern, und konkret z.B. keine einzige Forderung gegen den Prüfungsdruck oder für die tarifliche Absicherung in den Berufspraktika erheben. Gut ist u.a., daß die Jusos auffordern, die Aktion ,,Waffen für El Salvador'' zu unterstützen.

Die Jusos werden große Teile der Änderungsanträge der Fachschaftsgruppen akzeptieren. Strittig sind aber nach wie vor die Punkte Brokdorf und das Pressereferat sowie die personelle Besetzung der Referate. Die Fachschaftsgruppen wollen paritätische Besetzung der Referate, lehnen Unvereinbarkeitsbeschlüsse ab und verlangen die Garantie, daß im ASTA-Info keine Zensur stattfindet. Die Jusos wollen ,,Sektierer'' aus dem ASTA raus haben und haben sich zu den anderen Punkten noch nicht konkret geäußert. Beim Punkt Brokdorf wollen sie ausdrücklich nur ,,gewaltfreie'' Aktionen unterstützen, oder gar keine. Auch hier ist aber das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Für Prozente kann man sich nichts kaufen

jos. ,,Gehen Sie mal in einen Laden und kaufen sich für sechs Prozent ein Hemd!'' Mit diesem Scherz gab der zweite Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Dieter Steinborn, auf einer Fachgruppenversammlung des Einzelhandels in Kiel die Marschrichtung für die anstehenden Tarifverhandlungen an. ,,In der kommenden Tarifrunde wird für unsere Gewerkschaft der Grundsatz gelten, daß sich die Beschäftigten des Einzelhandels für Prozente nichts kaufen können!''

Der Einzelhandel steht an vorletzter Stelle der Tarifskala und durch eine Prozentforderung wird nicht nur die Differenz zu anderen Tarifen vergrößert, sondern auch die Spaltung innerhalb der Gehalts- und Lohngruppen. Nach ,,produktivitätsbezogenen Tarifabschlüssen'' lechzen die Kapitalisten; sie meinen damit 2,5 bis 3 %! Die HBV hat darauf in einem Flugblatt geantwortet: ,,Das ist bei einer Preissteigerungsrate von zur Zeit 5,3 % ein unverhohlener Angriff auf den Lebensstandard der Arbeitnehmer und eine unmißverständliche Aufforderung zum Gehalts- und Lohnverzicht. Wir setzen gegen die unsozialen Arbeitgeber-zumutungen eine aktive und kämpferische Tarifpolitik.''

Das heißt: es müssen in allen Tarifkommissionen der HBV, von Bayern bis Schleswig-Holstein, nach Gehaltsgruppen differenzierte Festgeldforderungen festgelegt werden, um erstmal eine Einheit innerhalb der Gewerkschaft zu erreichen. Denn ein Prozentabschluß in einem der Tarifbezirke würde es den Kapitalisten sehr erleichtern, auch in den anderen Bezirken solche Abschlüsse durchzusetzen.

Ein weiterer Gesichtspunkt zur erfolgreichen Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen ist der Organisationsgrad der Beschäftigten im Einzelhandel. Von den zwei Millionen Arbeitnehmern sind gerade 350000 Mitglied in der HBV, verteilt auf ca. 50000 Einzelhandelsbetriebe. Dennoch oder gerade deswegen wird die HBV in diesen Tarifverhandlungen schwerpunktmäßige Aktionen durchführen, um den Forderungen Gewicht zu verleihen. Der Organisationsgrad muß sich wesentlich erhöhen und Dieter Steinborn betont in diesem Zusammenhang das Verhältnis zwischen dem Grad der Organisiertheit und den tarifpolitischen Erfolgen.

Ein unkalkulierbares Risiko für die Beschäftigten im Einzelhandel stellt der Spaltpilz unter den Gewerkschaften, die DAG, dar. Als eine Art Standesorganisation vertritt auch die DAG Angestellte des Einzelhandels und tut sich mit den Kapitalsiten sehr entgegenkommenden Prozentabschlüssen hervor. Für den Fall, daß die DAG in diesem Jahr mit minderwertigen Prozenten abschließt, wird die HBV eher einen tariflosen Zustand in Kauf nehmen, als daß sie von der Festgeldforderung abweicht.

Ein weiteres Schwergewicht der gewerkschaftlichen Arbeit ergibt sich aus den Rationalisierungsplänen der Kapitalisten. Bis Ende der 80er Jahre ist im Einzelhandel mit einem Rückgang von 300000 Arbeitsplätzen zu rechnen. Daraus ergibt sich die Forderung nach Rationalisierungsschutzabkommen und nach vertraglicher Regelung der Arbeitszeit.

Zur Rationalisierung hat sich der Sprecher der Kapitalisten, Schlue, Hauptgeschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Schleswig-Holstein, in einem Brief sô geäußert: ,, ... Man kann durch Ausdehnung und Überdehnung der Urlaubs- und Freizeit, durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch ständige Anhebung der tariflichen Vergütung errreichen, daß für den Unternehmer schon aus Gründen der möglicherweise gegebenen Wettbewerbsverzerrung der Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine erzwungen wird.'' Solchen demagogischen Äußerungen kann man nur durch Geschlossenheit und mit wirksamen Aktionen in den Tarifverhandlungen begegnen.

Prozeß gegen drei Lübecker

pal. Am 24.2. beginnt vor dem Amtsgericht in Lübeck ein Prozeß gegen drei Lübecker wegen des Verdachts auf Vorbereitung von Brandanschlägen.
Alle drei waren Mitglieder der ,,Knastgruppe Lübeck'', die eine kontinuierliche Politik zur JVA Lübeck-Lauerhof machte und sich hauptsächlich mit politisch Inhaftierten und dem Hochsicherheitstrakt, der Bedeutung der Isolationshaft sowie antiimperialistischem Widerstand auseinandersetzte. Diese Gruppe war dem Staatsapparat gerade im Hinblick auf die Wiederbelegung des Hochsicherheitstrakts ein Dorn im Auge. Im Herbst 78 versuchte der Verfassungsschutz einen Spitzel in die Gruppe einzuschleusen – dieser Versuch schlug kläglich fehl. Um aber doch noch möglichen Widerstand gegen die Wiederbelegung des Trakts mit RAF-Häftlingen zu vermeiden, wurden im März 79 die drei Knastgruppenmitglieder verhaftet. Vorgeworfen wurde Ihnen: Verdacht auf Bildung einer terroristischen Vereinigung und Verdacht auf Vorbereitung von Brandanschlägen. Die anderen Knastgruppenmitglieder waren durch diese Verhaftungen weitgehend verunsichert, so daß auch zur Wiederbelegung des Trakts im August 79 keine Politik entfaltet werden konnte.
Die drei wurden aus dem Gefängnis entlassen. Um die damaligen Festnahmen überhaupt noch zu legitimieren, besteht jetzt nur noch der Anklagepunkt des Verdachts auf Vorbereitung von Brandanschlägen.

Weitere Beschlüsse zu Forderungen im Tarifkampf

abc. Die Aufstellung eines Mindestbetrages setzt sich in der Mitgliederdiskussion der Einzelgewerkschaften immer stärker durch. Auf der Mitgliederversammlung der Amtsgruppe der Oberpostdirektion Kiel der Deutschen Postgewerkschaft wurde nach eingehender Diskussion eine Forderung von 75 DM Festbetrag für alle mit einer linearen Erhöhung von 3,5% beschlossen. Zuvor hatte sich Gewerkschaftssekretär Rolf Johanning gegen die reine 7% Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ausgesprochen, die zu einer Benachteiligung der unteren Einkommensgruppen, in denen sich ca. 80% der Postbeschäftigten befinden, führt. Auch die Mitgliederversammlung der Abteilung Kommunale Verwaltung der ÖTV im Rathaus Kiel sprach sich gegen ein Sonderopfer des öffentlichen Dienstes aus, und legte großes Gewicht auf die Ergänzung der Prozentforderung durch einen Mindesbetrag. Verabschiedet wurden: 8,5%, mindestens aber 180 DM und die Erhöhung des Urlaubsgeldes von jetzt 300 DM auf 600 DM.

Demonstration der Berufsschüler am 7. März

hen. Für den 7. März ruft die Landesschülervertretung der Berufsschulen zu einer Demonstration auf unter dem Motto: ,,Für eine bessere Ausbildung in Schule und Betrieb.'' Der DGB Landesbezirk Nordmark hat die Demonstration begrüßt. Auf einem Zusammentreffen von Landesschülervertretungen mit den Vorsitzenden der Kreisjugendausschüsse aus Schleswig-Holstein, das am 21. Februar stattfinden soll, wird die Vorbereitung von landesweiten Aktionen an den Berufschulen besprochen werden, die der DGB unterstützen will. Die wesentlichen Forderungen der Demonstration am 7. März sind: Kein Wehrkundeunterricht! Keine Werbung der Bundeswehroffiziere im Unterricht! Erhöhung der BAföG-Höchstsätze für Schüler auf 560, für Studenten auf 750 DM und der Elternfreibeträge auf 1500 DM. In einer Unterschriftensammlung, die an den Schulen in Schleswig-Holstein zusammen mit der GEW durchgeführt wurde, sind bisher 2000 Unterschriften gesammelt worden.

Erneuter Hungerstreik von RAF-Häftlingen

pal. Seit dem 2.2.81 begann bundesweit ein Hungerstreik von RAF-Mitgliedern. Am 6.2. schlossen sich die fünf RAF-Häftlinge, die in der JVA-Lübeck-Lauerhof inhaftiert sind, dem Hungerstreik an. Ziel des Hungerstreiks soll u.a. die Anerkennung als Kriegsgefangene und die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die inhaftierten Mitglieder der RAF sein. Derzeit befinden sich 31 RAF-Mitglieder im Hungerstreik, in Westberlin haben sich 43 Gefangene, die nicht terroristischer Taten verurteilt sind, dem Hungerstreik angeschlossen. Christa Eckes, Inga Hochstein, Christine Kuby und Anne Reiche führten in Lübeck schon im Januar 80 einen Hunger- und später auch Durststreik durch, um bessere Haftbedingungen zu erreichen. Irmgard Möller wurde erst im Juli 80 von Stammheim nach Lübeck verlegt.

Veranstaltungskalender

Dienstag, 17.2.1981

Kiel: ,,Das demokratische Kampuchea – ein Völkermordregime?'' Eine Veranstaltung der Kampuchea-Initiative Kiel.
19,30 Uhr, Kaiser Friedrich (am Wilhelmsplatz)

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/39 49 04; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1–12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13–15: Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff?

Flessners Bericht über Schwermetalle in Elbfischen

jöf. Landwirtschaftminister Flessner mit dem Drang zum Umweltanwalt hält einen auf Trab: Im August 1980 erst brachte er das „Arbeitsprogramm Umweltschutz in Schleswig-Holstein", im Dezember dann den Umweltgefahrenbericht. In beiden Papieren findet man kein Wort über Schwermetalle in Gewässern. Der jetzt auf die Schnelle herausgebrachte Bericht über die Quecksilbervergiftung von Elbefischen (ganze 506 Fische wurden analysiert; als Staatsexamensarbeit würde das kaum anerkannt) kommt auch nicht von selbst. Ohne die Veröffentlichungen des Heidelberger Sedimentforschungsinstituts vom Herbst über Schwermetalle in Hamburger Elbsedimenten und ohne die Proteste der Fischer, wäre Flessner wohl noch nicht in Gang gekommen.

1977 gründeten die Länder Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein die „Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Elbe"! Das war schon reichlich spät. 1979/80 hat die Arbeitsgemeinschaft dann Elbewasser, -sediment und Brassen aus der Elbe (ein Speisefisch) auf Schwermetalle untersucht. Bei Brassen, die oberhalb Hamburgs gefangen wurden, fand man damals schon überhöhte Quecksilberwerte. Die neue Untersuchung, bei der Stichproben aller gefangenen Arten bei Berufsfischern genommen wurden, ergab: 47 % aller Fische aus der Elbe enthielten mehr als 1 Milligramm Quecksilber pro Kilo Körpergewicht; von den Aalen allein sogar 61 %. Flessner billigt zu: „bereits der tägliche Verzehr von 200 Gramm Fisch mit 1 Milligramm Quecksilber pro Kilo führt in der Regel zu der kritischen Belastungsgrenze beim Menschen in Höhe von 20 Mikrogramm pro 100 Milliliter Blut"; dann fährt er aber lässig fort: „Fisch enthält von Natur aus schon **je nach Herkunft** 0 bis 0,8 Milligramm Quecksilber pro Kilo." Eben an der Herkunft wird es wohl liegen, ob der Fisch wesentlich mehr als Null Milligramm Quecksilber enthält. Die Werte aus den schleswig-holsteinischen Gewässern können keineswegs als „normal" angesehen werden, wie der Landwirtschaftminister behauptet.

Die Quellen der Schwermetallbelastung der Unterelbe liegen noch ziemlich im Dunkeln. Nach der Dürftigkeit, die die Umweltuntersuchungen der Landesregierung auszeichnet, darf man vermuten, daß sie einiges zu verbergen hat. Es werden eben nicht nur die Abwässer aus der DDR und der Tschechoslowakei sein, die jetzt den Untergang der letzten 48 Haupterwerbsfischer des Elbreviers beschleunigen.

Manches spricht dafür, daß einmal ins Flußwasser geratene Schwermetalle nicht mehr weit transportiert werden, weil sie sich an langsam ansinkende Schwebstoffe wie Tonpartikel anlagern und dann bald im Sediment landen. M. Nauke vom Deutschen Hydrographischen Institut Hamburg hat ermittelt, daß von Hamburg nach Cuxhaven der Kobaltgehalt des Wassers auf diese Weise um 30 %, der Kupfergehalt um 90 % und der Nickelgehalt um 85 % abnehmen. Bis auf weiteres darf man annehmen, daß im Ober- und Mittellauf der Elbe ähnliche Selbstreinigungsprozesse ablaufen können. Es würde sich schon lohnen, intensiver nach Verursachern auch auf westdeutschem Boden zu suchen.



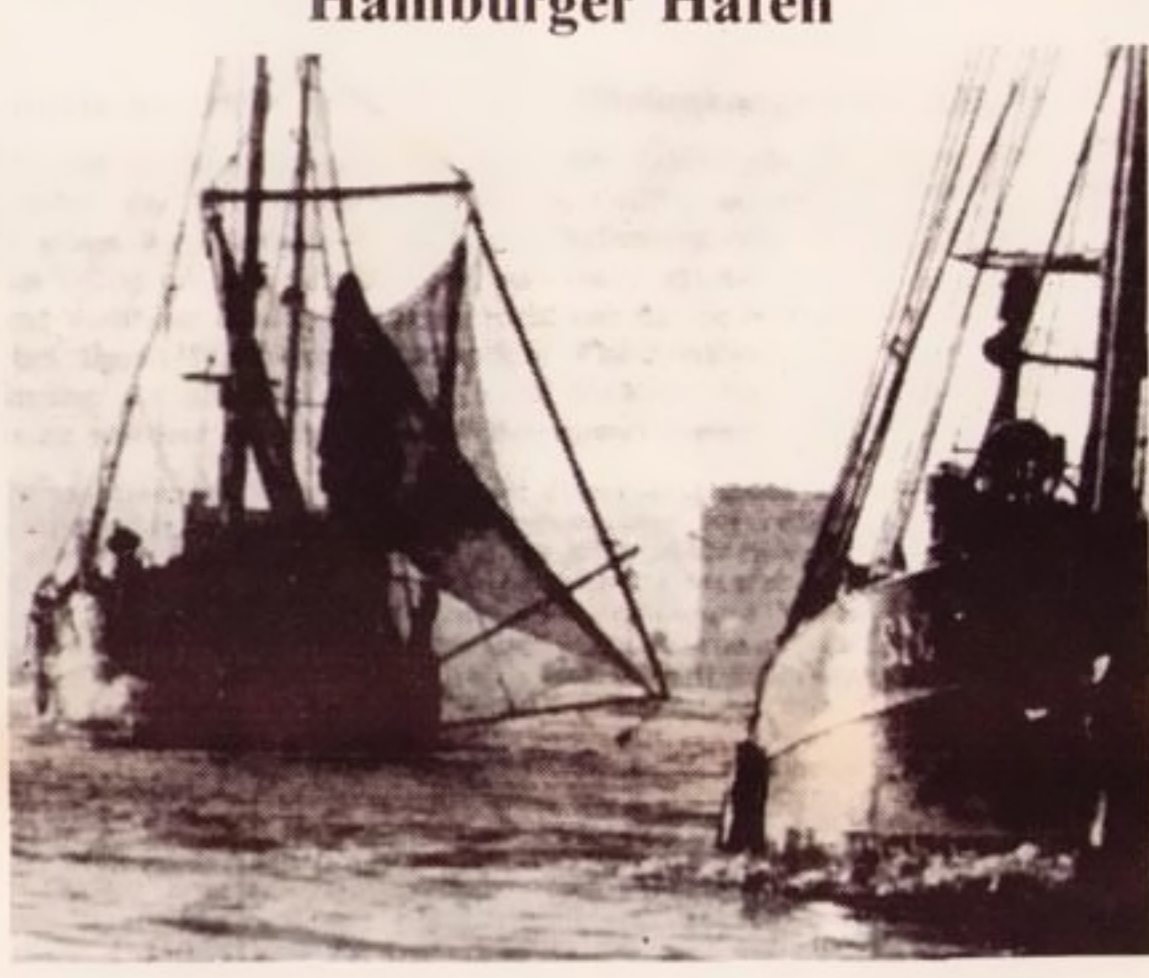

Die beiden Fotos zeigen mikroskopische Aufnahmen von Schwermetallanreicherungen in Miesmuscheln der Nordsee. Der dunkle Streifen im linken Bild ist eine Schwermetallanlagerung in der Magenwand, im rechten Bild sind Einlagerungen im Nierengewebe zu sehen. Die Bilder sind einer Arbeit von Ludwig Karbe, Institut für Hydrobiologie und Fischereiwissenschaft der Universität Hamburg entnommen. Sie sind schon 1975 entstanden. Über Schwermetalle in Nordseepolypen hatte Karbe schon 1972 berichtet.

Schwermetalle

Schwermetalle sind alle Metalle mit einem spezifischen Gewicht größer als 6 g/cm³. Zu den für den Stoffwechsel – in Spuren – unentbehrlichen gehören Eisen, Mangan, Kupfer, Zink und Molybdän, zu den giftigen gehören Cadmium, Quecksilber und Blei. Die giftigen und Kupfer sind auch die mit der größten ökologischen Bedeutung. Die werden bei der Erzverarbeitung, bei der Verfeuerung fossiler Brennstoffe und bei unzähligen industriell-chemischen Prozessen freigesetzt. Quecksilbersalze wurden und werden zur Desinfektion von Saatgetreide benutzt.

Systematische Untersuchungen über die Giftigkeit von Schwermetallen fehlen. Die toxische Wirkung scheint durch Verbindung der Schwermetalle mit Enzymen oder Eiweißen, Stoffwechselregulatoren also in erster Linie, zustande zu kommen. Bekannt ist zum Beispiel das Krankheitsbild akuter – seltener – Bleivergiftungen (Schädigungen des Nervensystems und der Blutbildung). Das Bild chronischer Bleivergiftungen ist noch relativ unspezifisch: Zerfall der roten Blutkörperchen, Abwehrschwäche, Erbschäden. Chronische Vergiftungen mit anderen Schwermetallen werden wohl häufig gar nicht als solche diagnostiziert. Schwermetalle verbreiten sich weltweit durch die Atmosphäre: Neues Grönlandeis enthält 200 mal so viel Blei, wie solches, das 200 Jahre vor unserer Zeitrechnung entstend.

Elbfischer blockierten Hamburger Hafen

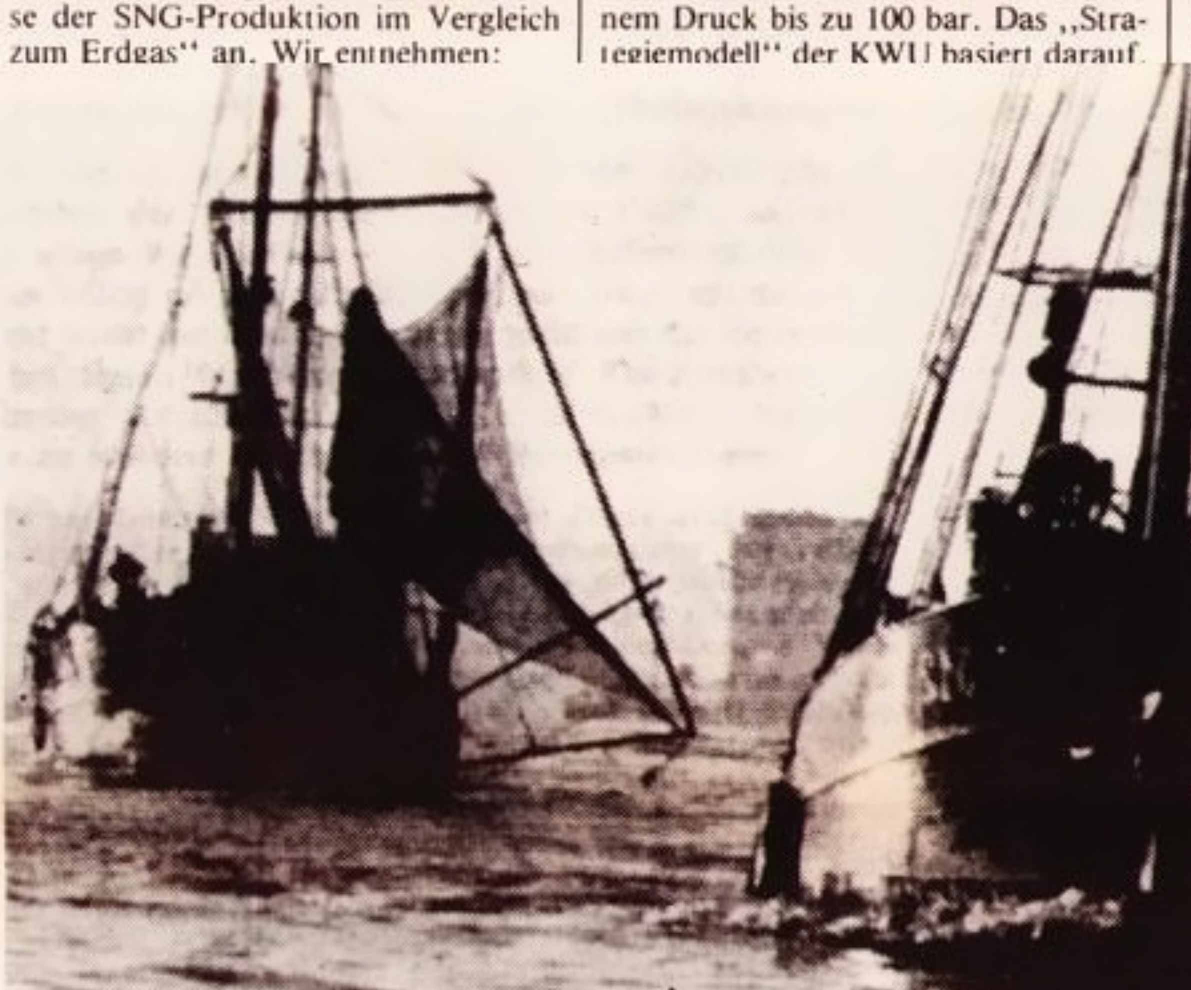


Am Donnerstag legten neun Fischkutter bei Hamburg mit einer Blockade der Hauptfahrrinne dreieinhalb Stunden lang den Schiffsverkehr auf der Elbe lahm. Die nach dem Quecksilberbericht der Kieler Landesregierung nicht mehr genießbaren Elbaale machten bisher etwa 70% der Fänge der Fischer von Finkenwerder und Altenwerder aus. Heinz Oestmann, Sprecher des Fischereivereins Hamburg-Altenwerder, beschuldigte die verantwortlichen Behörden der anliegenden Bundesländer der Unfähigkeit. In der Tat stellt die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Elbereinhaltung nur eine Reaktion auf die von Biologen schon seit Ende der 60er Jahre in einer inzwischen fast unübersehbar gewordenen Literatur beschriebene kritische Situation dar; aber keinen Schritt in Richtung Besserung.

Am Freitag teilte der Rechtsanwalt der Fischer mit, man habe den Eindruck, die Behörden hätten kapiert. In vier Wochen erwarten die Fischer Maßnahmen der Regierungen, die ihnen das Weiterfischen wieder ermöglichen sollen.

heh./are. Der Hamburger Senat hat in der vergangenen Woche deutlich gemacht, daß er nicht grundsätzlich gegen den Weiterbau des KKW Brokdorf ist. Der Senat will „größere Klarheit (...) bei der Anwendung neuerer technologischer Entwicklungen (Hochtemperaturreaktor) gewinnen." Auch die KWU hat ihre Strategie vorgelegt.
In der KVZ Nr.4 waren aus dem „Kohleveredelungsprogramm" der
Kohleumwandlung: inflationär und preistreibend
Gesamtstrategie der Kraftwerksunion (KWU)/Klose macht sich stark dafür
schlaggebende Bedeutung zu. Erdöl und Erdgas können im Verkehrssektor durch flüssige Kohlenwasserstoffe und im Haushalt durch das sogenannte Substitute Natural Gas (SNG) substi-
sind aus den Abb. 15 bis 17 der KWU-Schrift entstanden; sie geben „die Mehraufwendungen oder die Mehrerlöse der SNG-Produktion im Vergleich zum Erdgas" an. Wir entnehmen:
hesegas oder durch Kohlevergasung mit Wasserstoff, bei Temperaturen von rd. 900° bis zu 1500° Cel und einem Druck bis zu 100 bar. Das „Strategiemodell" der KWU basiert darauf,
durchschnittlich 48 DM/Gcal mit Kohlekraftwerken, 46 DM/Gcal mit Druckwasserreaktoren und 37 DM/Gcal mit Hochtemperaturreaktoren.
– Das Gleiche dann für die „edleren" Produkte, Benzin, Äthylen...
„Wer jetzt noch glaubt, daß die angestrebten Verteuerungen der Konkurrenzprodukte" für die Umwandlungs-

Schwermetalle
Schwermetalle sind alle Metalle mit einem spezifischen Gewicht größer als 6 g/cm³. Zu den für den Stoffwechsel – in Spuren – unentbehrlichen gehören Eisen, Mangan, Kupfer, Zink und Molybdän, zu den giftigen gehören Cadmium, Quecksilber und Blei. Die giftigen und Kupfer sind auch die mit der größten ökologischen Bedeutung. Die werden bei der Erzverarbeitung, bei der Verfeuerung fossiler Brennstoffe und bei unzähligen industriell-chemischen Prozessen freigesetzt. Quecksilbersalze wurden und werden zur Desinfektion von Saatgetreide benutzt.
Systematische Untersuchungen über die Giftigkeit von Schwermetallen fehlen. Die toxische Wirkung scheint durch Verbindung der Schwermetalle mit Enzymen oder Eiweißen, Stoffwechselregulatoren also in erster Linie, zustande zu kommen. Bekannt ist zum Beispiel das Krankheitsbild akuter – seltener – Bleivergiftungen (Schädigungen des Nervensystems und der Blutbildung). Das Bild chronischer Bleivergiftungen ist noch relativ unspezifisch: Zerfall der roten Blutkörperchen, Abwehrschwäche, Erbschäden. Chronische Vergiftungen mit anderen Schwermetallen werden wohl häufig gar nicht als solche diagnostiziert. Schwermetalle verbreiten sich weltweit durch die Atmosphäre: Neues Grönlandeis enthält 200 mal so viel Blei, wie solches, das 200 Jahre vor unserer Zeitrechnung entstend.



richt der Kieler Landesregierung nicht mehr genießbaren Elbaale machten bisher etwa 70% der Fänge der Fischer von Finkenwerder und Altenwerder aus. Heinz Oestmann, Sprecher des Fischereivereins Hamburg-Altenwerder, beschuldigte die verantwortlichen Behörden der anliegenden Bundesländer der Unfähigkeit. In der Tat stellt die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Elbereinhaltung nur eine Reaktion auf die von Biologen schon seit Ende der 60er Jahre in einer inzwischen fast unübersehbar gewordenen Literatur beschriebene kritische Situation dar; aber keinen Schritt in Richtung Besserung.
Am Freitag teilte der Rechtsanwalt der Fischer mit, man habe den Eindruck, die Behörden hätten kapiert. In vier Wochen erwarten die Fischer Maßnahmen der Regierungen, die ihnen das Weiterfischen wieder ermöglichen sollen.

Kohleumwandlung: inflationär und preistreibend

Gesamtstrategie der Kraftwerksunion (KWU)/Klose macht sich stark dafür

heh./are. Der Hamburger Senat hat in der vergangenen Woche deutlich gemacht, daß er nicht grundsätzlich gegen den Weiterbau des KKW Brokdorf ist. Der Senat will „größere Klarheit (...) bei der Anwendung neuerer technologischer Entwicklungen (Hochtemperaturreaktor) gewinnen." Auch die KWU hat ihre Strategie vorgelegt.

In der KVZ Nr.4 waren aus dem „Kohleveredelungsprogramm" der Bundesregierung zitiert und die Folgen für die Umwelt beschrieben worden.

„Bei den planungserheblichen Daten verläßt sich der Staat heute z.T. auf die Angaben der Energiewirtschaft. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die Datenbasis unternehmenspolitische Zielsetzungen widerspiegelt, die den volkswirtschaftlichen Zielen nicht immer entsprechen müssen." (aus „Diskussionsleitfaden Energie", herausgegeben vom Vorstand der SPD, März 1977)

„Eine langfristige Subventionierung der Anlagen", fürchtet die Bundesbank, werde die Folge sein. Es sei deshalb fraglich, „ob der Aufwand hierfür zu dem Erfolg noch in einem vertretbaren Verhältnis steht." (Spiegel vom 5.5.80)

„In dieser Situation kommt der Kohleveredelung zu flüssigen und gasförmigen Kohlewasserstoffen eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Erdöl und Erdgas können im Verkehrssektor durch flüssige Kohlenwasserstoffe und im Haushalt durch das sogenannte Substitute Natural Gas (SNG) substituiert werden." (Kraftwerk Union AG (KWU) in: „Kann und die Kohleveredelung weiterhelfen?")

An Primärenergie wurden 1980 in der BRD verbraucht (Angaben in Mio.t SKE = Steinkohleeinheiten): Mineralöl 185 (-10,5 % gegenüber 1979), Steinkohle 77 (+1,6 %), Braunkohle 38,5 (+1,1 %), Naturgas 65,5 (-0,8 %), Kernenergie 14 (+0,7 %), Sonstige 10 (+31,6 %); Summe 390 (-4,5 %) __ geplant waren 410. Davon dürften rd. 55 mio.t SKE auf die Raumheizung bei Haushalten entfallen.

Die KWU gibt ein „Substitutionspotential" für das SNG im Jahre 2000 von 60 Mio.t SKE an; an anderer Stelle der Schrift heißt es, daß „damit etwa 50 % des heute abgeschätzten Gasbedarfes durch SNG substituiert (ersetzt, d.Red.) werden könnten."

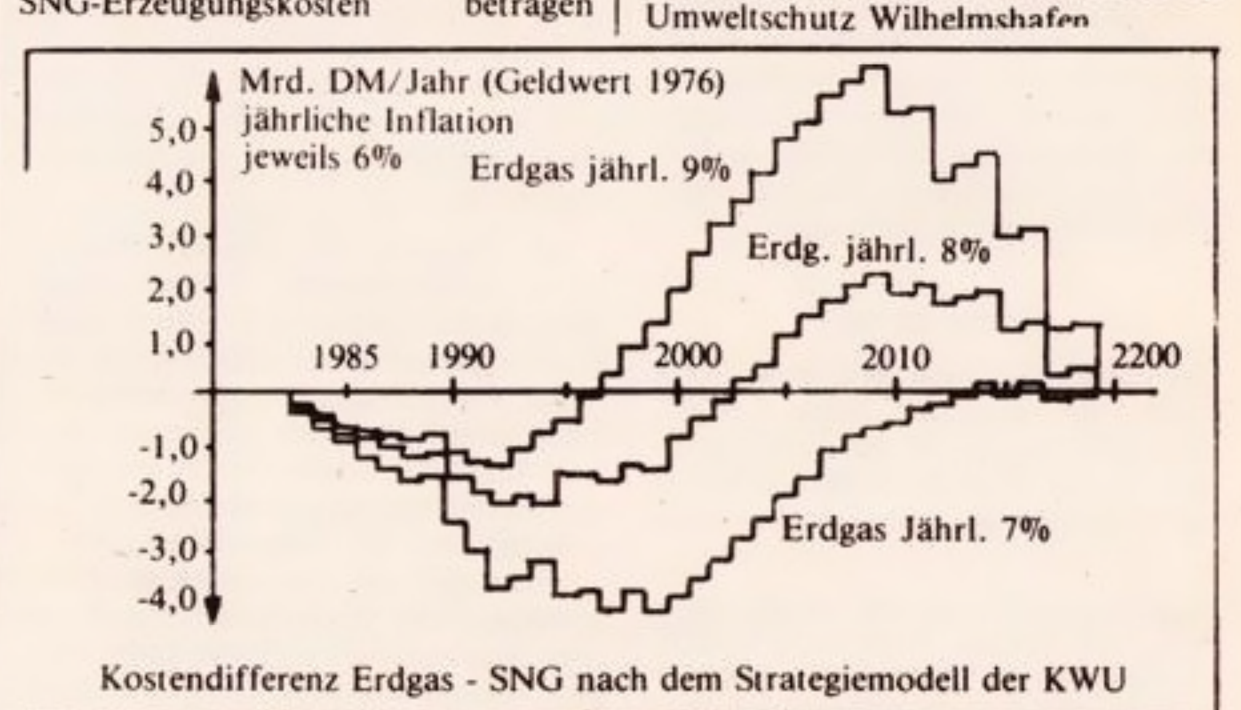
Die Treppenkurven der Abbildung sind aus den Abb. 15 bis 17 der KWU-Schrift entstanden; sie geben „die Mehraufwendungen oder die Mehrerlöse der SNG-Produktion im Vergleich zum Erdgas" an. Wir entnehmen:

– 7 % jährliche Preissteigerung fürs Erdgas: weit und breit kein Profit in Sicht. – Aber der Staat wird die Verluste schon ausgleichen.
– 8 Steigerung – schon etwas besser – machen einen Profit in weiter Ferne möglich.
– Also: die Preise müssen noch mehr steigen. – Jedes Jahr 9 % und die Milliarden fließen.
– Die 6 %ige Inflation, von der die Berechnungen ausgehen, wird die Industrie auch ohne Schwierigkeiten realisieren können. – Die Voraussetzung, die angestrebten Erdgaspreiserhöhungen zu realisieren, sind auch denkbar gut. Die Konzerne, die im Geschäft mit der Kohleumwandlung stecken, sind auch dick im Gasgeschäft (Shell, Ruhrkohle, Veba, BP, Mobil usw.).

Die Erzeugung von SNG erfolgt entweder durch Methanisierung von Synthesegas oder durch Kohlevergasung mit Wasserstoff, bei Temperaturen von rd. 900° bis zu 1500° Cel und einem Druck bis zu 100 bar. Das „Strategiemodell" der KWU basiert darauf, daß ab 1983 autotherm (d.h. Teilverbrennung der Kohle) vergast wird. Die SNG-Erzeugungskosten betragen durchschnittlich 48 DM/Gcal mit Kohlekraftwerken, 46 DM/Gcal mit Druckwasserreaktoren und 37 DM/Gcal mit Hochtemperaturreaktoren.

– Das Gleiche dann für die „edleren" Produkte, Benzin, Äthylen...

„Wer jetzt noch glaubt, daß die angestrebten Verteuerungen der Konkurrenzprodukte" für die Umwandlungsprodukte, Mineralöl und Erdgas, nicht im anvisierten Rahmen steigen werden..." endet die Schrift der BI Umweltschutz Wilhelmshafen



Kostendifferenz Erdgas - SNG nach dem Strategiemodell der KWU

	Rheinbraun	Rheinbraun	Korf	VEW	Thyssengas
Produkte:	1 Mrd m³/a Synthesegas	0,7 Mrd m³/a SNG	Reduktionsgas zur Direktreduktion von Eisenerz	Koks und Gas für ein 800 MW-Kombikraftwerk	0,1 Mrd m³/a SNG
Einsatzstoffe:	2,25 Mio t/a Rohbraunkohle	5,0 Mio t/a Rohbraunkohle	0,1 Mio t/a Steinkohle	1,8 Mio t/a Steinkohle	0,35 Mrd m³/a Synthesegas aus dem Projekt RAG/Ruhrchemie
Techn. Verfahren:	*Hochtemperatur-Winkler-Verfahren* Wirbelschicht-Vergasung	Hydrierende Kohlevergasung	*Saarberg/Otto/Vergaser*	*Partielle Vergasung* ohne Druck mit Luft	*Methanisierung* in einer Wirbelschicht
Planung und Bau:	Planung: 1982/85 Bau: ab 1982 Betrieb: ab 1984	Planung: 1984/87 Bau: 1987/90 Betrieb: ab 1990	Planung: 1980/83 Bau: 1983/84 Betrieb: ab 1985	Planung: 1980/83 Bau: 1983/85 Betrieb: ab 1985	Planung: 1980/83 Bau: 1984/85 Betrieb: ab 1980
Standort:	Berrenrath	Rheinisches Braunkohlenrevier	noch offen	VEW-Kraftwerke Gersteinwerk, Lippe und Emsland	Oberhausen-Holten

	Ruhrkohle Ruhrgas	Ruhrkohle Ruhrchemie	Shell	Texaco
Produkte:	1,5 Mrd m³/a SNG	0,7 Mrd m³/a Synthesegas; davon je 50 % an Ruhrchemie und Thyssengas (SNG-Erzeugung)	0,6 Mrd m³/a Synthesegas	0,65 Mrd m³/a Synthesegas
Einsatzstoffe:	3 Mio t/a deutsche Steinkohle	0,4 Mio t/a deutsche Steinkohle	0,3 Mio t/a Steinkohle	0,36 Mio t/a Steinkohle
Techn. Verfahren:	*Lurgi-Druck-Vergasung* Festbettvergasung	*Texaco-Verfahren* Kohlestaub-vergasung	*Shell-Koppers-Vergaser* Kohlestaub-vergasung	*Texaco-Verfahren* Kohlestaub-vergasung
Planung und Bau:	Planung: 1980/82 Bau: 1981/84 Betrieb: ab 1984	Planung: 1980/82 Bau: 1981/84 Betrieb: ab 1984	Planung: 1980/81 Bau: 1981/83 Betrieb: ab 83/84	Planung: 1980/83 Bau: 1983/85 Betrieb: ab 1985
Standort:	Ruhrgebiet	Oberhausen-Holten Gelände der Ruhrchemie	hängt vom Kohleeinsatz ab	Kraftwerk Rheinpreußen Moers-Meerbeck

Zum hundertsten Todestag von Fjodor Dostojewskij

mah. Aus Anlaß des 100. Todestages des russischen Schriftstellers Fjodor Dostojewskij erschienen in vielen größeren Tageszeitungen Artikel zu seinem Leben und Werk. Hier zwei Beispiele, die deutlich zeigen, wie in der Beurteilung von Dostojewskijs Schaffen die eigenen politischen und ideologischen Auffassungen zum Ausdruck kommen.

Folgende Darstellung gibt „Die Welt" vom 7. Februar:

„Dostojewskij wies nicht minder als die Sozialisten auf die Leiden der Menschen in einer ungerechten Gesellschaft hin." Doch für Dostojewskij waren „die Geschehnisse des sozialen Lebens nur der Ausdruck verborgener, in die menschliche Zivilisation hineinwirkender mystischer Kräfte". Nicht die Sünden der Gesellschaft bestimmen die Sündhaftigkeit des Menschen, sondern umgekehrt: die Unvollkommenheit der gesellschaftlichen Strukturen ist der Ausdruck der Sündhaftigkeit der menschlichen Natur... Die Antwort des Westens dagegen auf die um die Mitte des 19. Jahrhunderts entstandenen sozialen Konflikte war der wissenschaftliche Sozialismus – die Lehre vom Klassenkampf, gegründet auf dem philosophischen Marterialismus... Rußland blieb taub gegenüber den Prophezeihungen seines großen Schriftstellers, es erlag der Verführung des westlichen Sozialismus."

Und „Die Zeit" vom 6. Februar schreibt:

Auf die Frage, was Dostojewskij ihm und uns heute bedeutet, antwortet Andrej Sinjawskij*: „Ohne Dostojewskij kann man nicht leben!... Er hat uns eine der tiefsten und schmerzlichsten Wahrheiten verkündet: Der Mensch ist nicht einer, der strebend sich bemüht... er ist nicht einer, der besser sein will, Übermensch, Napoleon sogar... nein, der Mensch ist eine Laus, nichts weiter. Damit müssen wir leben." Und in diesem Zusammenhang äußert er sich über das russische Volk: „Ich glaube an den Einzelnen im russischen Volk, der – und dafür gibt es bis in die tiefste stalinistische Zeit genügend Beispiele – über alle Unterdrückung triumphiert. Als gesellschaftlicher Mensch bleibt der Russe für alle Zeiten Sklave."

Beide Auffassungen können nicht unwidersprochen hingenommen werden. Zumal Lunatscharskij** bereits 1926 versucht aufzuzeigen, welche Bedeutung Dostojewskij zukommt, indem er seine soziale Stellung in Hinblick auf seine klassenmäßige Zugehörigkeit bestimmt. Lunatscharskij führt aus, daß sowohl das Leben Dostojews-

den Prophezeihungen seines großen Schriftstellers, es erlag der Verführung des westlichen Sozialismus."

Und „Die Zeit" vom 6. Februar schreibt:

Auf die Frage, was Dostojewskij ihm und uns heute bedeutet, antwortet Andrej Sinjawskij*: „Ohne Dostojewskij kann man nicht leben!... Er hat uns eine der tiefsten und schmerzlichsten Wahrheiten verkündet: Der Mensch ist nicht einer, der strebend sich bemüht... er ist nicht einer, der besser sein will, Übermensch, Napoleon sogar... nein, der Mensch ist eine Laus, nichts weiter. Damit müssen wir leben." Und in diesem Zusammenhang äußert er sich über das russische Volk: „Ich glaube an den Einzelnen im russischen Volk, der – und dafür gibt es bis in die tiefste stalinistische Zeit genügend Beispiele – über alle Unterdrückung triumphiert. Als gesellschaftlicher Mensch bleibt der Russe für alle Zeiten Sklave."

Beide Auffassungen können nicht unwidersprochen hingenommen werden. Zumal Lunatscharskij** bereits 1926 versucht aufzuzeigen, welche Bedeutung Dostojewskij zukommt, indem er seine soziale Stellung in Hinblick auf seine klassenmäßige Zugehörigkeit bestimmt. Lunatscharskij führt aus, daß sowohl das Leben Dostojews-

kijs wie auch sein Werk Abbild der großen Widersprüche des „Bürgertums, d.h. der Kleinbourgeoisie der 40iger, 50iger, 60iger Jahre" ist.

Im folgenden werden zwei Werke etwas näher untersucht als Beweis dafür, daß durchaus die sozialen Verhältnisse die Triebkraft für die Fragestellung und Widersprüchlichkeit sind und in welchen Auffassungen sich diese Widersprüchlichkeit widerspiegelt.

„Arme Leute"

Des jungen Dostojewskijs erstes Werk (1845), der Roman „Arme Leute", wird zum Ereignis in der aufgeklärten Petersburger Literatenwelt. Das Elend der kleinbürgerlichen städtischen Schichten spiegelt sich im Briefwechsel zwischen dem ältlichen Amtsschreiber Makar und der jungen schwindsüchtigen Stickerin Warja.

Makar gehört zu jenen „Erniedrigten und Beleidigten" (Titel eines späteren Romans Dostojewskijs), die in ihren eigenen Augen nicht das Recht haben, ein anderes Leben zu leben, als sie es vorfinden: „Jedem Menschen ist sein Stand vom Höchsten selbst zugeteilt. Dem einen ist es bestimmt, Generalsepauletten zu tragen, dem anderen, als Schreiber sein Leben zuzubringen – jenem, zu befehlen, diesem, widerspruchslos und in Furcht zu gehorchen." Seine Selbstachtung zieht er daraus, daß er diesen ihm vorbestimmten Platz sorgfältig ausfüllt: „Ich erfülle meine Pflicht mit Peinlichkeit, pflege stets nüchtern zu sein, und habe mir noch nie etwas zuschulden kommen lassen... Die Vorgesetzten achten mich, und selbst Exzellenz sind mit mir zufrieden."

Das kärgliche Auskommen, das ihm dadurch garantiert scheint, ist vorbei, als er Warja aufliest und sie zu lieben und zu unterstützen beginnt. Um ihr bei der Miete zu helfen, ein paar Hemden und auch mal eine Blume zu schenken, zieht er in einen billigen Küchenverschlag auf Kost und Logis, strapaziert seine Augen mit zusätzlichen abendlichen Schreibarbeiten, muß auf Monate hinaus Vorschuß nehmen und sich überall verschulden, vor Wucherern erfolglos demütigen, seine guten Kleider versetzen. Aus Verzweiflung einigemale betrunken, kommt er sich selbst dann wie ein Nichts vor, voller Angst, seine Nichtigkeit könnte bemerkt werden. Im Dienst tut er so, „als wäre ich gar nicht vorhanden".

Das Neue an Dostojewskijs Roman ist die fast liebevolle Darstellung der Elenden, deren Angst und Not doch ihre Wärme, Güte und Teilnahme am anderen Schicksal nicht zerstören kann. Nur vier Jahre vorher hatte der russische Schriftsteller Gogol in der Novelle „Der Mantel" einen ebenfalls kleinen Amtsschreiber sein Leben für einen schönen warmen Mantel hingeben lassen. Dostojewskij läßt Makar Gogol lesen und kritisieren: voller Verständnis für die Sehnsucht nach dem Mantel und voller Empörung über den Schriftsteller, der einen armen Menschen auf eine fixe Idee reduziert, um ihn dann beißendem Spott auszuliefern.

Das Mitleiden mit anderen Menschen ist es, das Makars Weltanschauung momentweise erschüttert: etwa mit dem todkranken Beamten, der durch falsche Anschuldigungen entlassen,

abendlichen Schreibarbeiten, muß auf Monate hinaus Vorschuß nehmen und sich überall verschulden, vor Wucherern erfolglos demütigen, seine guten Kleider versetzen. Aus Verzweiflung einigemale betrunken, kommt er sich selbst dann wie ein Nichts vor, voller Angst, seine Nichtigkeit könnte bemerkt werden. Im Dienst tut er so, „als wäre ich gar nicht vorhanden".

Das Neue an Dostojewskijs Roman ist die fast liebevolle Darstellung der Elenden, deren Angst und Not doch ihre Wärme, Güte und Teilnahme am anderen Schicksal nicht zerstören kann. Nur vier Jahre vorher hatte der russische Schriftsteller Gogol in der Novelle „Der Mantel" einen ebenfalls kleinen Amtsschreiber sein Leben für einen schönen warmen Mantel hingeben lassen. Dostojewskij läßt Makar Gogol lesen und kritisieren: voller Verständnis für die Sehnsucht nach dem Mantel und voller Empörung über den Schriftsteller, der einen armen Menschen auf eine fixe Idee reduziert, um ihn dann beißendem Spott auszuliefern.

Das Mitleiden mit anderen Menschen ist es, das Makars Weltanschauung momentweise erschüttert: etwa mit dem todkranken Beamten, der durch falsche Anschuldigungen entlassen,

vor Gericht gestellt und von einem reichen Kaufmann mithilfe teurer Advokaten jahrelang um sein Recht geprellt wird; mit dem unrettbaren Trinker, der aus Liebe zu seinem schwindsüchtigen Sohn versucht, „ordentlich" zu werden und an dessen Tod zerbricht; mit Warja, der trotz Makars Liebe vor Not und Krankheit nur bleibt, denselben geilen Baron zu heiraten, der sie früher entehrt hat.

An Warja schreibt Makar: „Warum ist es so eingerichtet, daß ein guter Mensch in Armut und Elend leben muß, während einem anderen sich das Glück von selbst aufdrängt? Ich weiß, mein Kind, es ist nicht gut, so zu denken: das ist Freidenkerei! Aber offen und aufrichtig, wenn man so über die Gerechtigkeit der Dinge nachdenkt – ...dann schleicht sich einem ganz unwillkürlich die Sünde in die Seele." – Der zeitgenössische Kritiker Dobroljubov formuliert es so: Dostojewskijs Werke zwingen dem Leser die Frage nach dem Warum und Wozu der in ihnen thematisierten gesellschaftlichen Erscheinungen auf.

„Schuld und Sühne"

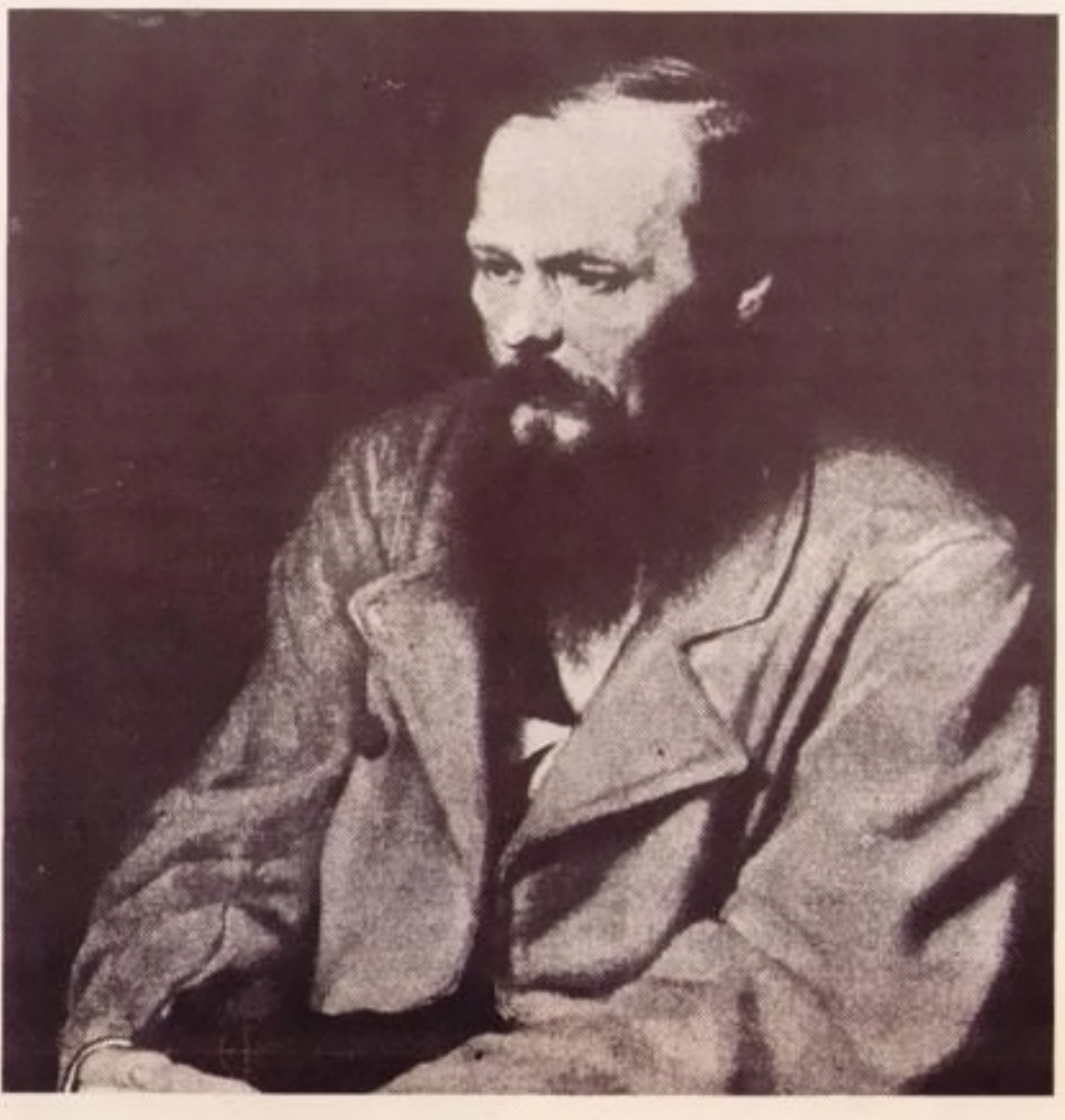
Gerade dieses Werk wird gern als Beispiel dafür genommen, daß für Dostojewskij im „Inneren" des Menschen die Ursachen für das „Chaos" und „Elend" zu finden sind; daß er „Gewalt" als Mittel zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ablehnt; daß die sozialen Verhältnisse nur „Ausdruck verborgener mystischer Kräfte" sind.

Seit einem Monat grübelt der Student Raskolnikow über die Ermordung der Wucherin, Aliona Iwanowna, nach. Er macht eine Art „Generalprobe" und besucht sie. Doch bestürzt verläßt er das Haus. „Wie abscheulich ist das alles!... Und konnte mir wahrhaftig etwas so Entsetzliches in den Kopf kommen? Zu welchem Schmutz ist doch mein Herz fähig!..."

Unmittelbar danach lernt er Marmeladow kennen: dieser ist aus Verzweif-

die Stadt herumirrende Raskolnikow erfährt zudem „zufällig", daß am nächsten Abend die Schwester der Wucherin nicht zu Hause sein wird. Damit steht für ihn der Zeitpunkt fest. Keineswegs sind die „Unvollkommenheiten der gesellschaftlichen Strukturen Ausdruck der Sündhaftigkeit der menschlichen Natur". Das soziale Elend ist Folge der gesellschaftlichen Verhältnisse im zaristischen Rußland, in dem sich der Kapitalismus Bahn bricht. Verschiedene Maßnahmen, wie der Erlaß über den Bau der Eisenbahnen (1857) sowie die Bauernbefreiung (1861) haben diese Entwicklung beschleunigt. Dostojewskij hat uns in seinem Werk die Folge dieser Entwicklung auf das Bürgertum und dessen widersprüchliche Reaktionen aufgezeigt.

Ein Beispiel ist der Student Raskolnikow. Er weiß genau, daß sich seine persönliche Situation und die seiner Familie mit dem Geld der alten Wucherin ändern könnte. Denn „seine Mutter besitzt fast nichts", die Schwester ist verurteilt „als Gouvernante ihr Le-



lung über seine Situation zum Trinker geworden und nun erst recht nicht mehr in der Lage, seine Familie zu ernähren. Seine zweite Frau, Katerina Iwanowna, leidet an Schwindsucht. Um die Familie, vor allem aber die drei Kinder – „das älteste Kind, ein Mädchen von etwa neun Jahren, lang und dünn wie ein Streichholz, stand, nur mit einem dünnen und überall zerrissenen Hemd bekleidet" – vor dem Hungerstod zu bewahren, verdient die älteste Tochter, Sonja Marmeladowa, als Prostituierte Geld. Am nächsten Tag

ben zu fristen", und wie schnell könnte es sein, daß er eigene Frau und Kinder „ohne einen Groschen und ohne einen Bissen Brot" zurücklassen müßte. Raskolnikow ist nicht der einzige in diesem Werk, der so denkt. Swidrigajlow, ein verarmter Adeliger, der Raskolnikows Schwester nachstellt, vertritt die gleiche „Theorie": eine einzelne Missetat kann erlaubt sein, „wenn nur der Zweck gut ist."Und schließlich hat Raskolnikow kurz zuvor einen Studenten belauscht, der seinem Freund gerade am Beispiel der alten Wucherin

lung über seine Situation zum Trinker geworden und nun erst recht nicht mehr in der Lage, seine Familie zu ernähren. Seine zweite Frau, Katerina Iwanowna, leidet an Schwindsucht. Um die Familie, vor allem aber die drei Kinder – „das älteste Kind, ein Mädchen von etwa neun Jahren, lang und dünn wie ein Streichholz, stand, nur mit einem dünnen und überall zerrissenen Hemd bekleidet" – vor dem Hungerstod zu bewahren, verdient die älteste Tochter, Sonja Marmeladowa, als Prostituierte Geld. Am nächsten Tag

erfährt Raskolnikow, daß ihn seine Vermieterin wegen der rückständigen Miete verklagt hat. In einem Brief teilt ihm die Mutter mit, daß seine Schwester den ältlichen aber gut verdienenden Hofrat Luschin heiraten wird.

Raskalnikow erahnt, daß seine Schwester dabei vor allem an ihn denkt und ihm die Fortsetzung seines Studiums ermöglichen will. „Das darf nicht geschehen, solange ich lebe; ... ich nehme dein Opfer nicht an! ... Das wird nicht geschehen? Und was kannst du tun, damit es nicht geschieht? Willst du es verbieten? ... Plötzlich erschauerte er – ein Gedanke war ihm wieder in den Sinn gekommen... Dieser Gedanke war keineswegs von gestern.

Doch der Unterschied lag darin, daß das alles vor einem Monat, ja sogar noch gestern ein Traum war, jetzt jedoch...jetzt jedoch war es plötzlich kein Traum mehr, sondern stand in einer neuen, bedrohlichen, völlig unbekannten Form vor ihm..." Der durch

ben zu fristen", und wie schnell könnte es sein, daß er eigene Frau und Kinder „ohne einen Groschen und ohne einen Bissen Brot" zurücklassen müßte. Raskolnikow ist nicht der einzige in diesem Werk, der so denkt. Swidrigajlow, ein verarmter Adeliger, der Raskolnikows Schwester nachstellt, vertritt die gleiche „Theorie": eine einzelne Missetat kann erlaubt sein, „wenn nur der Zweck gut ist."Und schließlich hat Raskolnikow kurz zuvor einen Studenten belauscht, der seinem Freund gerade am Beispiel der alten Wucherin

verdeutlicht, daß ihr Tod – „ein dummes, nutzloses, nichtswürdiges, böses Weib" – gar nichts zählt gegenüber den „Wohltaten", die mit ihrem Geld gemacht werden könnten.

Doch Raskolnikow ahnt, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse radikal geändert werden müssen. Allerdings sieht er darin die Tat eines einzelnen, zu der noch niemand Mut gehabt hat. „Warum hat bis heute noch keiner gewagt und wagt es auch jetzt noch nicht, wenn er all diesen Irrsinn mit ansieht, den ganzen Kram schlicht und einfach, beim Schwanz zu packen und zum Teufel zu jagen?" Und er hat kein Vertrauen zu den anderen, es würde „wohl allzu lange dauern, wollte man darauf warten, daß alle klug werden... später sah ich ein, daß sich die Menschen nicht ändern, daß niemand sie anders machen kann und daß es sich nicht lohnt, irgendeine Mühe daran zu verwenden..." Schließlich verändert er die Verhältnisse nur „ideell" – der Tod der alten Wucherin soll ihm beweisen, daß er ein „Mensch" und nicht eine „Laus" ist.

Sonja Marmeladowa gibt eine andere Antwort: im Glauben findet sie die Kraft, die sozialen Widersprüche zu ertragen. Das soziale Elend ist allerdings dadurch nicht aufgehoben: Marmeladow wird von einer Kutsche überfahren, Katerina wird mit den Kindern aus der Wohnung geworfen, wahnsinnig geworden, stirbt sie an der Schwindsucht, die Kinder kommen in ein Waisenhaus.

Die Position von Raskolnikow findet sich in seinen späteren Werken wieder, z.B. bei Iwan Karamasow und bei Stavrogin (Hauptfigur der „Dämonen"), die von Sonja, vertreten z.B. Aljoscha Karamasow und der Mönch Sosima.

Die Schilderung des sozialen Elends nimmt zugunsten der ideologischen Auseinandersetzung weniger Raum ein. Das soziale Elend bleibt aber bestimmend für die Fragestellungen. Wenn z.B. Iwan Karamasow die Frage nach „Gott" und der „Nächstenliebe" stellt, so in erster Linie deshalb, weil er angesichts des großen Kinderelends weder an Gott noch an Nächstenliebe glauben kann.

Dostojewskij hat sich mit den vielfältigsten Strömungen seiner Zeit auseinandergesetzt und Stellung bezogen. Seine Auffassungen sind nicht immer fortschrittlich, ja sie sind manchmal direkt reaktionär. Dostojewskij verteufelt den Einfluß des Westens auf Rußland und setzt sich mit den „Atheisten" und „Nihilisten" seiner Zeit auseinander. Sein Werk allerdings nimmt, wie er selber sagt, ein gewisses „Eigenleben" an. So sagt sein Held Stavrogin: „Wir sind uns der Notwendigkeit, die Welt durch die Orthodoxie zu erlösen, bewußt; und die ganze Frage ist: kann man an die Orthodoxie glauben..."

Es wird notwendig sein, sich noch eingehender mit Dostojewskij zu befassen, insbesondere mit seinem Werk die „Dämonen". Doch weder die Untersuchung von Dostojewskijs Werken noch die Untersuchung der *geschichtlichen Ereignisse* lassen ein Urteil zu, daß das russische Volk „ein Sklave" und der Mensch eine „Laus" ist.

Biographisches

1821 wird F.M. Dostojewskij als Sohn eines Moskauer Armenarztes geboren. Der Vater wird später von leibeigenen Bauern auf seinem Landgut erschlagen. Nach militärisch-technischer Ausbildung und kurzer Beamtentätigkeit arbeitet Dostojewskij nur noch als Schriftsteller. 1846 erscheint sein Roman „Arme Leute", danach ein weiterer Roman und 13 Erzählungen.

1849 werden Dostojewskij und andere Mitglieder eines freidenkerischen Zirkels verhaftet, zum Tode verurteilt, dann zu 8 Jahren Zwangsarbeit und Militärdienst in Sibirien begnadigt.

nimmt, wie er selber sagt, ein gewisses „Eigenleben" an. So sagt sein Held Stavrogin: „Wir sind uns der Notwendigkeit, die Welt durch die Orthodoxie zu erlösen, bewußt; und die ganze Frage ist: kann man an die Orthodoxie glauben..."

Es wird notwendig sein, sich noch eingehender mit Dostojewskij zu befassen, insbesondere mit seinem Werk die „Dämonen". Doch weder die Untersuchung von Dostojewskijs Werken noch die Untersuchung der *geschichtlichen Ereignisse* lassen ein Urteil zu, daß das russische Volk „ein Sklave" und der Mensch eine „Laus" ist.

Biographisches

1821 wird F.M. Dostojewskij als Sohn eines Moskauer Armenarztes geboren. Der Vater wird später von leibeigenen Bauern auf seinem Landgut erschlagen. Nach militärisch-technischer Ausbildung und kurzer Beamtentätigkeit arbeitet Dostojewskij nur noch als Schriftsteller. 1846 erscheint sein Roman „Arme Leute", danach ein weiterer Roman und 13 Erzählungen.

1849 werden Dostojewskij und andere Mitglieder eines freidenkerischen Zirkels verhaftet, zum Tode verurteilt, dann zu 8 Jahren Zwangsarbeit und Militärdienst in Sibirien begnadigt.

Nach der Rückkehr 1859 gründet Dostojewskij in St. Petersburg die liberale literarische Zeitschrift „Vremja" („Zeit") – die 1863 verboten wird – später die Zeitschrift „Epocha". Familiäre Verpflichtungen, Spielschulden und das Scheitern der Zeitschriften zwingen ihn zum weitgehenden Verkauf der Rechte an seinen bisherigen wie auch an noch ungeschriebenen Werken, die termingerecht geschrieben werden müssen.

Verschiedentlich – insgesamt mehrere Jahre – entflieht Dostojewskij nach Europa, dessen kapitalistisch sich entwickelnde Verhältnisse ihn jedoch abstoßen und nach der besonderen Aufgabe Rußlands suchen lassen. Ab 1873 gibt er viele Werke erfolgreich im Selbstverlag und die Zeitschrift „Tagebuch eines Schriftstellers" heraus; 1878 wird er korrespondierendes Mitglied der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. Ausgehöhlt von jahrzehntelanger Epilepsie stirbt Dostojewskij 1881.

*Andrej Sinjawskij wurde 1966 verhaftet und zu Zwangsarbeit verurteilt. Heute lebt er in Frankreich und ist Dozent für Slawische Literatur.

**Anatoli Wassiljewitsch Lunatscharskij übernahm nach der Oktoberrevolution das Amt des Volkskommissars für das Bildungswesen.